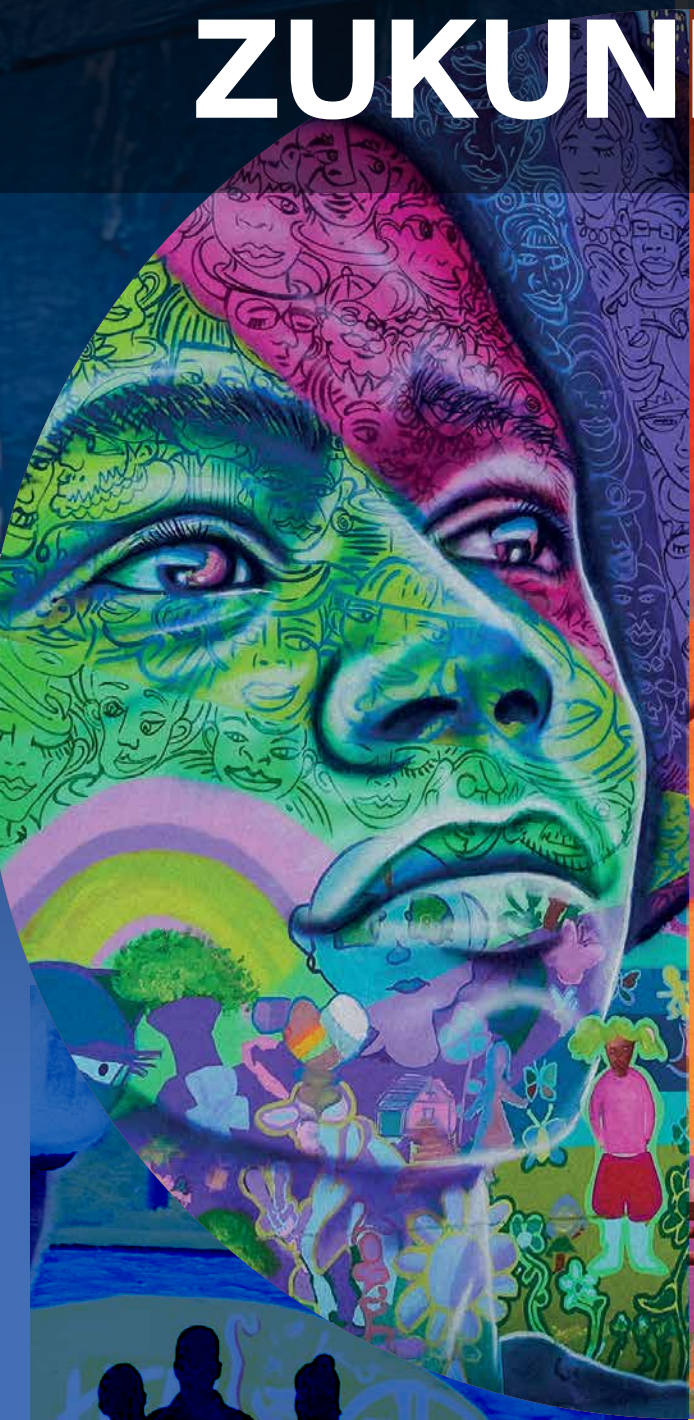
United Nations Population Fund

Weltbevölkerungsbericht 2026

GENERATION ZUKUNFT

Deutsche Kurzfassung
Hrsg.: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Chancen und Herausforderungen der jungen Menschen von heute









UNFPA, der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

UNFPA ist die Organisation der Vereinten Nationen für sexuelle und reproduktive Gesundheit. In mehr als 150 Ländern setzt sich UNFPA für die Rechte und die Entscheidungsfreiheit von Frauen, Mädchen und jungen Menschen ein. Ziel von UNFPA ist es, dass jede Schwangerschaft gewollt, jede Geburt sicher ist und jeder junge Mensch sein Potenzial entfalten kann. Darüber hinaus unterstützt UNFPA Regierungen dabei, sich auf den demografischen Wandel einzustellen, um inklusive und widerstandsfähige Gesellschaften aufzubauen.

Mehr Informationen unter berlin.unfpa.org

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) ist eine international tätige Entwicklungsorganisation, mit dem Ziel, das Potenzial der größten Jugendgeneration aller Zeiten zu fördern, um damit zu einer zukunftsfähigen Bevölkerungsentwicklung beizutragen. Sie ermöglicht jungen Menschen in Ostafrika den Zugang zu jugendgerechten Gesundheitsinformationen und modernen Verhütungsmitteln, und setzt sich auch auf politischer Ebene für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ein, insbesondere für junge Frauen und Mädchen. Darüber hinaus arbeiten die Büros in Europa und Ostafrika für die gendergerechte Förderung von Forschung und Innovation zur Bekämpfung armutsassoziierter Krankheiten und Verbesserung der Frauengesundheit.

Mehr Informationen unter www.dsw.org

United Nations
Population Fund

Weltbevölkerungsbericht 2026
Deutsche Kurzfassung

GENERATION ZUKUNFT

Chancen und Herausforderungen der jungen Menschen von heute

INHALT

VORWORT 4

DEFINITIONEN 5





Kapitel 1

Heraus-forderungen in einer turbulenten Welt

SEITE 7

FEATURE: Wie sich inmitten der Klimakrise in Eswatini und Malawi neue Chancen eröffnen 18

Kapitel 2

Zu früh, zu spät oder genau richtig?

SEITE 27

IM FOKUS: Investitionen in die Jugend sind Zukunftsinvestitionen 42







Kapitel 3

Gesundheit: Fortschritte sichern und weiter vorantreiben

SEITE 45

FEATURE: Teenagerschwangerschaften verhindern und Selbstbestimmung stärken 50

IM FOKUS: Wo Jungen lernen, Männer zu sein: Digitale Räume, Männlichkeit und die Zukunft der Gleichstellung der Geschlechter 66

Kapitel 4

Eintreten für Rechte in Zeiten des Rückschritts

SEITE 69

Kapitel 5

Von der Konsultation zum Handeln

SEITE 83

INDIKATOREN 97

TECHNISCHE HINWEISE ... 116

VORWORT

Mit der Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen im Jahr 1945 hat sich die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“. Dieses Versprechen gilt es heute zu erweitern: Künftige Generationen müssen die Möglichkeit, die Freiheit und die Macht haben, die Welt, die sie erben werden, selbst zu gestalten.

Dieser Bericht zeigt, dass es sowohl dringenden Handlungsbedarf als auch Hoffnung gibt. Junge Menschen sind heute besser ausgebildet und besser vernetzt als jede Generation vor ihnen. Sie entwickeln Innovationen, gründen Unternehmen, übernehmen Verantwortung in ihren Gemeinschaften und treiben Veränderungen voran. Doch für zu viele von ihnen trifft ein immer größeres Potenzial auf immer eingeschränktere Möglichkeiten.

Die Lebenshaltungskosten steigen. Sichere Arbeitsplätze und bezahlbarer Wohnraum sind schwerer zu finden. Konflikte, der Klimawandel und Ungleichheit verändern die Lebensbedingungen und Erwartungen der Menschen. Fortschritte im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit sind keine Selbstverständlichkeit. Und viel zu viele junge Menschen bleiben von jenen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, in denen über ihre Zukunft bestimmt wird.

Diese Umstände sind weit über die Jugendpolitik hinaus von Bedeutung. Sie beeinflussen einige der wichtigsten Entscheidungen, die Menschen im Laufe ihres Lebens treffen: ob sie von zu Hause ausziehen, eine erfüllende Arbeit finden, Beziehungen eingehen, Kinder bekommen und sich das Leben aufbauen können, das sie sich vorstellen. Unsere demografische Zukunft wird von Millionen solcher individuellen Entscheidungen geprägt – und davon, ob die Menschen über die Mittel und Möglichkeiten verfügen, diese Entscheidungen frei zu treffen.

Dieser Bericht stützt sich auf die Perspektiven von mehr als 100.000 jungen Menschen und zeigt eine Generation, die sich der Herausforderungen, vor denen sie steht, sehr wohl bewusst ist, sich damit aber keineswegs abfindet. Junge Menschen sind überzeugt davon, dass sich die bestehenden Systeme verändern lassen. Sie wünschen sich Gesellschaften, die inklusiver sind, Wirtschaftssysteme, die echte Chancen bieten, Gemeinschaften ohne geschlechtsbasierte Gewalt und Diskriminierung sowie Institutionen, in denen echte Beteiligung möglich ist. Vor allem aber erwarten sie nicht, dass andere diese Zukunft für sie gestalten. Sie tun das bereits selbst.

Es liegt in unserer Verantwortung, den jungen Menschen echte Wahlmöglichkeiten zu eröffnen. Das bedeutet, in ihre Gesundheit, ihre Bildung und ihre wirtschaftlichen Chancen zu investieren sowie ihr Recht zu schützen, selbstbestimmt über ihren Körper und ihr Leben zu entscheiden. Und es bedeutet, junge Menschen nicht nur an den Verhandlungstisch einzuladen, sondern sie dort auch in die Verantwortung zu nehmen.

Die Zukunft ist nichts, was einfach geschieht. Sie ist etwas, das Generationen gemeinsam gestalten.

Dieser Bericht ist eine Einladung – und eine Aufforderung –, heute damit zu beginnen.

Diene Keita
Exekutivdirektorin
Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

DEFINITIONEN

Kinder – Menschen unter 18 Jahren.

Teenager und Jugendliche – Die Vereinten Nationen definieren Teenager in der Regel als Menschen zwischen zehn und 19 Jahren. Einige Expert*innen empfehlen inzwischen, diese Altersgruppe auf zehn bis 24 Jahre auszuweiten. Dabei ist zu beachten, dass Teenager nach beiden Definitionen gleichzeitig erwachsen sein und zu den Gruppen der jungen Menschen und Jugendlichen gehören können. In dieser deutschen Fassung wird Teenager nur in der ersten Definition verwandt, ansonsten der Begriff Jugendliche.

Adoleszenz – Die Lebensphase, in der sich ein Mensch im Teenageralter befindet. Diese entscheidende Phase, die das zweite Lebensjahrzehnt umfasst, ist von vielfältigen körperlichen, psychischen und sozialen Veränderungen geprägt, die den Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein kennzeichnen. Sie legt das Fundament für Gesundheit, Chancen und Wohlbefinden im späteren Leben.

Erwachsene – Menschen, die die Volljährigkeit erreicht haben. In den meisten Ländern liegt diese Altersgrenze bei 18 Jahren.

Jugend – Die Vereinten Nationen definiert Jugend in der Regel als Gruppe der 15- bis 24-Jährigen. Es sind jedoch auch andere Definitionen verbreitet, etwa die Altersgruppen von 18 bis 29 oder 15 bis 35 Jahren. Die altersbezogene Abgrenzung zwischen Jugend, Kindern und Erwachsenen unterscheidet sich je nach Land und Kultur. Die Jugend sollten nicht als homogene Gruppe betrachtet werden, sondern als eine Gruppe, die verschiedene Altersgruppen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebensumständen umfasst. In bestimmten politischen Zusammenhängen, etwa bei der Vertretung in Parlamenten, kann die Altersgrenze sogar auf 45 Jahre angehoben werden.

Junge Menschen – Für diese Gruppe gibt es unterschiedliche Definitionen. In der Regel werden darunter Menschen zwischen zehn und 24 Jahren verstanden. In jüngeren Befragungen der Vereinten Nationen unter jungen Menschen wurde jedoch die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen zugrunde gelegt.

Generation – Eine Gruppe von Menschen, die ungefähr im gleichen Zeitraum geboren wurden. Dieser Zeitraum kann sich über die Zeit erstrecken, die eine Gruppe von Menschen benötigt, um erwachsen zu werden und selbst Kinder zu bekommen. Generationen können aber auch anhand gemeinsamer Erfahrungen und kultureller Ereignisse definiert werden.

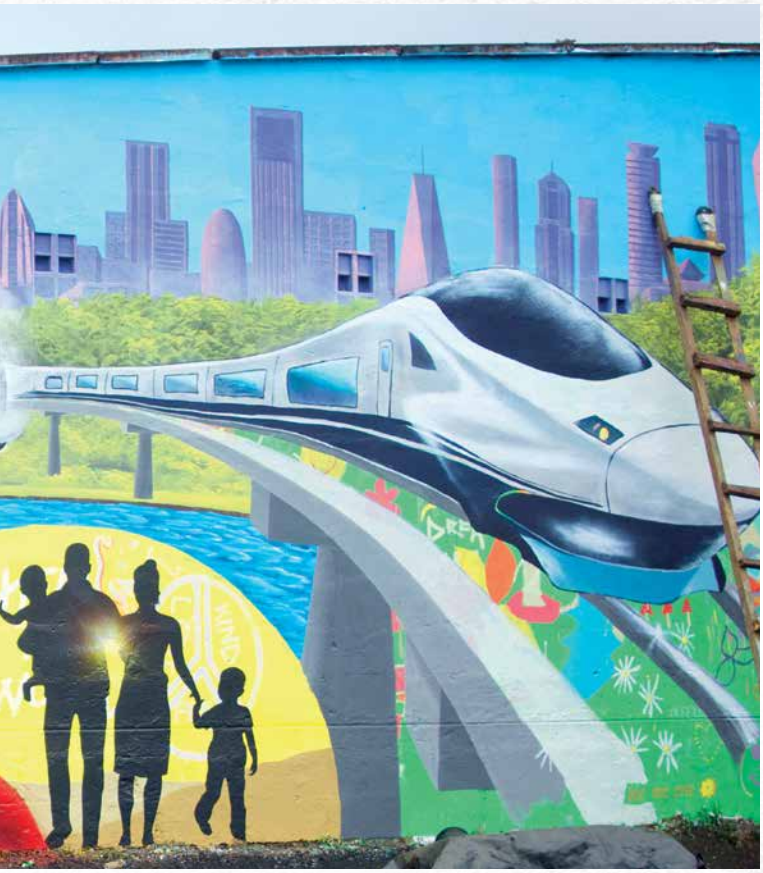


Unsere Träume kennen keine Grenzen: Junge Menschen im Alter von 18 bis 34 Jahren gestalten nach einem Dialog mit Mitgliedern der Gemeinde ein großformatiges Wandgemälde in der informellen Siedlung Kibera in Nairobi, Kenia.

© UNFPA/Artolution (Kenia)

KAPITEL 1

Herausforderungen in einer turbulenten Welt



Die heutige junge Generation hat bereits zahlreiche wirtschaftliche Herausforderungen, technologische Umbrüche, Gesundheitskrisen und Konflikte erlebt, die eigentlich nur einmal pro Generation auftreten sollten. Diese Erfahrungen prägen ihre Lebensrealität, Erwartungen und Entscheidungen auf beispiellose Weise. Die zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, das weltweite Versäumnis, Probleme in den Bereichen Bildung, Klimawandel, geschlechtsbasierte Gewalt und gesellschaftliche und politische Konflikte zu lösen, sowie der anhaltende Ausschluss junger Menschen aus politischen Entscheidungsprozessen und verantwortungsvollen Positionen verstärken das Misstrauen gegenüber Institutionen und Autoritätspersonen.

Natürlich sind Menschen aller Altersgruppen von diesen Entwicklungen betroffen. Allerdings wächst die Kluft zwischen den Institutionen und Führungspersonen, die die weltweiten Maßnahmen zur Bewältigung dieser Herausforderungen bestimmen, und den jungen Menschen, deren Leben und Zukunft davon besonders stark betroffen sind. Ob in Rechtssystemen, Unternehmensvorständen, Parlamenten oder Medien: Viele Entscheidungen werden von einer Generation getroffen, die die langfristigen Folgen dieser Entscheidungen voraussichtlich nicht mehr in vollem Umfang erleben wird.

Obwohl sich die internationale Gemeinschaft dazu verpflichtet hat, Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen stärker an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten und sie inklusiver, partizipativer und repräsentativer zu gestalten, bleiben junge Menschen von einflussreichen Positionen weitgehend ausgeschlossen.

Um den Bedürfnissen junger Menschen gerecht zu werden, müssen wir an das ehrgeizige Ziel anknüpfen, das bereits in den einleitenden Worten der Charta der Vereinten Nationen formuliert wurde: künftige Generationen vor Schaden zu bewahren. Doch wir müssen noch einen Schritt weitergehen und uns ebenso dafür einsetzen, dass diese Generationen erfolgreich sein werden.

Immer mehr Stimmen fordern Veränderung

Dieser Bericht enthält unter anderem die Ergebnisse der Umfrage „Demographic Futures Survey“ (DFS) des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). Dafür wurden 108.926 junge Erwachsene im Alter von 18 bis 39 Jahren mit Internetzugang in 73 Ländern und Territorien zu ihren Wünschen und Zielen, ihrer Beschäftigungssituation, ihren Vorstellungen von Familienplanung und Partnerschaft sowie ihren Sorgen und Hoffnungen für die Zukunft befragt. Der Bericht zeigt, dass viele wichtige Meilensteine im Leben heute erst in einem höheren Alter oder teilweise gar nicht mehr erreicht werden. Dabei stellen insbesondere wirtschaftliche Faktoren erhebliche Hindernisse dar.

Darüber hinaus stützt sich der Bericht maßgeblich auf Befragungen des Büros des UN-Sondergesandten für Jugend, an denen 27.000 junge Menschen teilnahmen, sowie auf den Weltjugendbericht 2025, für den 2.500 junge Menschen befragt wurden. Eine weitere wichtige Grundlage bildet die UNFPA-Umfrage „The Big Listen“ unter 7.247 jungen Menschen, die sich für den Frieden einsetzen. Diese wurde im Rahmen der Arbeit von UNFPA zur Agenda „Jugend, Frieden und Sicherheit“ (Youth, Peace and Security, YPS) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen entwickelt.

Speziell für diesen Bericht führten die Autor*innen zudem eine Reihe lösungsorientierter Konsultationen mit Hunderten jungen Menschen aus aller Welt durch. Ihre Empfehlungen greifen die Ergebnisse und Handlungsaufforderungen diverser Jugenddialoge auf und entwickeln diese weiter. Dazu gehören die „Youth Reflections“ der Hochrangigen Kommission des Nairobi-Gipfels zur Weiterverfolgung der ICPD25 aus dem Jahr 2023 sowie die „Cotonou Youth Action Agenda“ aus dem Jahr 2024.

Keine Datenquelle ist vollkommen. So beschränkt sich der DFS auf Menschen mit Internetzugang.

Obwohl die Daten nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss gewichtet wurden, sind die Ergebnisse auf nationaler Ebene nicht repräsentativ.

In Verbindung mit umfangreichen Forschungsergebnissen bietet dieser Bericht dennoch einen tiefgehenden Einblick in die Lebensbedingungen, unter denen junge Menschen weltweit aufwachsen, in die Herausforderungen, vor denen sie stehen, und insbesondere in ihre positiven, integrativen und realisierbaren Vorstellungen für die Zukunft. Er zeigt, dass junge Menschen aktiv daran arbeiten, bestehende Systeme neu zu gestalten, Macht und Handlungsspielräume zurückzugewinnen, die Selbstbestimmung über ihr Leben und ihren Körper einzufordern und festgefahrene Verhältnisse aufzubrechen. Als Antwort auf die strukturelle Ausgrenzung, der sie ausgesetzt waren und weiterhin sind, fordern sie intersektionale Gerechtigkeit.

Wer sind „junge Menschen“?

Es gibt keine allgemeingültige Definition der Begriffe Jugendliche, Jugend oder junge Menschen. Die gängigste Definition beschreibt die Adoleszenz als Lebensphase zwischen zehn und 19 Jahren. Andere Definitionen weiten diese Altersspanne auf zehn bis 24 Jahre aus.

Die Adoleszenz ist eine Lebensphase, in der sich vielfältige Fähigkeiten und Verantwortlichkeiten entwickeln. Wer im eigenen Land die Volljährigkeit erreicht hat, in der Regel mit 18 Jahren, ist gesetzlich berechtigt, eigenständig Entscheidungen zu treffen, und muss für diese auch die Verantwortung übernehmen. Dies stellt einen wesentlichen Unterschied zu den rechtlichen Verpflichtungen jüngerer Jugendlicher dar.





© UNFPA Usbekistan

Aus diesen Gründen werden ältere Jugendliche und junge Erwachsene häufig unter dem Begriff „Jugend“ zusammengefassst, für den es wiederum unterschiedliche Definitionen gibt. Die Vereinten Nationen definieren Jugend üblicherweise als Menschen zwischen 15 und 24 Jahren, wobei diese Definition nicht einheitlich verwendet wird. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen etwa fasst darunter Menschen zwischen 18 und 29 Jahren. Die Afrikanische Jugendcharta hingegen definiert unter Jugend alle Menschen zwischen 15 und 35 Jahren. Auch nationale Regierungen verwenden häufig eigene Definitionen.

Wenn es darum geht, die „Jugendbeteiligung“ in formellen Institutionen wie Parlamenten zu messen, wird die obere Altersgrenze sogar noch weiter angehoben. Die Interparlamentarische Union (IPU) und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) erheben Daten über „junge“ Regierungsmitglieder. Da Entscheidungsträger*innen nur selten in die üblichen Altersgruppen für Jugendliche fallen, beziehen sie auch Amtsträger*innen aus höheren Altersgruppen in ihre Erhebungen ein.

All diese Definitionen sollten jedoch mit Vorsicht betrachtet werden, da sie konkrete Auswirkungen auf Jugendprogramme, politische Entscheidungen und Investitionen haben können. So führen weiter gefasste Definitionen häufig dazu, dass vor allem Menschen am oberen Ende der Altersspanne von entsprechenden Angeboten und Chancen profitieren. Dies wirft schwierige Fragen auf: Wer gilt eigentlich als „jugendlich"? Wessen Erfahrungen stehen im Mittelpunkt? Und was geschieht mit jungen Führungspersönlichkeiten, wenn sie die festgelegte Altersgrenze überschreiten?

Auch kulturelle und traditionelle Normen erschweren eine eindeutige Abgrenzung. Finanzielle Unabhängigkeit, eine Heirat oder der Auszug aus dem Elternhaus gelten mitunter als Voraussetzungen für Selbstständigkeit und das „wirkliche“ Erwachsensein. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und angespannte Wohnungsmärkte können daher dazu führen, dass selbst volljährige Menschen gesellschaftlich noch nicht als Erwachsene anerkannt werden. Dies begünstigt stereotype Vorstellungen eines „nicht Erwachsen werdens“. Gleichzeitig werden in Gesellschaften, in denen Frühverheiratungen praktiziert werden oder die Geburtenrate bei Teenagern hoch ist, bereits Kindern die Verantwortlichkeiten des Erwachsenenlebens übertragen.

Dieser Bericht soll all den genannten Definitionen Rechnung tragen. Um pauschale Verallgemeinerungen zu vermeiden, wird jeweils genau angegeben, auf welche Altersgruppen sich die Aussagen beziehen.

Chancen und Herausforderungen

Es wäre falsch, die zahlreichen Fortschritte außer Acht zu lassen, die junge Menschen erlebt haben und von denen sie profitieren. Jugendlichen stehen heute mehr Möglichkeiten offen als je zuvor. Noch nie in der Geschichte haben so viele junge Menschen eine Schule besucht oder eine Ausbildung absolviert wie heute. Weltweit schließen inzwischen rund 78 Prozent der Kinder die Sekundarstufe I ab, 62 Prozent der jungen Menschen nehmen anschließend eine weiterführende und 44 Prozent eine Hochschulausbildung auf. Damit erreicht das Bildungsniveau historische Höchststände. Digitale Technologien

haben zudem den Zugang zu Informationen, den Austausch mit anderen Menschen und den Erwerb von Wissen erleichtert.

In den meisten Teilen der Welt ist die Lebenserwartung gestiegen. Obwohl die Covid-19-Pandemie die Fortschritte von fast einem Jahrzehnt zunichtegemacht hat, hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung weltweit inzwischen wieder erholt und liegt nun bei etwas über 73 Jahren. Die jungen Menschen von heute können davon ausgehen, dass sie in hohem Maße von den Entwicklungen profitieren werden, die zu dieser höheren Lebenserwartung beigetragen haben. Dazu gehören Fortschritte in der Gesundheitsversorgung und die Verringerung extremer Armut.

Zwischen 1990 und 2014 sank der Anteil der Menschen, die in extremer Armut leben, von 38 auf elf Prozent. Bis 2023 hatten 133 Länder das Unterziel 3.2 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) erreicht, das die Senkung der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren vorsieht. Weltweit hat sich die Zahl der aidsbedingten Todesfälle seit 2010 halbiert. Insbesondere die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Jugendlichen hat sich deutlich verbessert. So sind unter anderem die Geburtenrate bei Teenagern, Frühverheiratungen sowie weibliche Genitalverstümmelung zurückgegangen. Die geringsten Fortschritte gab es unter besonders marginalisierten Mädchen im Teenageralter, bei Mädchen mit geringer Bildung, in ländlichen Regionen und bei Mädchen, die in

© Ion Ghiletchi/UNFPA Moldau



„Viel zu oft wird selbst schwere Gewalt innerhalb einer Beziehung so behandelt, als wäre sie allein Sache des Paares. Sie wird verharmlost.“

– Stimme aus der SWP-Konsultation

größter Armut leben. Teilweise stagnierte die Entwicklung in diesen Gruppen sogar. Doch trotz der aktuellen Herausforderungen – darunter die besorgniserregend hohe Verbreitung psychischer Erkrankungen – verfügen die Gesundheitssysteme heute über mehr Instrumente und Kapazitäten, um auf neue gesundheitliche Probleme zu reagieren.

Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Schutz der Rechte von Kindern und jungen Menschen wurden ausgeweitet. Wenn Jugendliche ihre Rechte kennen, stärkt dies ihr Selbstbewusstsein und ihre Handlungsfähigkeit erheblich. Zusammen mit ihrem selbstverständlichen und souveränen Umgang in digitalen Räumen können sie dadurch auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu einflussreichen Akteur*innen werden.

Gemessen an diesen und vielen weiteren Fortschritten müsste die heutige junge Generation mit besseren Voraussetzungen ins Erwachsenenleben starten als die Generationen vor ihr. Doch viele – möglicherweise sogar die meisten – jungen Erwachsenen können sich kaum an diese Fortschritte erinnern. So verlangsamte sich beispielsweise die Verringerung extremer Armut ab 2014 bereits erheblich, bevor sich der positive Trend durch die Covid-19-Pandemie dann abrupt umkehrte.

Tatsächlich haben die Pandemie und ihre Folgen in vielerlei Hinsicht geprägt, wie junge Menschen die Welt wahrnehmen. Die Pandemie führte zu einem starken Anstieg von Depressionen und Angststörungen, löste die schwerste globale Wirtschaftskrise seit fast einem Jahrhundert aus und verschärfte die Ungleichheit sowohl zwischen als auch innerhalb von Ländern erheblich. Jugendliche, Frauen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen waren davon am stärksten betroffen und haben es weiterhin am schwersten, sich von der Krise zu erholen.

Obwohl sich die Lebensrealitäten junger Menschen stark unterscheiden, machen viele von ihnen eine gemeinsame Erfahrung: Der Übergang ins Erwachsenenleben dauert immer länger. Junge Menschen bleiben länger im Bildungssystem, finden erst später eine sichere Beschäftigung, gehen später feste Partnerschaften ein und bekommen später Kinder. Steigende Wohnkosten, unsichere Arbeitsmarktbedingungen und die länger anhaltende Abhängigkeit von der Unterstützung der Familie erschweren es ihnen, wirtschaftlich unabhängig zu werden und ein eigenständiges Leben zu führen. Gleichzeitig können sich ihre Lebensziele mit zunehmendem Alter verändern, während sich ihre Handlungsmöglichkeiten und Lebenswege einschränken.

Wichtig ist jedoch, dass die verzögerte Anerkennung als „erwachsene Person“ keineswegs bedeutet, dass junge Menschen nicht reifer werden oder keine Verantwortung und Bürden des Erwachsenseins übernehmen. Studien über junge Menschen in Konflikt- und Postkonfliktgebieten verdeutlichen besonders eindrücklich, wie sehr sich die Übernahme von Verantwortung zunehmend von traditionellen Lebensmeilensteinen entkoppelt. Gewalt und gesellschaftliche Umbrüche zwingen junge Menschen häufig dazu, vorzeitig bestimmte Erwachsenenrollen zu übernehmen, etwa indem sie für den Lebensunterhalt ihrer Familie sorgen. Gleichzeitig können diese Umstände ihnen Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten nehmen und damit den Weg in die Ehe und Familiengründung sowie folglich die gesellschaftliche Anerkennung als Erwachsene versprerren.

Hingegen vollzieht sich für viele besonders vulnerable Teenager der Übergang ins Erwachsensein nach wie vor in einem stark verkürzten Zeitraum. Millionen von ihnen werden bereits in sehr jungen Jahren in die Ehe, die Elternschaft und damit in die Erwachsenenrolle gedrängt – häufig lange bevor sie körperlich, emotional oder wirtschaftlich darauf vorbereitet sind. Konflikte, Unsicherheit und Armut tragen zu Frühverheiratungen, frühen Schwangerschaften und einem vorzeitigen Eintritt ins Erwerbsleben bei. Dies wiederum schränkt den Zugang zu Bildung und damit die Zukunftsperspektiven ein. Für die betroffenen Jugendlichen beginnt das Erwachsenenleben nicht zu spät, sondern zu früh.

Diese Erfahrungen mögen gegensätzlich erscheinen, doch sie haben eine entscheidende Gemeinsamkeit: In beiden Fällen sind die Möglichkeiten junger Menschen, frei und informiert über ihr eigenes Leben zu entscheiden, stark eingeschränkt.

Eine andere Lebensrealität

Jüngere Generationen wachsen in einer Welt auf, die sich stark von jener unterscheidet, in der die heutigen politischen Entscheidungsträger*innen selbst aufgewachsen und geprägt worden sind. Die Möglichkeiten für einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg sind weniger verlässlich geworden. Tiefgreifende technologische Veränderungen haben die Art und Weise, wie junge Menschen lernen, soziale Kontakte pflegen und ihre eigene Identität entwickeln, grundlegend verändert. Dies hat auch Auswirkungen darauf, wie sie die Welt und ihren eigenen Platz darin wahrnehmen. All diese Entwicklungen beeinflussen das Vertrauen junger Menschen in die Institutionen und Systeme, für die sie eines Tages selbst Verantwortung übernehmen sollen.

Brücken, die ins Leere führen

Bildung bleibt für die meisten Jugendlichen ein zentrales Lebensziel. In einer der bislang größten Befragungen junger Menschen wurden 1,5 Millionen Personen im Alter von zehn bis 24 Jahren befragt, die überwiegend aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen stammten. Die Teilnehmenden wurden gebeten, den Satz „Um mein Wohlbefinden zu verbessern, möchte ich …“ mit ihren eigenen Worten und entsprechend ihren persönlichen Prioritäten zu vervollständigen. Die Antworten wurden fünf Themenbereichen zugeordnet. Am häufigsten nannten die Befragten den Bereich „Lernen, Kompetenzen, Bildung, Fähigkeiten und Beschäftigungsfähigkeit“ als oberste Priorität.

Doch Bildung bietet längst keine Garantie mehr für wirtschaftliche Sicherheit. In vielen Ländern haben die Arbeitsmärkte nicht genügend sichere und qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen, um die wachsende Zahl immer besser ausgebildeter junger Menschen aufzunehmen. Der wirtschaftliche Nutzen von Bildung hat somit abgenommen. Dennoch bleiben die jungen Menschen eher länger im Bildungssystem. Dieses verursacht oftmals erhebliche Kosten, ist aber längst kein Garant mehr für sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg. Zudem ist inzwischen fraglich, ob es noch ausreichend auf eine Arbeitswelt vorbereitet, die sich durch künstliche Intelligenz (KI) gerade grundlegend verändert.

Dies geht aus den weltweiten Beschäftigungszahlen junger Menschen nicht unmittelbar hervor. Sie zeigen zwischen 2000 und 2019 lediglich

einen moderaten jährlichen Rückgang von 0,7 Prozent. Doch verbirgt sich hinter diesen Zahlen eine tiefgreifende strukturelle Unsicherheit. Ein großer Teil der erwerbstätigen jungen Menschen arbeitet weiterhin in informellen, prekären, befristeten oder anderweitig ungünstigen Beschäftigungsverhältnissen, die wenig Arbeitsplatzsicherheit, eine unzureichende soziale Absicherung und kaum Aufstiegsmöglichkeiten bieten. In Ländern mit niedrigem Einkommen hat nur jede*r fünfte junge Erwachsene einen sicheren, bezahlten Arbeitsplatz. In vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist die Mehrheit der erwerbstätigen Jugendlichen informell beschäftigt. Dies erschwert es jungen Menschen, sich eine stabile und verlässliche Lebensgrundlage aufzubauen.

Informelle Beschäftigung wird für junge Menschen in diesen Ländern zunehmend zu einer wesentlichen Existenzgrundlage. Dazu gehört auch die sogenannte „Gig Work“, bei der Arbeitsaufträge häufig über digitale Arbeitsplattformen vermittelt werden. Meist handelt es sich um kurzfristige Einzelaufträge oder zeitlich begrenzte Tätigkeiten. Einerseits ermöglichen solche Tätigkeiten jungen Menschen trotz stagnierender lokaler Arbeitsmärkte Beschäftigungsmöglichkeiten. Andererseits zeichnet sich digitale Gig Work durch starken

© Associação Sócio Cultural Horizonte Azul in Zusammenarbeit mit UNFPA Mosambik



„Digitale Technologien haben heute einen großen Einfluss auf unser Leben, weil sie uns einen Raum bieten, in dem wir uns frei äußern und Informationen austauschen können. Wir erleben dort aber auch Belästigung.“

– Stimme aus der SWP-Konsultation

Wettbewerb, geringe soziale Absicherung und unklare arbeitsrechtliche Verhältnisse aus, womit grundlegende Rechte verletzt werden. Zudem sind diese Arbeitsplätze für wirtschaftliche und andere Krisen besonders anfällig.

Auch junge Menschen in Ländern mit hohem Einkommen bleiben von diesen Entwicklungen nicht verschont. Die Reallöhne stagnieren weitgehend, während die Inflation die Kosten für grundlegende Bedürfnisse wie Wohnen, Lebensmittel und Energie in die Höhe getrieben hat. Für junge Menschen wird diese Situation durch einen Arbeitsmarkt verschärft, der zunehmend von atypischen Beschäftigungsverhältnissen geprägt ist. Gig Work kann jungen Menschen zwar den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, indem sie ihnen ermöglicht, fachliche und soziale Kompetenzen zu entwickeln und verschiedene berufliche Perspektiven zu erkunden. Gleichzeitig müssen sie dabei jedoch häufig auf Arbeitsplatzsicherheit und Sozialleistungen verzichten, die für ihre ökonomische Unabhängigkeit und Selbstbestimmung essenziell sind.

Unternehmerische Selbstständigkeit ist für junge Menschen besonders attraktiv. Vier von zehn Jugendlichen in den Ländern der Europäischen Union geben an, dass sie lieber selbstständig als angestellt arbeiten würden. Daten aus 50 Ländern zeigen, dass der Anteil an Selbstständigen bei den 18- bis 44-Jährigen am größten ist. Doch die Verwirklichung dieser Ambitionen scheitert häufig an erheblichen Hürden wie eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten, mangelnden Aus- und Weiterbildungsangeboten, einer unzureichenden physischen Infrastruktur sowie den regulatorischen Rahmenbedingungen und unzureichenden Schutzsystemen.

Der Übergang von der Ausbildung in eine stabile Beschäftigung dauert immer länger und ist mit zunehmender Unsicherheit verbunden. Viele schaffen den immer komplexer und langwieriger werdenden Einstieg in den Arbeitsmarkt überhaupt nicht. Und selbst eine Beschäftigung bietet heute keine Garantie mehr für Arbeitsplatzsicherheit oder Stabilität. Auch dies trägt dazu bei, dass junge Menschen erst später finanziell unabhängig werden und länger auf die Unterstützung ihrer Familien angewiesen bleiben – selbst wenn sie über einen hohen Bildungsabschluss verfügen. Steigende Wohn- und Lebenshaltungskosten verstärken diese Entwicklung und machen es sowohl in Ländern mit hohem als auch mit mittlerem Einkommen zunehmend schwieriger, ein eigenständiges Leben zu führen.

Diese Entwicklungen hängen mit umfassenderen Veränderungen der Weltwirtschaft zusammen. In vielen Ländern mittleren Einkommens verläuft der wirtschaftliche Strukturwandel nur langsam. Dadurch entstehen zu wenige qualifizierte Arbeitsplätze, obwohl die Zahl gut ausgebildeter junger Menschen weiter steigt. Dieses Missverhältnis trägt dazu bei, dass junge Menschen unterbeschäftigt sind und ihre erworbenen Qualifikationen nicht hinreichend einsetzen können. Besonders betroffen sind Hochschulabsolvent*innen. In manchen Ländern ist die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen mit höherem Bildungsabschluss sogar um ein Vielfaches höher als unter jenen, die lediglich über eine Grundbildung verfügen.

Junge Menschen, die sowohl vom Arbeitsmarkt als auch vom Bildungssystem ausgeschlossen sind, sind besonders stark benachteiligt. Weltweit befindet sich jeder fünfte junge Mensch weder in

Beschäftigung noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung. Diese Gruppe wird häufig mit der Abkürzung NEET bezeichnet (Not in Employment, Education or Training; Weder erwerbstätig noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung). Zwischen 2015 und 2025 stagnierte der Anteil der jungen Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren, die weder erwerbstätig waren noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvierten, bei rund 13 Prozent. Zwar wurden bei jungen Frauen und Mädchen Fortschritte erzielt, doch die Geschlechterkluft bleibt groß. Dies liegt unter anderem daran, dass Mädchen und Frauen einen unverhältnismäßig hohen Anteil unbezahlter Sorgearbeit übernehmen und zudem geschlechtsbasierter Diskriminierung ausgesetzt sind. Der Anteil der jungen Frauen und Mädchen dieser Altersgruppe mit NEET-Status ist mit 27 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der Anteil junger Männer. Unter jungen Menschen mit Behinderung besuchen durchschnittlich 49 Prozent weder eine Schule noch gehen sie einer Beschäftigung nach.

Die Folgen dieser Unsicherheit reichen weit über die Beschäftigungssituation hinaus. Sie beeinflusst zunehmend, wie junge Menschen ihr Leben planen und Entscheidungen über ihre Zukunft treffen. Ungewissheit hinsichtlich des Einkommens, der Arbeitsplatzsicherheit und der Möglichkeiten für einen wirtschaftlichen Aufstieg geht insbesondere in Ländern mit höherem Einkommen und in städtischen Gebieten damit einher, dass junge Menschen erst später feste Partnerschaften eingehen und Kinder bekommen. Und im schlimmsten Fall kann wirtschaftliche Not zu extremer Gefährdung von Frauen, Mädchen und marginalisierten Menschen führen, da ihre Entscheidungsfreiheit in Beziehungen und in ihrem Leben insgesamt eingeschränkt wird.

Technologische Umbrüche verändern das Leben

Digitale Technologien haben tiefgreifende Veränderungen mit sich gebracht, die sowohl positive als auch negative Auswirkungen haben. So hat die Digitalisierung der Arbeitswelt beispielsweise zahlreiche neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, auch für Menschen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt bislang durch Hindernisse wie eingeschränkte Mobilität oder große Entfernungen zum Arbeitsplatz erschwert wurde. Immer mehr Tätigkeiten können ortsunabhängig und über Ländergrenzen hinweg ausgeübt werden.

Doch der Zugang zu diesen Technologien ist ungleich verteilt. Dadurch besteht die Gefahr, dass gerade jene Bevölkerungsgruppen ausgeschlossen werden, die ohnehin bereits marginalisiert sind. Im Allgemeinen haben Beschäftigte mit Hochschulabschluss Zugang zu besser bezahlter Gig Work, die heute zwölf Prozent der weltweiten Erwerbsbevölkerung ausmacht. Die Geschlechterungleichheiten, die auf traditionellen Arbeitsmärkten bestehen, sind auch in der digitalen Arbeitswelt weit verbreitet. Dazu gehören die geschlechtsspezifische Aufteilung von Berufsfeldern, das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern und das Risiko, Belästigung ausgesetzt zu sein.

Die rasante Ausbreitung künstlicher Intelligenz (KI) bringt zusätzliche Unsicherheiten für den Berufseinstieg mit sich. Gerade Einstiegspositionen und Routinetätigkeiten, die traditionell den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht haben, sind besonders stark von der Automatisierung durch KI und verwandte Technologien betroffen; ebenso Berufe, die grundlegende analytische,

administrative und kommunikative Aufgaben umfassen. Dies weckt Befürchtungen, dass künftig weniger Einstiegspositionen zur Verfügung stehen und es schwieriger wird, erste Berufserfahrungen zu sammeln. Die neuen Arbeitsformen, die durch KI entstehen, erfordern häufig ein höheres Maß an digitalen und technischen Kompetenzen. Dadurch wächst die Kluft zwischen den Fähigkeiten von Berufseinsteiger*innen und den Qualifikationen, die Arbeitgeber*innen zunehmend verlangen.

Schon vor dem Aufkommen von KI hatten regulatorische Mechanismen Schwierigkeiten, mit dem technologischen Wandel Schritt zu halten. Die digitale Vernetzung kann die psychische Gesundheit junger Menschen belasten, allerdings sind die genauen Zusammenhänge und damit auch geeignete Gegenmaßnahmen bislang noch nicht ausreichend erforscht. Ein möglicher Risikofaktor ist die Konfrontation mit Mobbing, Diskriminierung, schädlichen Inhalten und dem ständigen Vergleich mit anderen in sozialen Medien. Bei 15-Jährigen besteht ein Zusammenhang zwischen einer sehr intensiven Nutzung sozialer Medien und einer geringeren Lebenszufriedenheit. Dabei könnte die Qualität der Online-Erfahrungen eine größere Rolle spielen als die Zeit, die junge Menschen im Internet verbringen. Doch nicht nur unregulierte soziale Interaktionen im digitalen Raum können schädliche Auswirkungen haben. Auch die unbeabsichtigte Verbreitung von Falschinformationen und die gezielte Verbreitung von Desinformation stellen erhebliche Probleme dar. Digitale Räume sind daher untrennbar mit dem Wohlbefinden junger Menschen und der gesellschaftlichen Stabilität verbunden.



© Dina Oganova/UNFPA in Georgien

Digitale Technologien begünstigen geschlechtsbasierte Gewalt und stellen damit ein besonderes Risiko für Mädchen, junge Frauen und junge Menschen mit nichtbinären Geschlechtsidentitäten dar. Digitale Technologien und künstliche Intelligenz verstärken bestehende Formen von Gewalt und ermöglichen neue Formen des Missbrauchs – von sexualisierter Ausbeutung mithilfe von Bildmaterial über Deepfakes bis hin zu organisierter Online-Belästigung. Diese Übergriffe gefährden die Privatsphäre, die körperliche Selbstbestimmung, die gesellschaftliche Teilhabe und die Sicherheit der Betroffenen. Gleichzeitig besteht für Jungen im frühen Teenageralter die Gefahr, mit der sogenannten „Manosphere“ in Kontakt zu kommen und von ihr angeworben zu werden. Dabei handelt es sich um eine Online-Community,

Wie sich inmitten der Klimakrise in Eswatini und Malawi neue Chancen eröffnen

Im Osten und Süden des afrikanischen Kontinents lebt eine der jüngsten Bevölkerungen weltweit. Gleichzeitig gehören die Menschen dort zu den am stärksten von den Folgen der Klimakrisen betroffenen. Sie brauchen eine Umweltpolitik, die junge Menschen befähigt, selbst aktiv zu werden. Denn wenn sie die nötige Unterstützung erhalten, zeigen junge Menschen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen Einfallsreichtum, Mitgefühl und Führungsstärke.

Klimabedingte Katastrophen wie Überschwemmungen, Wirbelstürme und Dürren gefährden die Ernährungssicherheit der Gemeinden rund um den Malawisee. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, begann Catherine Mkandawire aus dem Dorf Kavuzi, Fischteiche und Bienenstöcke anzulegen sowie Kiefern und Bananenstauden zu pflanzen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Dabei verbindet sie traditionelle und moderne Methoden. „Dünger war zu teuer, deshalb habe ich beschlossen, Schweine zu halten“, erzählt sie und erklärt: „Ihr Mist dient mir als Dünger für die Bananenstauden. Die Bananen verkaufe ich anschließend und kaufe von dem Erlös Futter für die Schweine. So entsteht ein Kreislauf, der sowohl meine Familie als auch meine Gemeinde unterstützt.“

Catherine öffnete außerdem Mädchen aus ihrer Gemeinde die Türen, deren Familien zu Hause noch immer keinen Strom haben, damit sie jeden Abend bei ihr im Licht lernen können. „Angefangen hat alles mit nur fünf Mädchen“, erinnert sie sich. „Heute kommen jeden Abend mehr als 30 Mädchen hierher, um zu lernen.“

Catherine weiß aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, vulnerabel zu sein: Im Alter von 13 Jahren wäre sie beinahe zwangsverheiratet worden, doch die Dorfältesten griffen ein. Statt als Kind verheiratet zu werden, entwickelte sie sich zu einer engagierten Umweltschützerin, beschäftigt heute Mitarbeitende in ihrem landwirtschaftlichen Betrieb und ist zu einem Vorbild geworden. Darüber hinaus ließ sie sich zur Referentin für umfassende Sexualaufklärung und zur Mentorin ausbilden. In diesen Rollen vermittelt sie jungen

© UNFPA Malawi/Luis Tato



Menschen Wissen über Verhütung, sexuelle Selbstbestimmung und weitere Gesundheitsthemen. Die Ergebnisse dieser Initiative haben die Erwartungen übertroffen: In Kavuzi stieg die Zahl der Mädchen, die die Sekundarschule erreichten, innerhalb eines einzigen Jahres von einem auf 20. Dabei ginge es nicht nur darum, dass die Mädchen die Schule erfolgreich abschließen. Wie Catherine erklärt, „schützen sie ihre Träume davor, durch eine ungeplante Schwangerschaft durchkreuzt zu werden".

Auch andere junge Menschen in der Region arbeiten daran, Lösungen zu entwickeln. Der 27-jährige Ncamiso Ngcamphalala stellt in dem kleinen Dorf Richmond in Eswatini Kerzen und Seifen her, die Mücken abwehren. Das Land ist mit klimabedingten Krisen wie Überschwemmungen und Malaria konfrontiert.

Ncamiso wurde von der Schule verwiesen, nachdem er die vierte Klasse neunmal nicht bestanden hatte. Er wurde mit einer Behinderung geboren, die ihm das Schreiben erschwert. Da ihm keine spezielle Förderung zur Verfügung stand, war es für ihn nahezu unmöglich, schulische Fortschritte zu erzielen. Doch 2023 nahm er an einer Initiative der Organisation Junior Achievement Eswatini teil, die jungen Menschen, die die Schule vorzeitig verlassen haben, Finanzwissen und unternehmerische Fähigkeiten vermittelt. Im darauffolgenden Jahr gewann er bei einem Gründungswettbewerb 10.000 Lilangeni (rund 550 US-Dollar) und investierte das Preisgeld in seine Zukunft. Neben Kerzen und Seifen stellt er inzwischen auch mückenabwehrende Bodenpolitur für örtliche Gesundheitsstationen und Schulen her. Außerdem züchtet er Schweine und betreibt einen kleinen Kiosk, den er zu einem Lebensmittelgeschäft ausbauen möchte. „Mein Leben hat sich zum Besseren verändert", sagt Ncamiso. „Meine Familie und meine Nachbar*innen respektieren mich jetzt, weil sie sehen, was ich leisten kann."

Ncamiso vermittelt auch anderen jungen Menschen unternehmerische Fähigkeiten und ist Mitglied des Bandlancane, des örtlichen Gemeinderats. Dort setzt er sich gegen den Missbrauch staatlicher Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen ein und vertritt die Interessen derjenigen, die vom bestehenden System nicht ausreichend berücksichtigt werden.

Diese und viele weitere Initiativen wurden durch das Programm „Safeguard Young People" von UNFPA ermöglicht, das 2013 in Ostafrika und im südlichen Afrika ins Leben gerufen wurde und in elf Ländern umgesetzt wird. In den 13 Jahren seines Bestehens erreichte das Programm etwas mehr als vier Millionen junge Menschen mit Angeboten zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit, zur Prävention geschlechtsbasierter Gewalt sowie mit Unterstützungsangeboten im Zusammenhang mit HIV. Allein im Jahr 2025 erhielten fast 20 Millionen Schüler*innen im Unterricht eine umfassende Sexualaufklärung.

Auch wenn diese Programme in diesem Jahr auslaufen, führen die Länder und ihre jungen Menschen die Arbeit fort. Länder der Region, darunter Malawi und Eswatini, haben mehr als 70 Jugendaktivist*innen und Ausbilder*innen geschult, die Initiativen auf Gemeindeebene leiten sollen. Im Rahmen dieser Programme verbinden junge Menschen umfassende Sexualaufklärung mit Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel und zur sozioökonomischen Stärkung. Dabei bauen sie auf den Erkenntnissen aus der Vergangenheit und ihren Erfahrungen in der Gegenwart auf, um das volle Potenzial einer gemeinsamen Zukunft zu entfalten.

deren Mitglieder ein frauenfeindliches Weltbild teilen und häufig gezielt die Unsicherheiten und Einsamkeit von Jungen im Teenageralter ausnutzen.

Man kann gar nicht genug betonen, wie grundlegend digitale Technologien die Adoleszenz und das frühe Erwachsenenleben verändert haben. Für viele Jugendliche prägt das Leben im digitalen Raum inzwischen das Selbstbild, die zwischenmenschlichen Beziehungen, das politische Bewusstsein und und den Selbstwert ebenso stark wie Erfahrungen außerhalb des Internets. Kinder und Jugendliche unterscheiden häufig kaum noch zwischen ihrem Online- und Offline-Leben. Dies zeigt, wie untrennbar digitale Technologien mittlerweile mit der sozialen und emotionalen Entwicklung junger Menschen verbunden sind.

Junge Menschen sorgen sich jedoch nicht nur um die Gefahren, die von diesen Technologien ausgehen. Ebenso beschäftigt sie die Möglichkeit, dass ihnen der Zugang zu digitalen Technologien verwehrt oder ihre Nutzung eingeschränkt oder überwacht wird. Sie möchten mitbestimmen, wie sich diese Technologien künftig auf ihr Leben auswirken werden.

Vertrauensverlust gegenüber Führungspersonen und Institutionen

Viele junge Menschen – von Jugendlichen bis hin zu Erwachsenen in ihren Zwanzigern und Dreißigern – verlieren zunehmend das Vertrauen in Führungspersonen, Institutionen und Regierungen. Eine Auswertung von fast 4.000 nationalen Umfragen mit insgesamt 4,8 Millionen Befragten ergab beispielsweise, dass die Zufriedenheit junger Menschen mit der Leistung der Demokratie in ihrem Land überall zurückgegangen ist.

Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass viele junge Menschen Schwierigkeiten haben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. In Ländern, in denen jüngere Generationen relativ leicht Arbeit finden, weniger Schulden haben, bezahlbaren Wohnraum finden können und seltener mit Korruption oder Diskriminierung durch die Polizei und öffentliche Einrichtungen konfrontiert sind, bleibt die Zufriedenheit mit der Demokratie hoch.

Viele junge Menschen haben das Gefühl, politisch kaum Einfluss nehmen zu können. Tatsächlich entspricht diese Wahrnehmung der Realität. Unabhängig davon, wie junge Menschen definiert werden, sind sie in gewählten Ämtern und Führungspositionen stark unterrepräsentiert.

Jungen Menschen wird häufig vermittelt, dass sie eine Weltordnung erben werden, die auf globaler Zusammenarbeit, internationalem Recht und dem Bekenntnis zu einer gemeinsamen Menschlichkeit beruht. Stattdessen erleben sie, wie der Klimawandel, Konflikte, wachsende Ungleichheit und anhaltende Gewalt ihr Leben prägen.

Kriege beeinträchtigen das Leben von mehr jungen Menschen als je zuvor. Die Zahl der Zehn- bis 24-Jährigen, die im Umkreis von 50 Kilometern eines aktiven Konflikts leben, hat sich mehr als verdoppelt: von 164 Millionen im Jahr 1990 auf 340 Millionen im Jahr 2022. Konflikte beeinträchtigen zudem die grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen. Sie zerstören Infrastruktur und unterbrechen öffentliche Dienstleistungen, die junge Menschen benötigen, um sicher und erfolgreich ins Erwachsenenleben zu starten – vom

Schutz über die Bildung bis hin zur Gesundheitsversorgung. Selbst bei jungen Menschen, die nicht unmittelbar vertrieben oder verletzt werden, beeinflusst die ständige Konfrontation mit Krieg und Instabilität in dieser entscheidenden Lebensphase die Wahrnehmung von Sicherheit und Zugehörigkeit sowie der eigenen Zukunftsmöglichkeiten.

Auch der Klimawandel stellt eine deutliche und wachsende Bedrohung für das Wohlergehen junger Menschen dar. Vielen ist bewusst, dass sich die Umweltbedingungen, unter denen sie künftig leben werden, zunehmend verschlechtern. Die Sorge vor den Folgen des Klimawandels beeinflusst inzwischen die Zukunftsvorstellungen vieler junger Menschen – von der Kindheit bis ins frühe Erwachsenenalter.

Auch bei der Eindämmung geschlechtsbasierter Gewalt wurden kaum Fortschritte erzielt. Weltweit haben fast 32 Prozent der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im Laufe ihres Lebens entweder Gewalt durch ihren Partner oder sexualisierte Gewalt durch eine Person erlebt, mit der sie nicht liiert waren. Gewalt beginnt häufig schon in jungen Jahren: Betrachtet man allein die Gewalt in Paarbeziehungen, haben fast 23 Prozent der jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren bereits entsprechende Erfahrungen gemacht.

Zwischen 2000 und 2023 ging der Anteil der Frauen, die im Laufe ihres Lebens Gewalt durch ihren Partner erfahren haben, lediglich um fünf Prozent zurück. Der Anteil der Frauen, die innerhalb der vergangenen zwölf Monate von Partnerschaftsgewalt betroffen waren, sank um vier Prozent. Angesichts des Bevölkerungswachstums entspricht dies einem Rückgang von lediglich 0,2 Prozent pro Jahr. In absoluten Zahlen nimmt die Zahl der Betroffenen zu.

Gleichzeitig nehmen sexualisierte Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten und technologiegestütze geschlechtsbasierte Gewalt zu. Auch geschlechtsbasierte Gewalt, die mit den Belastungen durch den Klimawandel zusammenhängt, steigt an. Dennoch entfielen 2023 lediglich 0,2 Prozent der gesamten Ausgaben für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit auf Maßnahmen zur Beendigung dieser Formen von Gewalt. Seither ist dieser Anteil weiter gesunken.

Trotz der #MeToo-Bewegung und der Bemühungen, ihre Wirkung aufrechtzuerhalten, bleiben Täter*innen geschlechtsbasierter Gewalt in den meisten Fällen straflos – selbst in besonders systematischen, gut dokumentierten und schwerwiegenden Fällen. Aufsehenerregende strafrechtliche Ermittlungen haben das Ausmaß, die Natur, den systematischen Charakter und die grenzüberschreitende Dimension dieser Gräueltaten gegen Frauen und Mädchen offengelegt. Das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen hat darauf hingewiesen, dass Online-Plattformen und -Unternehmen sexuelle Übergriffe ermöglichen und die körperliche Selbstbestimmung untergraben, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Mitreden und mitentscheiden – neue Wege der Beteiligung

Bemerkenswert ist, dass Jugendbewegungen nicht den Ausschluss älterer Führungspersonen fordern, sondern eine generationenübergreifende Zusammenarbeit. Dieses Anliegen kam bei den Dialogveranstaltungen zu Jugend, Frieden und Sicherheit (Youth, Peace and Security, YPS), die in mehr als 60 Ländern stattfanden, immer wieder zur Sprache. Auf systematische Ausgrenzung reagieren die Bewegungen mit der Forderung nach mehr Teilhabe – nicht nur für junge Menschen, sondern für Menschen aller Altersgruppen.

Besonderes Augenmerk legen sie dabei auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen.

„Teilhabe" bedeutet in diesem Zusammenhang nicht nur, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in Entscheidungsgremien vertreten sind. Vielmehr geht es darum, vielfältige Perspektiven und die Sichtweisen marginalisierter Gruppen auf allen Ebenen in die Gestaltung gesellschaftlicher Strukturen einzubeziehen. Junge Menschen sehen darin eine Möglichkeit, Machtstrukturen zu verändern, in denen die Entscheidungsgewalt nach wie vor bei einer kleinen, nicht repräsentativen Bevölkerungsgruppe liegt, deren Ansichten ihre eigenen kaum widerspiegeln.



© UNFPA Jordanien

Dabei orientieren sie sich an Erfolgen aus der jüngeren Vergangenheit, die zeigen, wie die Beteiligung lokaler Gemeinschaften und der Aufbau diverser Bündnisse bedeutende Fortschritte ermöglicht haben. Zugleich entwickeln sie neue Formen der gesellschaftlichen und politischen Beteiligung. Sie schaffen inklusive Plattformen für den Dialog und Meinungsaustausch, sowie für eine lebensnahe politische Interessenvertretung. Diese von jungen Menschen entwickelten Ansätze zeigen, wie sich die Reformen gesellschaftlicher Strukturen in ihrem Sinne verwirklichen lassen.

Immer mehr Menschen entwickeln außerdem eine „supranationale" Identität. Sie fühlen sich also über ihre nationale Zugehörigkeit hinaus auch einer regionalen oder globalen Gemeinschaft verbunden. Junge Menschen, die in einer stark vernetzten Welt aufgewachsen sind, verstehen Solidarität zunehmend als etwas, das über Ländergrenzen hinausgeht. Erhebungen in Dutzenden Ländern zeigen, dass jüngere Befragte häufiger mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit in Kontakt stehen und Vielfalt eher befürworten als ältere Befragte.

Widersprüche unserer Zeit

Der heutigen jungen Generation wird häufig nachgesagt, dass sie voller Widersprüche sei. So wird beispielsweise oft darauf verwiesen, dass junge Männer rückschrittlichere Einstellungen zur Gleichstellung der Geschlechter vertreten würden als ältere Männer. Dies wird häufig auf eine Radikalisierung durch die sogenannte „Manosphere" zurückgeführt. Tatsächlich ist die Verbreitung von Inhalten aus der „Manosphere" für Marken und Influencer*innen dieser Subkultur zu einem äußerst lukrativen Geschäft geworden. Indem sie frauenfeindliche Ansichten verbreiten, vergrößern sie ihre Zahl an Abonnent*innen und potenziellen Kund*innen.

Doch die Realität ist komplexer, als es die Vorstellung nahelegt, junge Männer würden insgesamt immer rückschrittlicher. Eine aktuelle Befragung des King's College London, die Dutzende Länder in allen Weltregionen mit Ausnahme der arabischen Staaten umfasst, zeigt, dass rückschrittliche Einstellungen zur Gleichstellung der Geschlechter tatsächlich sowohl unter jungen Männern als auch unter jungen Frauen zunehmen. Gleichzeitig bezeichnen sich aber auch immer mehr Frauen und Männer als Feminist*innen.

Forschende vermuten, dass der Zugang zu immer mehr Informationen, aber auch zu immer mehr Falschinformationen, dazu beitragen könnte, dass sich komplexere Identitäten entwickeln, die im Wandel begriffen und noch nicht gefestigt sind.



© UNFPA/Artolution (Kenia)

Junge Menschen kommen zudem deutlich häufiger als ältere Generationen mit Menschen unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten in Kontakt oder identifizieren sich selbst als nichtbinär. Für den jüngsten Weltjugendbericht führte die Hauptabteilung wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UN DESA) eine Online-Befragung unter 2.500 Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren in 137 Ländern durch. Dabei bezeichneten sich zwölf Prozent als bisexuell und sechs Prozent als schwul, lesbisch oder mit einer anderen sexuellen Orientierung. Bei der Befragung „What Young People Want“ aus dem Jahr 2023, an der 1,5 Millionen Menschen überwiegend aus Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen teilnahmen, gaben 2,2 Prozent an, sich weder als männlich noch als weiblich zu identifizieren. Eine von UNFPA unterstützte Befragung unter 7.247 jungen Menschen, die sich in fragilen und unsicheren Kontexten für den Frieden einsetzen, ergab, dass sich rund zwei Prozent als nichtbinär identifizierten.

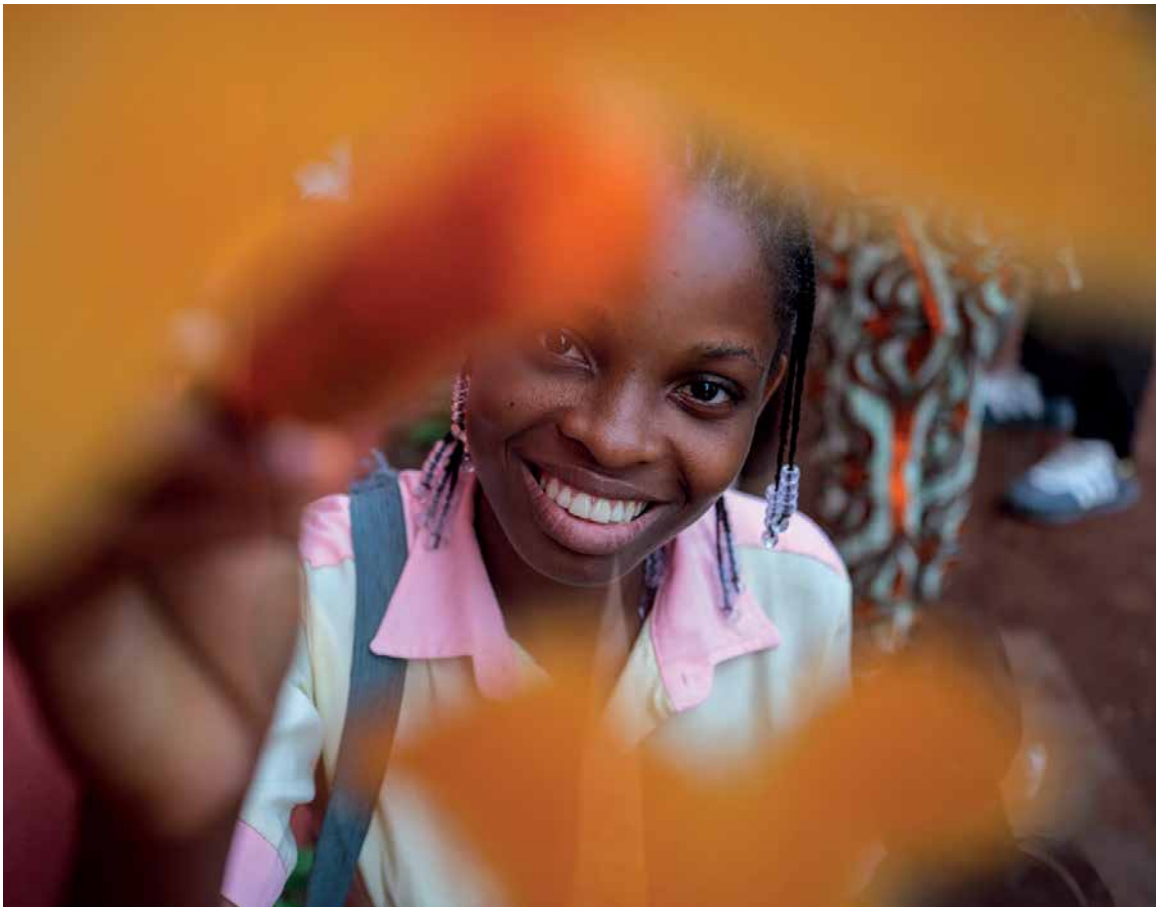
Gleichzeitig deuten die Daten nicht darauf hin, dass der Kontakt mit Menschen vielfältiger Geschlechtsidentitäten dazu führt, dass junge Menschen Geschlechterunterschiede grundsätzlich ablehnen. Stattdessen verfolgen Jugendbewegungen einen Sowohl-als-auch-Ansatz. Junge Menschen, die sich im Rahmen der Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit (YPS) engagieren, fordern sowohl nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten, um sichtbar zu machen, in welchen Bereichen Frauen und Mädchen benachteiligt werden, als auch eine inklusive Sprache, die geschlechtliche Vielfalt anerkennt. Auch Fachleute für Geschlechterungleichheit fordern zunehmend, dass Programme sowohl berücksichtigen, wie patriarchale Normen Frauen

und Mädchen schaden, als auch, welche negativen Auswirkungen dieselben Normen auf Männer und Jungen haben.

Zielorientiert und bereit für die Zukunft

Trotz der zahlreichen Herausforderungen, vor denen junge Menschen stehen, blicken sie insgesamt hoffnungsvoll in die Zukunft. Mit digitalen Technologien, die ihnen jederzeit zur Verfügung stehen, haben sie das Potenzial,- gemeinsam eine bemerkenswerte Kraft zu entfalten. Das zeigt sich an ihrem Beitrag zu erfolgreichen Gesundheitsprogrammen und an den kreativen, dezentral organisierten Formen ihres politischen Engagements, ebenso wie in ihren Bewegungen, ihren Handlungsempfehlungen und ihren Forderungen nach Rechenschaft.

Die entscheidende Frage ist, ob die politischen Entscheidungsträger*innen von heute weiterhin Strukturen für junge Menschen gestalten oder ob sie diese endlich gemeinsam mit jungen Menschen entwickeln und ihnen ermöglichen, sie selbst zu gestalten. Junge Menschen auf der ganzen Welt arbeiten bereits daran, neue Wege für uns alle zu eröffnen. Nun liegt es bei uns, sich ihnen anzuschließen.



© Taiwo Aina/UNFPA Benin



Dieses Wandgemälde in Kolinkiwzi, Ukraine, trägt den Titel „Inspiration by Dreams“ und symbolisiert die Träume junger Menschen von Frieden, Reisen, Bildung, Wohlstand und der Gründung einer eigenen Familie.

© UNFPA/Artolution (Ukraine)

KAPITEL 2

Zu früh, zu spät oder genau richtig?



Die vielfältigen, miteinander verbundenen Herausforderungen, die im vorherigen Kapitel beschrieben wurden, sind keine abstrakten Phänomene. Sie prägen das Leben junger Menschen auf der ganzen Welt und beeinflussen ihre persönlichsten Entscheidungen sowie ihre Möglichkeiten, die eigenen Zukunftspläne zu verwirklichen.

Was sich die Menschen wünschen

Junge Menschen werden häufig so dargestellt, als würden sie Ehe und Elternschaft „ablehnen“ oder sich bewusst dagegen „entscheiden“. Tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass der Anteil der Menschen in Partnerschaften zurückgeht und der Anteil der Alleinstehenden zunimmt. Insgesamt bekommen die Menschen zudem weniger Kinder, manche bleiben komplett kinderlos. Die Fertilitätsraten sinken praktisch überall auf der Welt. Die bewusste Entscheidung gegen Kinder wird häufig als Phänomen westlicher Länder oder von Ländern mit hohem Einkommen betrachtet. Doch es gibt Belege dafür, dass der Wunsch, kinderlos zu bleiben, in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten vorkommt. Viele Menschen sind sich hinsichtlich ihres Kinderwunsches unsicher und mit den Lebensumständen können sich auch ihre Vorstellungen verändern.

Ein beträchtlicher Teil der Menschen strebt weder eine Ehe noch eine Elternschaft an. Unter den 18- bis 39-Jährigen gaben 16 Prozent an, dass es ihrer idealen Vorstellung von Partnerschaft und Zusammenleben entspreche, alleinstehend zu bleiben. Bei den 18- bis 19-Jährigen waren es 21 Prozent, bei den 35- bis 39-Jährigen 14 Prozent. Neun Prozent nannten null als ihre ideale Kinderzahl.

Doch es wäre falsch zu behaupten, junge Menschen würden Ehe und Elternschaft grundsätzlich „ablehnen“. Die Daten zeigen: Eine große Mehrheit der Befragten möchte heiraten und Kinder bekommen. Für 70 Prozent der Männer und Frauen ist die Ehe die ideale Form der Partnerschaft. Darüber hinaus wünschen sich mehr als 90 Prozent der Befragten ein oder mehrere Kinder. Für 73 Prozent gehören eine Partnerschaft und Kinder zu den eher oder sehr wichtigen Meilensteinen im Leben.

Typische Lebenswege

Es ist wichtig, Partnerschaften und Geburten nicht nur als isolierte statistische Kennzahlen zu betrachten, sondern auch im Kontext des gesamten Lebensverlaufs. Der DFS untersucht deshalb, in welchem Alter Männer und Frauen typischerweise wichtige Meilensteine ihrer Vita erreichen. Dazu werden die Wohnsituation, der Erwerbsstatus sowie die potenzielle Partner- und Elternschaft aller Befragten nach Altersgruppen ausgewertet.

Globale Trends hinsichtlich des Erreichens wichtiger Meilensteine im Lebensverlauf ließen sich bislang nur schwer bestimmen, da Studien unterschiedliche Methoden verwenden und sich häufig auf einzelne Länder oder Regionen beschränken. Kulturelle Faktoren und die Lebenshaltungskosten beeinflussen jedoch erheblich, wann bestimmte Stationen erreicht werden. In Europa ziehen junge Menschen im Median mit etwa 22 Jahren aus dem Elternhaus aus. In Ostasien hingegen leben viele unverheiratete Erwachsene weiterhin bei ihren Eltern und ziehen teilweise überhaupt nicht aus. Dennoch zeigt sich, dass wichtige Meilensteine im Lebensverlauf heute später erreicht werden als früher. So waren 1970 weltweit noch 64 Prozent der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren verheiratet. Heute sind es in dieser Altersgruppe nur noch 43 Prozent.

Die Analyse typischer Lebensverläufe liefert weitere Belege dafür, dass sich wichtige

Erkenntnisse des Demographic Futures Survey

Im Rahmen des Demographic Futures Survey (DFS) wurden 108.926 Menschen im Alter von 18 bis 39 Jahren in 73 Ländern und Gebieten aus allen Weltregionen zu ihren Wünschen und Zukunftsvorstellungen, ihren Zielen in Bezug auf Partnerschaft und Familiengründung sowie zu ihren Sorgen, Wünschen und Zielen befragt. Die Befragung zeichnet ein Bild von jungen Erwachsenen, die nicht mehr von jenen gesellschaftlichen Strukturen profitieren, die früher den Übergang von der Abhängigkeit zur Selbstständigkeit, von der Schule ins Berufsleben und von der Jugend ins Erwachsensein erleichtert haben.

Dabei ist zu beachten, dass alle Befragten über einen Internetzugang verfügen und daher mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Hochschulausbildung abgeschlossen haben oder über ein höheres Einkommen verfügen als die Gesamtheit der 18- bis 39-Jährigen. Um den Einfluss dieser Unterschiede zwischen der Stichprobe und der jeweiligen nationalen Bevölkerung im Alter von 18 bis 39 Jahren zu verringern, wurden die Ergebnisse nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss nachträglich gewichtet. Diese Gewichtung kann jedoch nicht ausgleichen, dass Menschen ohne Internetzugang von der Befragung ausgeschlossen waren. Die Ergebnisse spiegeln daher die Ansichten junger Menschen mit Internetzugang wider und sind nicht repräsentativ.

Zuversicht und Sorgen: Zwei Drittel der Befragten blicken eher oder sehr zuversichtlich in die Zukunft. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Weltregionen. Konflikte und Sicherheitsrisiken sowie wirtschaftliche Unsicherheit und Ungleichheit bereiten den Befragten die größten Sorgen. Jeweils mehr als drei Viertel empfinden die Entwicklungen in diesen Bereichen als eher oder sehr besorgniserregend.

Partnerschaft: Mehr als zwei Drittel der Befragten wählten als ideale Form des Zusammenlebens eine Option, die die Ehe einschließt. Unter den 25- bis 39-Jährigen, die sich eine Ehe oder eine Partnerschaft wünschen, ist ein Viertel derzeit alleinstehend und sucht nicht aktiv nach einer festen Beziehung.Finanzielle Sicherheit ist für die Befragten der wichtigste Faktor bei der Entscheidung für eine Partnerschaft. 81 Prozent halten sie für wichtig. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Probleme bei der Wohnungssuche werden am häufigsten als Hindernisse für eine Partnerschaft genannt. 57 Prozent stufen diese als wichtig ein.

Elternschaft: Als Voraussetzung für eine Elternschaft sind den Befragten vor allem finanzielle Sicherheit (88 Prozent), ein sicherer Arbeitsplatz (87 Prozent) und die emotionale Bereitschaft (85 Prozent) wichtig. Im Durchschnitt ist jede dieser Voraussetzungen für Frauen wichtiger als für Männer. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Probleme bei der Wohnungssuche gelten als größte Hindernisse für die Familiengründung. 72 Prozent der Befragten halten sie für wichtig. An zweiter und dritter Stelle stehen das Fehlen eine*r geeigneten Partner*in sowie gesundheitliche und reproduktive Faktoren.

Lebensereignisse für junge Menschen zunehmend nach hinten verschieben. Für diese Analyse gilt ein Lebensmeilenstein als erreicht, sobald mindestens 50 Prozent der Befragten einer bestimmten Altersgruppe ihn erreicht haben. Auf diese Weise lässt sich feststellen, ab welchem Alter die Mehrheit der Befragten bestimmte Merkmale des Erwachsenseins aufweist, beispielsweise unabhängig von der Herkunftsfamilie zu wohnen. Wichtig ist dabei, dass es sich nicht um eine Längsschnittstudie handelt, bei der dieselben Personen über einen längeren Zeitraum begleitet werden. Stattdessen werden Momentaufnahmen verschiedener Altersgruppen herangezogen, um zu verstehen, wie sich Lebensverläufe typischerweise entwickeln.



© UNFPA Nicaragua/Ernesto Valle

Dabei fallen mehrere Ergebnisse besonders auf. Erstens erreichen junge Menschen wichtige Lebensmeilensteine im Durchschnitt in einem höheren Alter, als viele vielleicht erwarten würden. Mit 18 Jahren, also zu Beginn der gesetzlichen Volljährigkeit, leben 70 Prozent noch bei ihren Eltern oder anderen Verwandten. Erst in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen lebt mindestens die Hälfte unabhängig von ihrer Herkunftsfamilie. Eine feste Partnerschaft hat die Mehrheit sogar erst im Alter von 30 bis 34 Jahren. Unter den 35- bis 39-Jährigen hat mindestens die Hälfte bereits ein Kind, während weniger als die Hälfte verheiratet ist.

Zweitens zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen beim Übergang ins Erwachsenenleben, wenn dieser anhand bestimmter Lebensmeilensteine definiert wird. Weltweit ist mindestens die Hälfte der männlichen Befragten bereits im Alter von 20 bis 24 Jahren erwerbstätig. Bei den weiblichen Befragten wird dieser Anteil erst in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen erreicht. Zudem liegt die Erwerbstätigenquote der Frauen in sämtlichen Altersgruppen unter der der Männer.

Bei festen Partnerschaften zeigt sich dagegen ein umgekehrtes Bild: Die Mehrheit der Frauen lebt bereits im Alter von 25 bis 29 Jahren in einer festen Partnerschaft, während Männer diesen Meilenstein mehrheitlich erst zwischen 30 und 34 Jahren erreichen. In allen Altersgruppen und sämtlichen Weltregionen ist der Anteil der Frauen, die in einer Partnerschaft leben, höher als der entsprechende Anteil der Männer. Altersunterschiede zwischen Partner*innen sind weit verbreitet. Männer sind im

Durchschnitt 2,4 Jahre älter als ihre Partnerinnen. Auch den Meilenstein Elternschaft erreichen Frauen früher: Bereits unter den 30- bis 34-Jährigen hat die Mehrheit der Frauen mindestens ein Kind. Bei den Männern ist dies erst in der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen der Fall.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Die entscheidende Frage ist letztlich, ob Menschen selbstbestimmt entscheiden können, ob und wann sie diese für ihre persönliche Entwicklung bedeutenden Lebensmeilensteine erreichen.

Die Ergebnisse des DFS deuten darauf hin, dass sich für einen beträchtlichen Teil der jungen Befragten die Wünsche nach einer Partnerschaft bislang nicht erfüllt haben. Obwohl 70 Prozent der 18- bis 39-Jährigen die Ehe als Teil ihrer idealen Vorstellung von Partnerschaft und Zusammenleben betrachten, sind tatsächlich nur 56 Prozent verheiratet. Unter den 25- bis 39-Jährigen, die sich eine Partnerschaft wünschen, gaben 19 Prozent der Frauen und 30 Prozent der Männer an, alleinstehend zu sein und sich derzeit nicht mit potenziellen Partner*innen zu treffen. Von den 25- bis 39-Jährigen, die dies zwar tun, aber nicht in einer gemeinsamen Wohnung leben, wünschen sich mehr als 80 Prozent, in einer Beziehung zu leben oder verheiratet zu sein. Insgesamt unterscheiden sich diese Muster nur geringfügig zwischen den Geschlechtern und Weltregionen.

Im DFS wurde außerdem gefragt, wie die derzeitige Kinderzahl im Vergleich zu jener ausfällt, die sich die Befragten für ihr aktuelles Alter wünschen. Die Mehrheit der jüngeren Befragten in den Altersgruppen von 18 bis 19 und 20 bis 24 Jahren gab an, sich darüber noch unsicher zu sein. Bei den 35- bis 39-Jährigen weicht diese Unsicherheit zunehmend klaren Vorstellungen: Der größte Anteil der Befragten in dieser Altersgruppe – 52 Prozent der Frauen und 44 Prozent der Männer – erklärte, genau die gewünschte Zahl an Kindern für ihr Alter zu haben. Etwa ein Viertel – 23 Prozent der Frauen und 26 Prozent der Männer – gab hingegen an, weniger Kinder zu haben, als sie sich für ihr Alter wünschen. Ein kleiner, aber über die Altersgruppen hinweg relativ konstanter Anteil von drei bis sechs Prozent erklärte, bereits mehr Kinder zu haben, als für das eigene Alter gewünscht. Frauen gaben dies häufiger an als Männer.

Insgesamt deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass sich für große Teile der Befragten in allen Weltregionen die Verwirklichung ihrer Wünsche und Ziele in Bezug auf Selbstständigkeit, Partnerschaft und Familienleben verzögert – oder diese Wünsche mitunter überhaupt nicht in Erfüllung gehen.

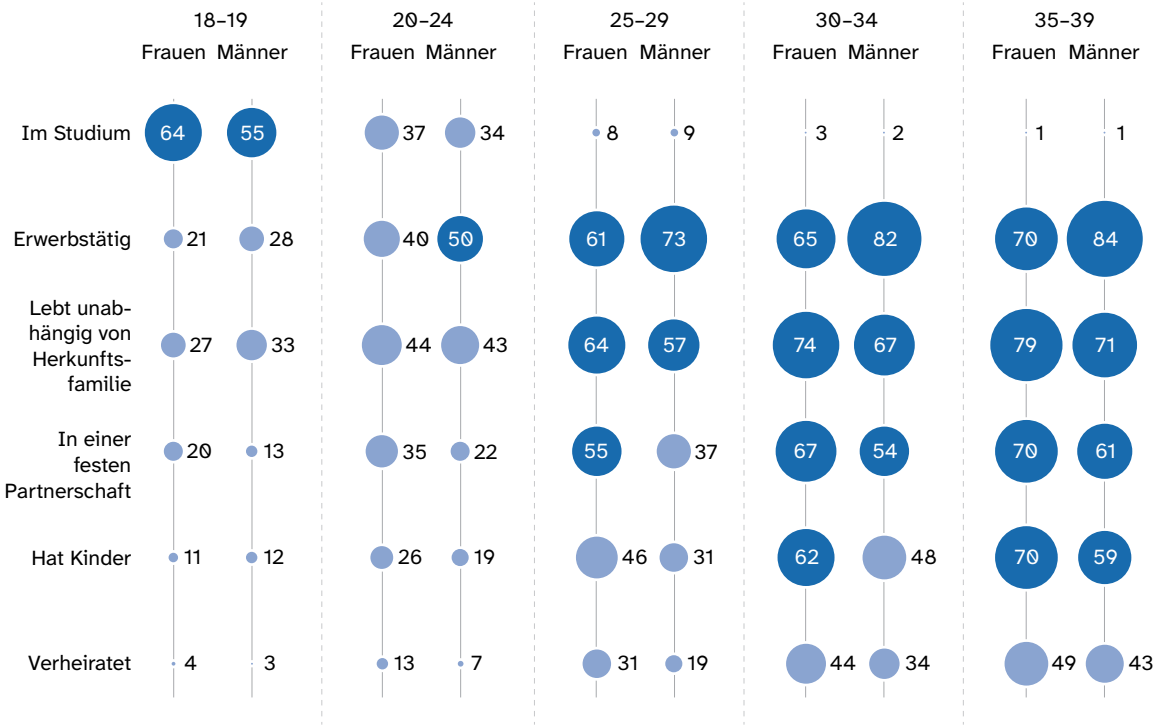
Motivationen und Hindernisse

Ein Ziel des DFS war es, zu untersuchen, wie die Wünsche der Menschen in Bezug auf Partnerschaft und Elternschaft mit gesellschaftlichen Normen und wirtschaftlichen Zwängen zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen.

Wirtschaftliche Faktoren erwiesen sich sowohl als wichtigster Beweggrund für das Eingehen einer Partnerschaft als auch als größtes Hindernis für Menschen, die weder mit eine*r Partner*in zusammenleben noch verheiratet sind. 81 Prozent der Befragten gaben an, dass finanzielle Sicherheit

Abbildung 1

Erreichung der Meilensteine weltweit nach Alter und Geschlecht



Prozentualer Anteil der Befragten des DFS, die derzeit studieren, berufstätig sind, unabhängig von ihrer Herkunftsfamilie leben, in einer festen Beziehung leben, Eltern von mindestens einem Kind sind oder verheiratet sind, nach Altersgruppe. Dunkel schattierte Kreise zeigen, dass die Hälfte oder mehr der Befragten den Meilenstein erreicht haben. Jede Altersgruppe besteht aus anderen Personen, die zum gleichen Zeitpunkt befragt wurden, und nicht aus denselben Personen, die im Laufe ihres Älterwerdens erneut befragt wurden. Unterschiede zwischen den Altersgruppen spiegeln daher sowohl die jeweilige Lebensphase als auch generationenübergreifende Unterschiede wider. Die Meilensteine schließen sich nicht gegenseitig aus, weshalb die Prozentsätze in der Summe nicht 100 ergeben. Die Daten sind nach Geschlecht, Alter und Bildungsabschluss gewichtet. Siehe auch technische Hinweise auf Seite 118.

Quelle: Analyse des Demographic Futures Survey zum Weltbevölkerungsbericht 2026

Abbildung 2

Erreichung der Meilensteine nach Alter, Geschlecht und Weltregion

		Im Studium		Erwerbstätig		Lebt unabhängig von Herkunftsfamilie		In einer festen Partnerschaft		Verheiratet		Hat Kinder	
	Alter	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Asien und Pazifik	18–19	70,4	61,6	20,0	26,6	23,3	25,4	12,6	11,3	4,8	3,5	9,2	11,8
	20–24	38,3	36,4	44,2	48,2	34,7	33,7	26,0	18,2	15,0	8,4	20,6	18,0
	25–29	5,3	8,3	68,3	75,2	52,2	44,8	51,3	35,6	39,3	24,9	43,4	29,4
	30–34	1,1	0,8	72,4	86,1	63,2	55,8	69,7	55,1	59,4	46,8	61,7	49,9
	35–39	0,7	1,1	76,0	86,1	70,7	55,6	73,7	61,3	64,8	53,0	70,1	57,4
Latein-amerika	18–19	56,1	45,9	21,9	35,3	22,8	28,0	22,9	13,6	1,2	2,8	14,5	11,1
	20–24	31,2	28,1	41,2	56,3	40,0	36,9	36,4	24,9	6,9	3,9	29,1	17,7
	25–29	9,1	8,7	57,6	75,8	61,2	53,8	53,2	35,7	15,7	10,3	48,4	30,1
	30–34	3,8	2,7	62,7	84,0	71,8	64,6	60,1	48,5	24,4	18,4	65,6	47,8
	35–39	2,1	1,6	67,2	84,9	77,9	72,2	63,4	57,6	28,6	26,2	73,2	59,0
Westeuropa, Australien, Kanada und USA	18–19	60,9	51,9	26,8	29,7	30,5	40,5	22,7	16,6	1,9	3,0	5,4	11,0
	20–24	36,1	28,0	45,7	55,4	55,8	55,8	40,5	29,7	10,5	9,2	20,8	22,3
	25–29	11,0	9,7	68,9	75,7	76,0	72,6	55,9	40,0	25,0	17,3	32,9	25,9
	30–34	2,7	3,1	76,6	83,0	87,4	82,4	66,6	56,1	37,2	31,0	49,2	40,6
	35–39	2,2	1,6	75,8	84,9	89,1	85,5	70,3	59,7	42,3	39,3	58,3	50,4
Osteuropa und Zentral-asien	18–19	66,6	48,1	17,8	32,9	31,4	36,4	26,4	14,3	4,8	4,8	8,5	10,7
	20–24	33,7	31,6	37,4	51,0	53,1	46,7	50,8	24,1	22,6	7,8	27,7	12,6
	25–29	5,6	6,4	55,0	74,4	69,2	56,0	70,5	43,4	44,6	25,3	48,9	28,5
	30–34	1,3	0,9	58,4	81,3	76,0	64,4	76,5	56,8	56,7	38,3	65,0	44,2
	35–39	1,0	0,8	63,1	82,4	79,6	68,8	76,7	60,7	56,4	43,5	72,3	57,0
Ost- und südliches Afrika	18–19	68,6	61,6	11,8	17,1	24,9	42,8	11,9	11,0	0,4	0,7	8,5	12,4
	20–24	45,2	44,3	27,7	36,0	45,0	50,7	26,0	13,9	5,9	3,6	27,4	18,1
	25–29	7,0	11,3	55,3	60,1	60,3	63,2	44,1	29,3	15,6	8,7	60,3	40,8
	30–34	3,2	3,1	60,1	69,6	78,6	70,8	54,8	47,8	28,8	24,2	73,6	64,8
	35–39	0,1	2,0	69,6	78,1	82,0	80,3	58,3	60,4	36,4	32,3	81,3	81,9
West- und Zentral-afrika	18–19	59,3	68,2	32,4	26,7	39,7	31,8	28,5	11,7	10,2	1,8	39,3	25,6
	20–24	43,0	40,5	45,6	44,6	36,2	48,1	26,0	19,0	8,2	3,6	40,0	31,9
	25–29	17,3	24,7	62,8	58,1	64,0	54,7	41,1	28,1	30,0	7,3	61,6	41,8
	30–34	12,4	5,8	62,5	79,7	65,8	67,8	63,0	45,8	37,7	22,9	80,9	59,7
	35–39	3,6	1,0	82,2	84,3	74,8	68,4	69,2	57,6	47,2	41,5	85,9	66,0
Arabische Staaten (einschl, Golf-Kooperationsrat)	18–19	63,6	61,8	19,2	18,7	20,5	28,0	13,3	9,1	10,4	5,2	10,8	15,0
	20–24	40,9	37,7	27,1	43,9	31,2	35,6	27,0	17,0	20,2	11,6	24,9	20,6
	25–29	6,9	8,9	50,2	71,9	63,8	56,0	56,4	36,1	49,5	31,3	48,2	33,5
	30–34	3,2	0,6	42,4	80,1	70,7	67,6	71,9	57,6	58,7	46,7	63,2	49,8
	35–39	0,1	0,2	54,5	86,5	72,0	71,8	73,1	69,6	67,4	63,4	73,1	65,4

Vgl. Abbildung 1: Dunkel schattierte Zellen zeigen, dass die Hälfte oder mehr der Befragten den Meilenstein erreicht haben.

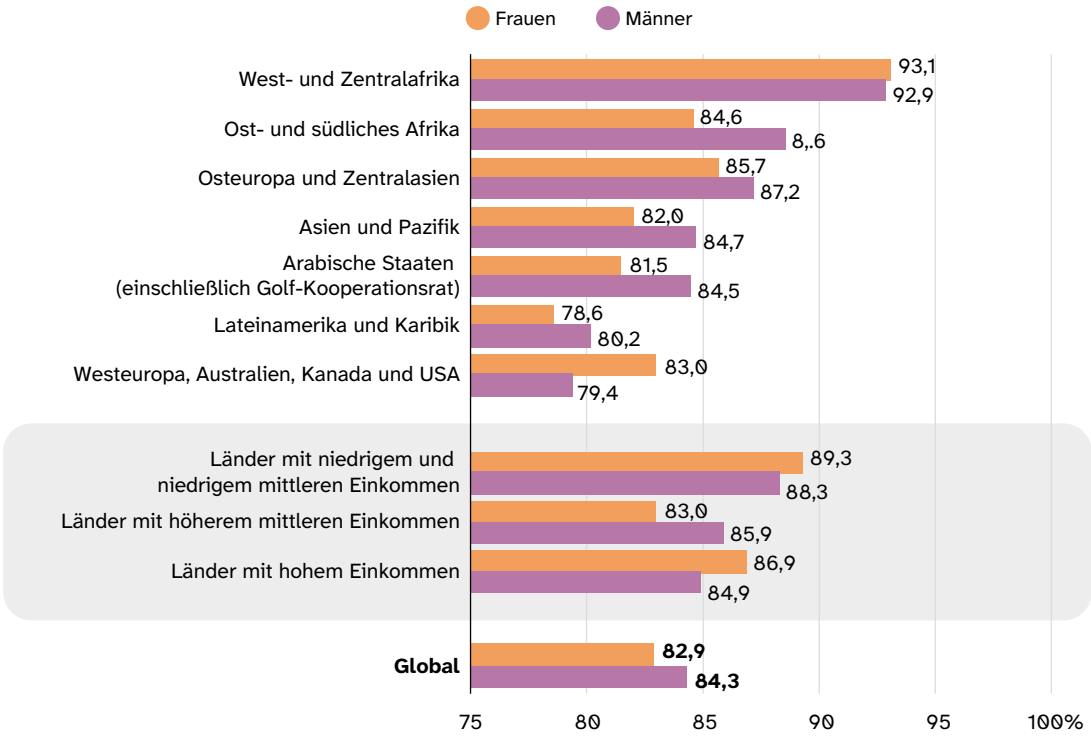
Quelle: Analyse des Demographic Futures Survey zum Weltbevölkerungsbericht 2026

für sie ein eher oder sehr wichtiger Grund sei, eine Partnerschaft einzugehen. Dieses Muster zeigt sich in allen Weltregionen, ist jedoch in Ländern mit niedrigem Einkommen besonders ausgeprägt. Auch bei der Entscheidung für Kinder stellen wirtschaftliche Schwierigkeiten das größte Hindernis dar. Mit anderen Worten: Ob Menschen eine Partnerschaft eingehen oder Kinder bekommen, ist weltweit eng mit dem Bedürfnis nach finanzieller Sicherheit verbunden. Und obwohl eine Partnerschaft gemeinhin als Weg zur finanziellen Sicherheit angesehen wird – was darauf hindeutet, dass eine Partnerschaft für viele Menschen nach wie vor eine wirtschaftliche Überlebensstrategie darstellt – wird ihre Verwirklichung zugleich durch wirtschaftliche Umstände behindert.

Der zweitwichtigste Beweggrund für das Eingehen einer Partnerschaft ist der Wunsch nach

Abbildung 3

Wunsch nach Ehe oder Zusammenleben unter Befragten zwischen 25 und 39 Jahren, nach Weltregion, Einkommensniveau des Landes und Geschlecht



Anteil der Befragten (25 bis 39 Jahre), die sich derzeit mit jemandem treffen oder in einer Partnerschaft sind und nicht zusammenleben, die heiraten oder zusammenziehen möchten, nach Geschlecht, Weltregion und Einkommensniveau des Landes. Siehe auch technische Hinweise auf Seite 118.

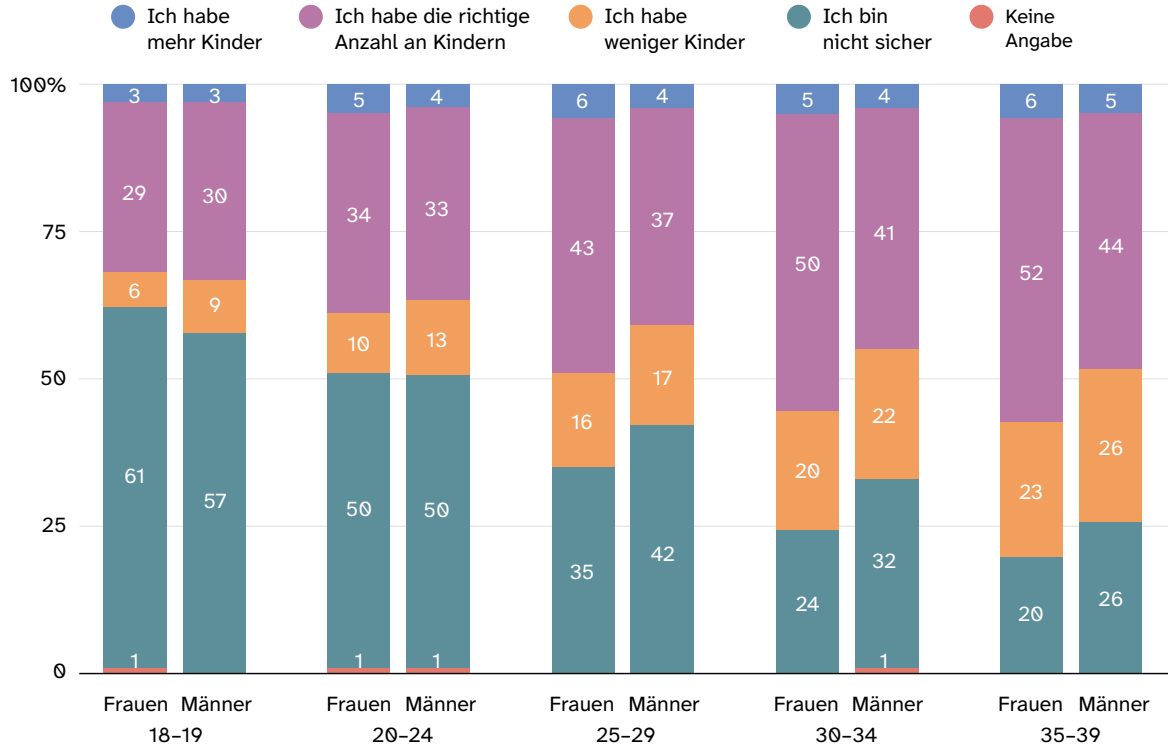
Quelle: *Lives, Choices and Futures,* UNFPA 2026

emotionaler Nähe und Intimität. 68 Prozent der Befragten, die weder in einer Beziehung leben noch verheiratet sind, bezeichneten dies als eher oder sehr wichtigen Grund für eine Partnerschaft. 66 Prozent nannten den Wunsch nach Unabhängigkeit von ihren Eltern, während 65 Prozent den Kinderwunsch als eher oder sehr wichtigen Beweggrund angaben. Zusammengenommen verdeutlichen diese Antworten, dass eine Partnerschaft für viele Menschen ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum persönlichen Glück ist. Sei es der Wunsch nach Nähe und Verbundenheit, der Schritt in ein eigenständiges Leben oder die Möglichkeit, eine eigene Familie zu gründen.

Während finanzielle Sicherheit ein wichtiger Beweggrund für eine Partnerschaft ist, stehen beim Kinderwunsch deutlich seltener praktische Erwägungen im Vordergrund. 80 Prozent der Befragten nannten Freude und Glück als eher

Abbildung 4

Zufriedenheit mit der aktuellen Anzahl an Kindern, nach Alter und Geschlecht

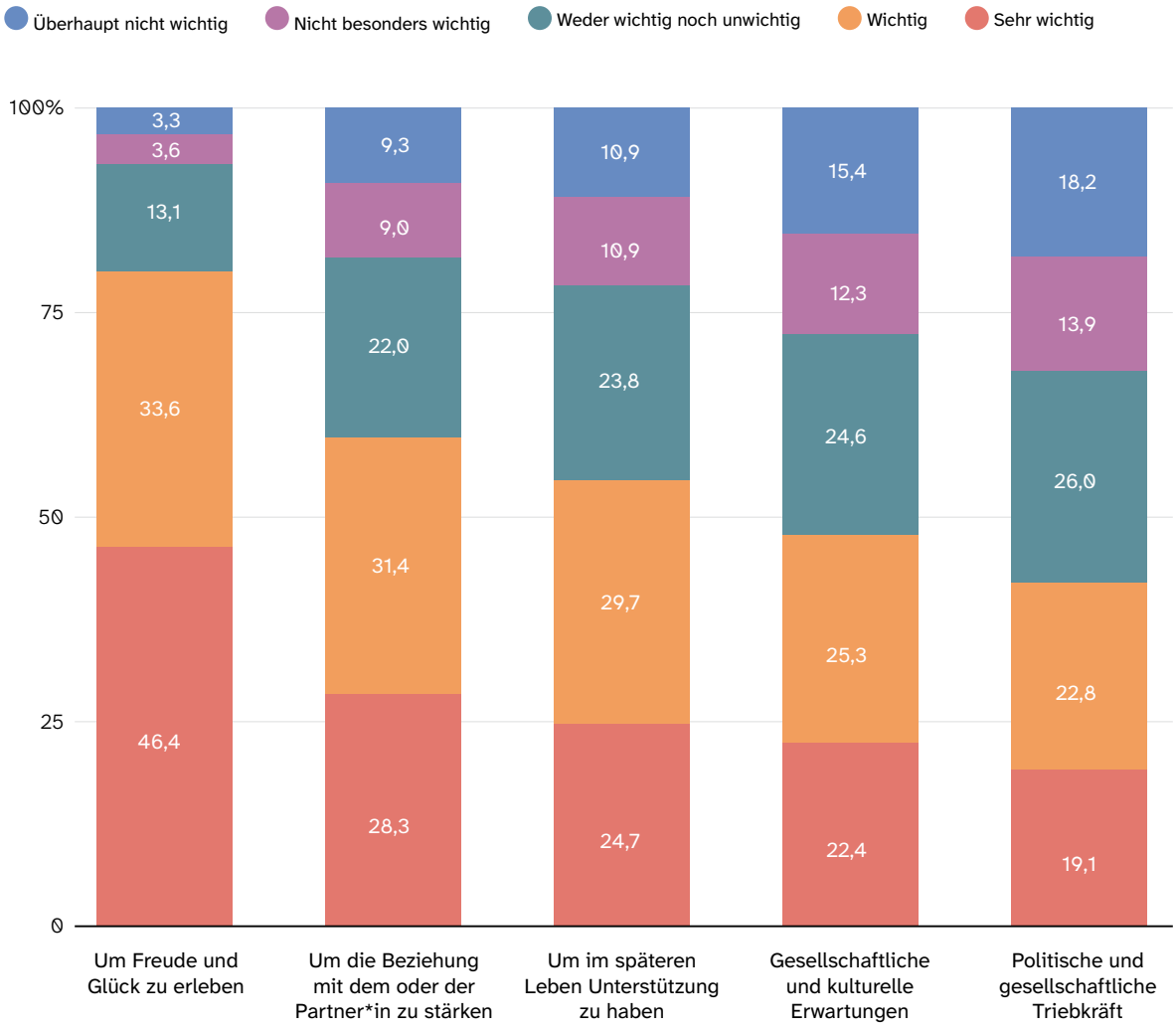


Prozentuale Verteilung der Antworten aus dem DFS auf die Frage: „Inwieweit entspricht die Anzahl an Kindern, die Sie derzeit haben, der Anzahl, die Sie sich für Ihr Alter wünschen?“, nach Altersgruppen und Geschlecht. Aufgrund von Rundungen ergibt die Summe möglicherweise nicht 100 Prozent. Siehe auch technische Hinweise auf Seite 118.

Quelle: Analyse des Demographic Futures Survey zum Weltbevölkerungsbericht 2026

Abbildung 5

Empfundene Wichtigkeit der Gründe für einen Kinderwunsch



Prozentuale Verteilung der empfundenen Wichtigkeit verschiedener Gründe für die Elternschaft. Aufgrund von Rundungen ergibt die Summe möglicherweise nicht 100 Prozent. Siehe auch technische Hinweise auf Seite 118.

Quelle: *Lives, Choices and Futures*, UNFPA 2026

oder sehr wichtige Gründe dafür, Kinder haben zu wollen. Auch dies unterstreicht die Bedeutung der Elternschaft für den Lebensweg vieler Menschen: Mehr als neun von zehn Befragten wünschen sich nicht nur Kinder, sondern die große Mehrheit weltweit verbindet damit vor allem die Hoffnung auf emotionale Bereicherung.

Auch gesellschaftliche Einstellungen spielen eine Rolle. 56 Prozent der Befragten, die weder in einer Beziehung leben noch verheiratet sind, gaben an, dass gesellschaftliche Normen und Erwartungen ihres sozialen Umfelds für sie eher oder sehr wichtige Beweggründe für eine Partnerschaft seien. Gleichzeitig bezeichneten 35 Prozent gesellschaftliche Normen und Diskriminierung als eher oder sehr wichtige Hindernisse für das Eingehen einer Partnerschaft. Rund 48 Prozent nannten gesellschaftliche und kulturelle Erwartungen als eher oder sehr wichtige Gründe für den Wunsch nach Kindern. Zusammengenommen deuten diese Ergebnisse darauf hin, dass sich viele Befragte bei diesen zutiefst persönlichen und folgenreichen Lebensentscheidungen unter Druck gesetzt fühlen.

Wahrnehmungen und Sorgen beeinflussen Lebensziele

In den vergangenen Jahren wurde zunehmend untersucht, wie der Kinderwunsch mit der Zuversicht der Menschen hinsichtlich ihrer Zukunft zusammenhängt. Dabei stellt sich auch die Frage, ob ein pessimistischer Blick auf die weltweite Entwicklung zu sinkenden Fertilitätsraten beiträgt. Der DFS zeichnet hierzu ein differenziertes Bild. Die Befragten im Alter von 18 bis 39 Jahren blicken zwar tendenziell zuversichtlich in die Zukunft, machen sich angesichts diverser Risiken aber auch große Sorgen. Die Befragten, die angaben, ihren Lebensunterhalt „sehr leicht“ bestreiten zu können, machten sich am wenigsten Sorgen über übergeordnete gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme wie Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. In allen anderen Gruppen war das Ausmaß der Besorgnis hingegen vergleichbar hoch – von denjenigen, die ihren Lebensunterhalt nur „unter großen Schwierigkeiten“ bestreiten können, bis hin zu jenen, denen dies „relativ leicht“ gelingt.

Die Analyse untersuchte außerdem, wie die Wahrnehmung der weltweiten Entwicklungen mit dem persönlichen Kinderwunsch zusammenhängt. Auf die Frage, wie zuversichtlich sie in die Zukunft blicken, antworteten 30 Prozent mit „sehr zuversichtlich“ und 37 Prozent mit „eher zuversichtlich“. Dabei zeigte sich ein deutlicher positiver Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Zuversicht und der Zahl der Kinder, die die Befragten im Laufe ihres Lebens bekommen möchten. Vergleicht man die Kinderwünsche der zuversichtlichsten mit denen der am wenigsten zuversichtlichen Befragten, wünschen sich Erstere im Durchschnitt 0,42 Kinder mehr als Letztere.

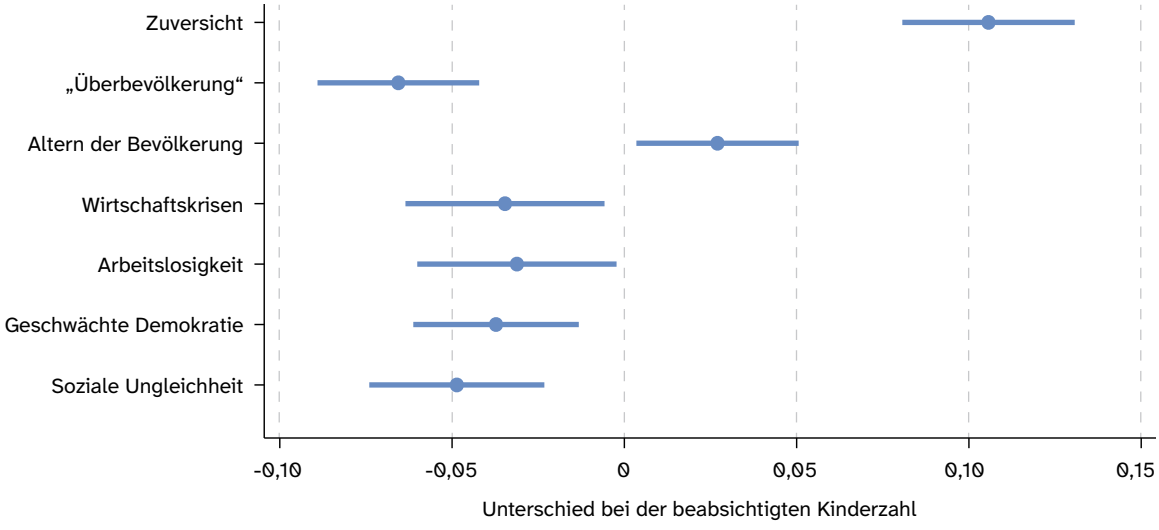
Im Gegensatz dazu gaben Befragte, die sich Sorgen über vermeintliche Überbevölkerung, Wirtschaftskrisen, hohe Arbeitslosigkeit, eine Schwächung der Demokratie oder soziale Ungleichheit machten, eine geringere gewünschte Kinderzahl für ihr gesamtes Leben an als diejenigen, die diese Sorgen nicht teilten. Die einzige Ausnahme bildete die Sorge über die alternde Bevölkerung: Sie ging mit einem etwas höheren Kinderwunsch einher.

Daraus ergibt sich die Frage, ob junge Menschen das Gefühl haben, ausreichend Unterstützung zu erhalten – sei es als junge Erwachsene, als Eltern, als Erwerbstätige oder in anderen Lebenssituationen. Und falls ja: Bringt ihnen diese Unterstützung die nötige Zuversicht für die eigene Zukunft?

Die Ergebnisse zeigen, dass diese Zuversicht zwar durchaus vorhanden ist, allerdings nicht mit einem entsprechenden Vertrauen in die Unterstützung durch staatliche Institutionen und Arbeitgeber einhergeht. So stimmen 58 Prozent der Befragten der Aussage grundsätzlich oder sogar ausdrücklich zu, dass junge Menschen Chancen haben. Doch weniger als die Hälfte glaubt, auf Unterstützung durch die Regierung

Abbildung 6

Fertilitätsabsichten und Zukunftsperspektiven



Jeder Punkt steht für den Unterschied in der beabsichtigten Kinderzahl zwischen Befragten, die sich hinsichtlich der Zukunft als „sehr zuversichtlich“ bezeichnen, und solchen, die sich als „sehr pessimistisch“ bezeichnen (oberste Zeile); sowie zwischen Befragten, die sich hinsichtlich der aufgeführten Sorgen als „sehr besorgt“ bezeichnen, und solchen, die angeben, „überhaupt nicht besorgt“ zu sein (folgende Zeilen). Ein Punkt rechts von Null bedeutet, dass die Personen mit höheren Werten tendenziell höhere Fertilitätsabsichten haben, während ein Punkt links von Null bedeutet, dass der jeweilige Punkt mit niedrigeren Fertilitätsabsichten verbunden ist. Alle Schätzungen entsprechen einem 95-Prozent-Signifikanzniveau und berücksichtigen Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildungsstand und Herkunftsland der Befragten. Die horizontale Linie durch jeden Punkt zeigt den Unsicherheitsbereich um die Schätzung an. Siehe auch technische Hinweise auf S. 118.

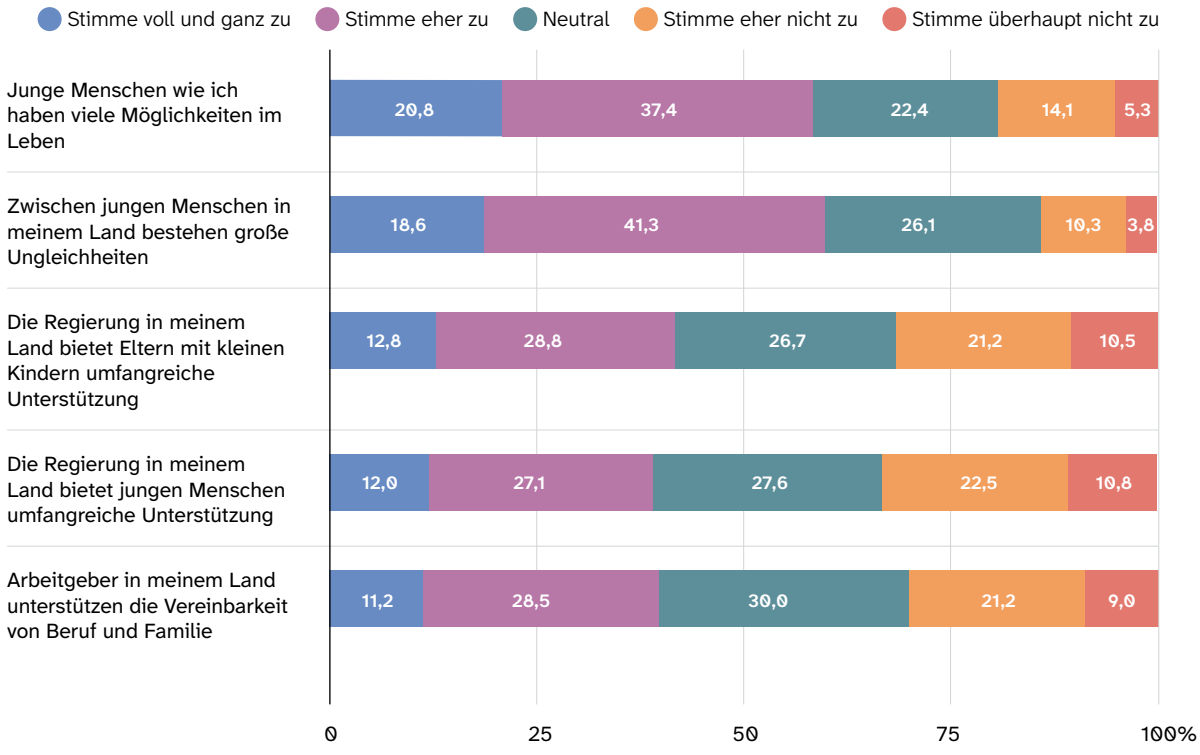
Quelle: Analyse des Demographic Futures Survey zum Weltbevölkerungsbericht 2026

oder Arbeitgeber zählen zu können: Je nach Bereich sind es lediglich 39 bis 42 Prozent.

Die Analyse zeigt, wie diese Einschätzungen die Familienplanung junger Menschen beeinflussen. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen und Land wünschen sich Befragte, die mehr Chancen und Unterstützung erhalten, im Laufe ihres Lebens auch mehr Kinder (siehe Abbildung 8). Am stärksten ist dieser Zusammenhang bei Befragten ausgeprägt, die der Ansicht sind, dass junge Menschen viele Chancen im Leben haben (Dies bedeutet nicht, dass das Gefühl, besser unterstützt zu werden, automatisch zu einem höheren Kinderwunsch führt. Es handelt sich hier um statistische Zusammenhänge, nicht zwangsläufig um Ursache-Wirkungs-Beziehungen).

Abbildung 7

Wahrnehmung von Möglichkeiten, Ungleichheiten und Unterstützung

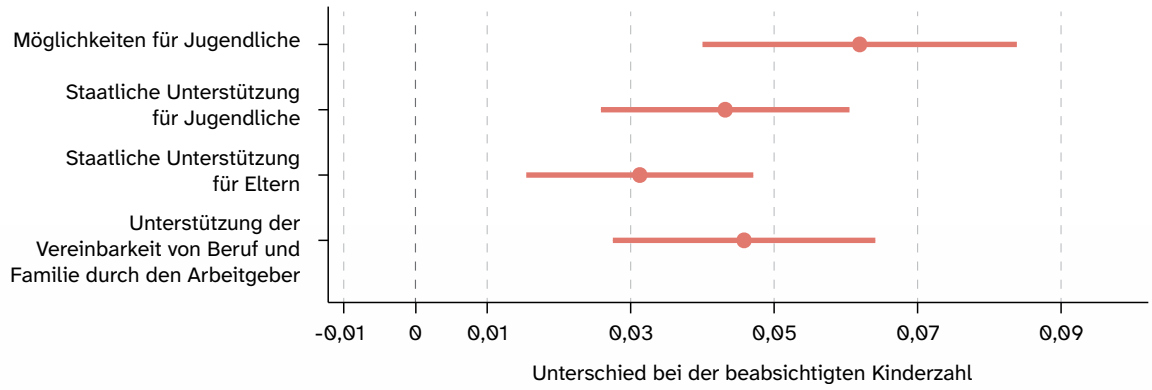


Angaben dazu, wie die Befragten des DFS Möglichkeiten, Ungleichheiten und Unterstützung in verschiedenen Bereichen wahrnehmen. Aufgrund von Rundungen ergibt die Summe möglicherweise nicht 100 Prozent. Siehe auch technische Hinweise auf Seite 118.

Quelle: *Lives, Choices and Futures,* UNFPA 2026

Abbildung 8

Fertilitätsabsichten und die Wahrnehmung von Unterstützung



Jeder Punkt steht für den Unterschied in der beabsichtigten Kinderzahl zwischen den Befragten, die den angegebenen Aussagen „voll und ganz zustimmen“, und denen, die diesen Aussagen „überhaupt nicht zustimmen“. Ein Punkt rechts von Null bedeutet, dass eine starke Zustimmung zu der jeweiligen Aussage mit einer höheren beabsichtigten Kinderzahl einhergeht. Alle Schätzungen entsprechen einem 95-Prozent-Signifikanzniveau und berücksichtigen das Einkommen, das Geschlecht, die Altersgruppe, den Bildungsstand und das Herkunftsland der Befragten. Siehe auch technische Hinweise auf Seite 118.

Quelle: Analyse des Demographic Futures Survey zum Weltbevölkerungsbericht 2026

© UNFPA Bangladesch



Für Rechte und Selbstbestimmung eintreten

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, wie eng die Wünsche und Lebenswege junger Erwachsener mit den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zusammenhängen. Diese beeinflussen ihren Alltag, ihre Erwartungen an die Zukunft, welche Möglichkeiten sie für sich sehen und nicht zuletzt ob und wie sie Partnerschaften eingehen und Familien gründen.

Gleichzeitig haben junge Menschen kaum Einfluss auf die Systeme und Strukturen, die diese Rahmenbedingungen prägen. Diese Entkopplung zeigt sich unter anderem darin, wie politische Entscheidungsträger*innen auf tiefgreifende demografische Veränderungen auf nationaler und globaler Ebene und die damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderungen reagieren.

Demografische Veränderungen werden die Zukunft der Menschheit grundlegend prägen. Die Weltbevölkerung wird voraussichtlich noch ein halbes Jahrhundert lang weiterwachsen. Ein großer Teil dieses Wachstums entfällt auf Länder, in denen die Fertilitätsraten weiterhin hoch sind. Gleichzeitig liegt die Fertilitätsrate bereits in mehr als der Hälfte aller Länder unter 2,1 Kindern pro Frau. Dieser Wert gilt allgemein als sogenanntes Bestandserhaltungsniveau, bei dem die Bevölkerungszahl langfristig ohne Zuwanderung stabil bleibt. Prognosen zufolge werden die Fertilitätsraten in absehbarer Zukunft in nahezu allen Ländern sinken.

Beide Entwicklungen – sowohl hohe als auch niedrige Fertilitätsraten – erfordern eine vorausschauende Politik, die auf fundierten Erkenntnissen beruht und die Menschenrechte achtet. Ganze gesellschaftliche Systeme müssen sich an den demografischen Wandel anpassen. Dazu gehören Investitionen in Bildung und die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten, Betreuungs- und Pflegesysteme, die Teilhabe am Arbeitsmarkt, Migration, gesundes Altern, soziale Sicherung und viele weitere Bereiche. Dennoch konzentriert sich die öffentliche Debatte häufig auf die Fertilitätsraten selbst: In Ländern mit hohen Fertilitätsraten geht es darum, diese zu senken, während Länder mit niedrigen Fertilitätsraten versuchen, sie zu erhöhen. In manchen Fällen werden sogar reproduktive Rechte eingeschränkt, um bestimmte demografische Ziele zu erreichen.

Junge Menschen fordern hingegen, ihre reproduktiven Entscheidungen selbstbestimmt treffen zu können – von der persönlichen Unabhängigkeit bis hin zur Familiengründung. Ein selbstbestimmtes und würdevolles Erwachsenenleben setzt voraus, dass alle Menschen Zugang zur sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung haben – von Verhütungsmitteln bis hin zu einer sicheren Geburt –, damit sie selbst entscheiden können, ob und wann sie Kinder bekommen. Ebenso wichtig ist es, junge Menschen aktiv in die Gestaltung der Gesundheitssysteme und in Entscheidungs- und Lösungsprozesse einzubeziehen. Dafür gilt es ihre Rechte zu schützen, ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und ihre Selbstbestimmung zu stärken.

IM FOKUS

Investitionen in die Jugend sind Zukunftsinvestitionen

Während sich weltweit ein rascher Wandel hin zu dauerhaft niedrigen Fertilitätsraten und einer alternden Bevölkerung vollzieht, werden Investitionen in junge Menschen immer wichtiger für die Zukunft. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von heute werden künftig einen beispiellos großen Teil der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und politischen Verantwortung tragen. Ihre Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Selbstbestimmung und Chancen bilden die Grundlage für eine mögliche dreifache globale Dividende: unmittelbare Vorteile für junge Menschen in der Gegenwart, bessere Lebensperspektiven im Erwachsenenalter und positive Auswirkungen auf die nächste Generation, die sie großziehen werden.

Doch neun von zehn Jugendliche wachsen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen auf, denen nur begrenzte Mittel zur Verfügung stehen, um in die Grundlagen menschlicher Entwicklung zu investieren. Dazu gehören Schulen, die medizinische Grundversorgung, menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten, die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels und die soziale Infrastruktur, die junge Menschen für eine gute Entwicklung benötigen. Gleichzeitig altert die Bevölkerung in vielen Ländern mit hohem Einkommen schnell. Dort werden öffentliche Mittel zunehmend für die Bedürfnisse älterer Menschen eingesetzt. Dadurch entsteht ein Ungleichgewicht zwischen den Generationen und den Weltregionen. Denn die Arbeitskräfte, Betreuungs- und Pflegekapazitäten, Innovationen, gesellschaftlichen Führungspersönlichkeiten und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, auf die die Welt künftig angewiesen sein wird, hängen maßgeblich von jungen Menschen ab, die dort aufwachsen, wo Investitionen am wenigsten gesichert sind.

Die internationale Politik muss die Bedürfnisse der wachsenden älteren Bevölkerung und der jüngeren Generationen besser in Einklang bringen. Doch die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedsländer des Entwicklungsausschusses (Development Assistance Committee, DAC) gingen 2025 auf 174,3 Milliarden US-Dollar zurück. Das entspricht einem Rückgang um 23 Prozent gegenüber 2024 und damit dem stärksten jährlichen Einbruch seit Beginn der Aufzeichnungen. Diese Entwicklung ist mehr als eine vorübergehende Anpassung öffentlicher Haushalte. Sie deutet auf einen umfassenderen Rückzug aus den Investitionen hin, die notwendig wären, damit die aktuelle Jugendgeneration eine demografische Dividende ermöglichen kann. Ob Fortschritte bei der Armutsbekämpfung, der Geschlechtergerechtigkeit, der Gesundheit, der Bildung, menschenwürdiger Arbeit und der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel erzielt werden, hängt davon ab, ob junge Menschen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um gesund aufzuwachsen, zu lernen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, zu arbeiten, Verantwortung zu übernehmen und für andere zu sorgen.

Öffentliche Ausgaben werden jedoch nicht unabhängig von anderen Entwicklungen beschlossen. Länder, die traditionell in die internationale Entwicklungszusammenarbeit und Gesundheit finanzieren, stehen angesichts wirtschaftlicher Engpässe und lang anhaltender globaler Krisen vor konkurrierenden Prioritäten. Doch werden gerade junge Menschen die Folgen deutlich zu spüren bekommen. Der derzeitige Rückzug aus Investitionen droht jahrzehntelange Fortschritte für Jugendliche zunichtezumachen. Für Mädchen besteht die Gefahr, dass Errungenschaften beim Schulbesuch, bei der Verhinderung früher Eheschließungen und Schwangerschaften, beim Schutz vor Gewalt und bei den Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit wieder verloren gehen. Diese Verluste betreffen nicht nur die Individuen. Jedes Mädchen, dem Bildung, körperliche Selbstbestimmung, Sicherheit und Chancen verwehrt werden, steht für einen vermeidbaren Verlust an Gesundheit, Selbstbestimmung und Entwicklungspotenzial für das gesamte Land.

Für Jungen hat der Rückzug aus Investitionen ebenso schwerwiegende Folgen. Sie werden dadurch anfälliger für Gewalt, Ausbeutung, gefährliche Arbeit und die Rekrutierung durch Banden und bewaffnete Gruppen. Zudem steigt das Risiko, dass sie Anerkennung in einer radikalisierenden Gemeinschaft suchen. Alle jungen Menschen brauchen positive Möglichkeiten, eine eigene Identität zu entwickeln, Beziehungen aufzubauen, Fürsorge zu erfahren und ihrem Leben einen Sinn zu geben. Was dabei auf dem Spiel steht, betrifft alle Generationen.

Werden Investitionen getätigt, zeigt sich die erste Dividende unmittelbar: Junge Menschen sind gesünder, sicherer, besser gebildet und sozial besser eingebunden. Dadurch können sie sich bereits heute gut entwickeln. Die zweite Dividende entfaltet sich im Erwachsenenalter: durch bessere Fähigkeiten und Kompetenzen, eine stabilere psychische Gesundheit, mehr Selbstbestimmung, bessere Beschäftigungsaussichten und bessere Fähigkeit bei der Betreuung und Pflege Anderer. Die dritte Dividende kommt der gesamten Gesellschaft zugute: Künftige Eltern, Erwerbstätige, betreuende und pflegende Angehörige, Innovator*innen, Wähler*innen und Menschen, die sich für Frieden engagieren. Ihr aller Einsatz ist die Voraussetzung, um Familien, Wirtschaft, Demokratie und die Anpassung an den Klimawandel in alternden Gesellschaften zu stärken.

Auch wenn junge Menschen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen die Folgen ausbleibender Investitionen heute am stärksten spüren, werden sich diese noch über Jahrzehnte auf die demografische Zukunft und die nachhaltige Entwicklung auswirken. Wer Investitionen in die Gesundheit, Bildung, den Schutz und die Chancen von jungen Menschen kürzt, verlagert die Kosten in die Zukunft. Gleichzeitig werden dadurch die Grundlagen der globalen Arbeitsmärkte, der Betreuungs- und Pflegesysteme, der Migration, der Innovationsfähigkeit, der Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften und der Anpassung an den Klimawandel geschwächt. Investitionen in die Jugend sind deshalb weit mehr als eine politische Priorität in einem einzelnen Bereich: Sie sind eine Entwicklungsstrategie, eine demografische Notwendigkeit und eine moralische Verpflichtung.

Text von Caroline Moreau, Kristin Mmari und Kara Hunerson, Abteilung für Bevölkerung, Familie und reproduktive Gesundheit, Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health.



Azraq, Jordanien: Eine Gruppe von 20 jungen Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren malt in einem geschützten Raum im Flüchtlingslager Azraq ein farbenfrohes Wandbild, das ihre persönlichen Lebenswege und Zukunftsträume darstellt – für sich selbst und für kommende Generationen.

© UNFPA/Artolution (Jordanien)

Kapitel 3

Gesundheit: Fortschritte sichern und weiter vorantreiben



Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Menschen selbstbestimmt leben können. Dies gilt insbesondere für Jugendliche. Auf ihrem Weg ins Erwachsenenalter beeinflusst ihre körperliche, psychische und emotionale Gesundheit sämtliche Lebensentscheidungen – mit Auswirkungen auf ihren gesamten weiteren Lebensweg bis ins hohe Alter. Sie spielt eine entscheidende Rolle für die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und ihre Möglichkeiten, sich an gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und Führungsverantwortung zu übernehmen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden im Gesundheitsbereich erhebliche Fortschritte erzielt. Tatsächlich zählen die Verbesserungen bei der sexuellen und reproduktiven Gesundheit von Jugendlichen zu den größten, aber am wenigsten gewürdigten Erfolgen in der Geschichte der öffentlichen Gesundheit. Ob der Rückgang von frühen Schwangerschaften und Geburten, Frühverheiratungen sowie weiblicher Genitalverstümmelung oder die Fortschritte bei der Eindämmung von HIV-Infektionen und der HIV/Aids-bedingten Sterblichkeit: Weltweit wurden in den vergangenen zwei Jahrzehnten kontinuierlich Fortschritte gemacht.

Dieses Kapitel beleuchtet diese Erfolge und zeigt zugleich auf, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Mit Blick auf die Beteiligung junger Menschen gilt es, die Kluft zwischen ihren Lebensrealitäten und politischen Maßnahmen zu überwinden. Entscheidungen, die von oben nach unten durchgesetzt werden, stoßen häufig auf Widerstand. Lösungen lassen sich hingegen finden, indem individuelle Rechte und Selbstbestimmung gestärkt, junge Menschen in ihren Gemeinschaften aktiv einbezogen und diverse Bündnisse geschmiedet werden.

Jahrzehntelange Erfolge: Bedeutende Errungenschaften in der öffentlichen Gesundheit

Teenagerschwangerschaften und Geburten sowie Müttersterblichkeit

Statistiken zu Schwangerschaften im Teenageralter erfassen in der Regel Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren. Legt man diese Altersgruppe zugrunde, ist die Zahl der Geburten im Teenageralter seit dem Jahr 2000 in den meisten Weltregionen bemerkenswert stark zurückgegangen. In Westeuropa, Ostasien und im Pazifikraum, Nordamerika und insbesondere in Südasien hat sich die Geburtenrate bei Teenagern zwischen 2000 und 2023 halbiert. Auch in Osteuropa, Zentralasien sowie Lateinamerika und der Karibik gab es in diesem Zeitraum deutliche Rückgänge um etwa 40 bis 50 Prozent. In Afrika südlich der Sahara sank die Rate um 27 Prozent.

Drei Faktoren haben wesentlich dazu beigetragen, Schwangerschaften und Geburten im Teenageralter zu reduzieren. Erstens wurden die Zukunftsperspektiven von Mädchen verbessert. Dazu gehört die Möglichkeit, länger zur Schule zu gehen, Fähigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln und sich Lebenswege jenseits einer frühen Mutterschaft zu eröffnen. So können Mädchen selbstbestimmter über ihr Leben entscheiden. Zweitens hat der verbesserte Zugang zu umfassender Sexualaufklärung sowie altersgerechten Informationen und Angeboten zur Verhütung junge Menschen in die Lage versetzt, informierte Entscheidungen zu treffen und unbeabsichtigte Schwangerschaften zu verhindern. Drittens haben umfassendere strukturelle Veränderungen ein Umfeld geschaffen, das in erheblichem Maße für einen dauerhaften Rückgang von Schwangerschaften und Geburten unter Jugendlichen gesorgt hat. Dazu zählen der Rückgang von Früh- und Zwangsverheiratungen, veränderte Geschlechter- und gesellschaftliche Normen sowie multisektorale Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut.

Diese Bemühungen, die auf der Anerkennung individueller Rechte und wissenschaftlichen Erkenntnissen aus dem Bereich der öffentlichen Gesundheit beruhen, gilt es fortzusetzen. Denn

nach wie vor werden sehr viele Mädchen nicht erreicht. Schätzungen zufolge hatten 2019 weltweit rund 15 Prozent der Mädchen zwischen 15 und 19 Jahren einen ungedeckten Bedarf an Verhütungsmitteln. Für den Zeitraum von 2019 bis 2030 werden kaum Verbesserungen erwartet. Weltweit gaben 13 Prozent der jungen Frauen an, bereits vor Erreichen der Volljährigkeit Mutter geworden zu sein. Schätzungen zufolge wurden allein im Jahr 2021 fast eine halbe Million Mädchen im Alter von zehn bis 14 Jahren Mutter. Diese Mädchen gehören wahrscheinlich zu den am stärksten marginalisierten und am schwersten zu erreichenden Bevölkerungsgruppen.

Regionale Unterschiede zeigen, wo Investitionen ansetzen könnten und sollten. In Afrika südlich der Sahara beispielsweise sank die Geburtenrate bei Teenagern zwar um 27 Prozent, doch aufgrund des Bevölkerungswachstums stieg die Gesamtzahl der Geburten von jugendlichen Müttern dennoch an. In Krisengebieten ist die Datenerhebung zwar schwierig, doch ist bekannt, dass Mädchen dort einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, im Teenageralter schwanger zu werden. Gründe dafür sind unter anderem Frühverheiratungen sowie sexualisierte Gewalt. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, an den Folgen einer Schwangerschaft zu sterben, unter diesen Bedingungen höher.

Für Mädchen, die schwanger werden und ihre Schwangerschaft fortsetzen, ist eine gute Gesundheitsversorgung bis zur Geburt und darüber hinaus unverzichtbar. Schwangerschaften von Jugendlichen können mit erheblichen Gefahren verbunden sein. Komplikationen während Schwangerschaft und Geburt zählen zu den häufigsten Todesursachen bei Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren. Leider wird dem Bedarf von Jugendlichen an medizinischer Versorgung und Unterstützung während der Schwangerschaft und Geburt bislang deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt als der Prävention früher Schwangerschaften. Schwangere Jugendliche und junge Eltern stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Doch die Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme gehen häufig nicht ausreichend auf ihre Bedürfnisse ein. Dazu gehören Hindernisse beim Zugang zu einer respektvollen und altersgerechten Gesundheitsversorgung, der Ausschluss von Bildungsangeboten sowie eingeschränkte Möglichkeiten, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen und wirtschaftlich unabhängig zu werden.

Zwar beziehen die meisten Programme zur Verbesserung der Müttergesundheit auch Jugendliche ein, doch nur wenige berücksichtigen deren besondere Bedürfnisse und bieten ihnen die notwendige einfühlsame und zusätzliche Betreuung. Doch selbst dort, wo die Mittel knapp sind, lassen sich Angebote bereitstellen, die auf die Bedürfnisse junger Schwangerer, junger Mütter und ihrer Säuglinge zugeschnitten sind.

Einige Länder haben die gezielte Unterstützung junger Schwangerer, junger Mütter, ihrer Kinder und ihrer Partner bereits systematisch in nationale Programme aufgenommen. Besonders erfolgreich sind solche Maßnahmen meist dann, wenn junge Menschen aktiv daran beteiligt sind und selbst Verantwortung übernehmen. Ob sie Gleichaltrige aufklären, sich ehrenamtlich in der aufsuchenden Arbeit engagieren oder andere junge Menschen beraten: Oft gelingt es ihnen selbst am besten, andere Jugendliche zu erreichen.

Uruguay führte beispielsweise zwischen 2016 und 2020 eine Strategie ein, die sowohl



Wie sind beabsichtigte Schwangerschaften von Jugendlichen einzuordnen?

Schätzungen zufolge ist etwa die Hälfte aller Schwangerschaften von Jugendlichen tatsächlich beabsichtigt. Legt man den Altersbereich 15 bis 19 Jahre zugrunde, findet mehr als die Hälfte der Schwangerschaften nach Erreichen der gesetzlichen Volljährigkeit statt – nämlich bei 18- und 19-Jährigen.

Grundsätzlich führt die Stärkung von Mädchen häufig dazu, dass sie erst später schwanger werden. Erkenntnisse aus verschiedenen Kontexten deuten jedoch darauf hin, dass der tatsächliche Zusammenhang zwischen der Selbstbestimmung von Mädchen und jungen Frauen, ihrem Kinderwunsch und der Geburt von Kindern komplexer ist. Viele ältere Mädchen und junge Frauen wünschen sich durchaus, Mutter zu werden.

Eine groß angelegte Studie in der Vereinigten Republik Tansania ergab, dass unternehmerische Schulungen für Mädchen am Ende der Sekundarschulzeit zwar ihr Einkommen und ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit erhöhten, frühe Schwangerschaften und Geburten jedoch nicht verringerten. Im Gegenteil: Ihre Zahl stieg sogar an. Ein möglicher Grund dafür ist, dass die größere wirtschaftliche Sicherheit es einigen jungen Frauen erleichterte, nach ihren eigenen Vorstellungen eine Familie zu gründen.

Unter Teenagern und jungen Menschen in Kampala, Uganda, die sich selbst als auf der Straße lebend bezeichneten, wünschten sich 94 Prozent, in der Zukunft Kinder zu bekommen. Häufige Ortswechsel, beengte Wohnverhältnisse und migrationsbedingte Herausforderungen schränkten jedoch ihre Möglichkeiten ein, selbstbestimmt über die Geburt von Kindern zu entscheiden.

Selbst wenn eine Schwangerschaft von Jugendlichen beabsichtigt ist, geht sie häufig auf stark eingeschränkte Wahlmöglichkeiten zurück. Ein längerer Schulbesuch senkt die Fertilität unter Jugendlichen, und zwar auch über das schulpflichtige Alter hinaus. Forschende vermuten dahinter einen Effekt, bei dem Bildung die Zukunftsvorstellungen und Lebensziele von Mädchen verändert: Weil ihnen Bildung mehr Möglichkeiten eröffnet, verschieben sie eine Schwangerschaft auf einen späteren Zeitpunkt.

© Dren Osmani in Zusammenarbeit mit UNFPA im Kosovo

unbeabsichtigte Schwangerschaften unter Jugendlichen verhindern als auch eine umfassende Versorgung schwangerer Jugendlicher und junger Eltern gewährleisten sollte. Dazu gehörten Maßnahmen, die den Verbleib in der Schule und den Zugang zu Beschäftigung förderten, sowie Programme zur umfassenden Sexualaufklärung, die auch Jungen gezielt einbezogen. Zwischen 2016 und 2020 sank die Geburtenrate unter Jugendlichen in Uruguay deutlich und erreichte schließlich nur noch die Hälfte des regionalen Durchschnitts.

Auch bei der Senkung der Müttersterblichkeit unter Jugendlichen wurden weltweit Fortschritte erzielt. Zwischen 2000 und 2015 ging sie deutlich zurück. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit den langjährigen Fortschritten bei der Verringerung der Müttersterblichkeit insgesamt, die seit dem Jahr 2000 um 40 Prozent gesunken ist, in jüngerer Zeit jedoch nahezu stagniert. Auch die bereits erwähnte sinkende Zahl von Schwangerschaften unter Jugendlichen trug dazu bei. Allerdings sind die Fortschritte bei der Senkung der Müttersterblichkeit ungleich verteilt. Das höchste Risiko, an den Folgen einer Schwangerschaft oder Geburt zu sterben, tragen Teenager im Alter von zehn bis 14 Jahren. Zudem unterscheiden sich die Risiken je nach Lebensumständen erheblich. Die große Mehrheit der



© Dren Osmani in Zusammenarbeit mit UNFPA im Kosovo

Teenagerschwangerschaften verhindern und Selbstbestimmung stärken

An einem ruhigen Nachmittag sitzt die 22-jährige Akimatou auf ihrer Veranda in Benin. Um sie herum hat sich eine kleine Gruppe von jugendlichen Mädchen versammelt. In den Händen hält sie ein illustriertes Heft, das Themen behandelt, über die lange Zeit kaum offen gesprochen wurde: Verhütung, Safer Sex und körperliche Selbstbestimmung. Akimatou spricht selbstbewusst – und aus eigener Erfahrung.

Mit 16 Jahren musste sie wegen einer frühen Schwangerschaft ihre Schulausbildung abbrechen. In der Region ist das kein Einzelfall. Die Schwangerschaftsraten unter Jugendlichen gehören hier zu den höchsten weltweit und schränken die Zukunftsperspektiven vieler Mädchen ein. Wie andere Mädchen in ihrer Situation erlebte Akimatou Stigmatisierung und Ausgrenzung. Sie zog sich nicht nur aus der Schule, sondern auch aus ihrem sozialen Umfeld zurück.

In West- und Zentralafrika leben mehr als 150 Millionen junge Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren. Diese dynamische Generation hat das Potenzial, einen tiefgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass junge Menschen die notwendige Unterstützung erhalten. Dazu gehören Investitionen in Bildung und Gesundheit ebenso wie strukturelle Rahmenbedingungen, etwa sichere Arbeitsplätze, inklusiv gestaltete Institutionen und gleiche Chancen für alle.
Auch eine jugendgerechte Familienplanung ist eine solche Investition. Sie kann Mädchen wie Akimatou dabei helfen, in

© UNFPA/Taiwo Aina



der Schule zu bleiben und ihre Möglichkeiten voll auszuschöpfen.

Ohne diese Investitionen droht das große Potenzial einer ganzen Generation ungenutzt zu bleiben. In Benin schließt nur etwa jedes dritte Mädchen die erste Sekundarstufe ab. Hauptgründe dafür sind finanzielle Schwierigkeiten, Frühverheiratungen und frühe Schwangerschaften. Den jüngsten verfügbaren Daten zufolge wurden 28 Prozent der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet. Andere Länder der Region stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Im Tschad beispielsweise liegt die Nettoeinschulungsquote in der ersten Sekundarstufe bei lediglich 41 Prozent, während die Quote der Frühverheiratungen 61 Prozent beträgt.

Doch auch Mädchen, die ihre Schulausbildung abbrechen, können neue Perspektiven entwickeln und darin gestärkt werden, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Für Akimatou kam der Wendepunkt mit 19 Jahren, als sie an einer Gesprächsrunde in ihrer Gemeinde teilnahm, die von der internationalen Nichtregierungsorganisation EDUCO organisiert wurde. Anschließend schloss sie sich einem von der Regierung Benins unterstützten Programm zur umfassenden Sexualaufklärung an. Sie begann, andere junge Menschen aufzuklären, und gewann genug Selbstvertrauen, um eine Ausbildung als Schneiderin zu absolvieren. Heute leitet die junge Mutter eine kleine Schneiderei und genießt mit ihrem Engagement ein hohes Ansehen in ihrer Gemeinde.
Ein Indikator dafür, inwieweit junge Menschen ihr Potenzial entfalten können, ist der Anteil derjenigen, die weder eine Schule besuchen noch einer Beschäftigung nachgehen oder sich in einer Ausbildung befinden. In der gesamten Region ist dieser Anteil auffallend hoch. Im Jahr 2024 lag er im Senegal bei 35 Prozent, in Mali bei 30 Prozent und in Burkina Faso bei 22 Prozent. Diese Zahlen verdeutlichen, wie groß die Defizite bei der wirtschaftlichen Teilhabe junger Menschen in der Region sind. Sie zeigen zugleich, dass es geeigneter politischer Maßnahmen bedarf, um junge Menschen zu fördern. Nur dann können aus ihrem Potenzial auch tatsächliche Chancen entstehen.

Es gibt bereits Unterstützungsangebote, die auf junge Menschen zugeschnitten sind. Benin setzt unter anderem auf kostenlosen Unterricht an öffentlichen Schulen für Mädchen, den Ausbau der Schulverpflegung, um Schulabbrüche zu verhindern, sowie auf Aufklärung über geschlechtsbasierte Gewalt und die Risiken früher Schwangerschaften. Zwischen 2016 und 2024 ging die Zahl der Schwangerschaften unter Jugendlichen in den Gebieten, in denen diese Maßnahmen umgesetzt wurden, um 62 Prozent zurück. Auch in Nigeria zeigen Investitionen in kostenlosen Schulunterricht, Schulkantinen und geschützte Räume für Mädchen Wirkung: Zwischen 2018 und 2024 stieg der Anteil der Mädchen, die die Sekundarschule abschlossen, um 25 Prozent. Im selben Zeitraum sank die Quote der Frühverheiratungen um zehn Prozentpunkte.

Jedes Mädchen, das durch solche Maßnahmen erreicht wird, kann mit seinen eigenen Fähigkeiten, Ideen und seinem Engagement diese Fortschritte weiter vorantreiben. Genau das tut Akimatou auf ihrer Veranda in Benin. Sie begleitet und unterstützt die Mädchen aus ihrer Nachbarschaft und zeigt ihnen, dass ihre Zukunft nicht von eingeschränkten Möglichkeiten bestimmt sein muss, sondern von Selbstbestimmung und Widerstandsfähigkeit geprägt sein kann. Ihre Geschichte steht für eine Generation junger Menschen, die nicht nur von Entwicklung profitiert, sondern sie selbst aktiv vorantreibt.

schwangerschafts- und geburtsbedingten Todesfälle unter Jugendlichen ereignet sich in Afrika südlich der Sahara.

Die Müttersterblichkeit unter Jugendlichen ließe sich stark verringern, indem unsichere Schwangerschaftsabbrüche verhindert werden. Diese zählen weltweit zu den häufigsten Ursachen für Müttersterblichkeit. Immer mehr Länder liberalisieren ihre Gesetze, um den Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen zu erleichtern, und entwickeln nationale Leitlinien, um sowohl die Gesundheitsversorgung als auch die Zusammenarbeit mit den Gemeinschaften vor Ort zu verbessern. Maßnahmen zur Aufklärung über bestehende Rechte, zur Verbesserung des Zugangs zu vertraulicher und respektvoller Behandlung sowie zum Ausbau entsprechender Gesundheitsangebote haben ebenfalls dazu beigetragen, dass junge Frauen sichere medizinische Versorgung leichter in Anspruch nehmen können und dies auch tun.

In vielen Ländern haben Jugendliche jedoch schlicht keine Möglichkeit, einen legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Deshalb wählen sie häufiger als Erwachsene einen informellen oder unsicheren Weg, oft mit schwerwiegenden Folgen für ihre Gesundheit. Während zwischen 1994 und 2023 fast 60 Länder den gesetzlichen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erleichterten, haben mindestens vier Länder Gesetze verabschiedet, die diesen Zugang einschränken.

Schädliche Praktiken

Frühverheiratungen und weibliche Genitalverstümmelung sind zwei schwerwiegende schädliche Praktiken, die erhebliche gesundheitliche Folgen für Mädchen haben können. Beides ist in den vergangenen Jahrzehnten zurückgegangen. Dies ist vor allem der engen Zusammenarbeit zwischen lokalen Initiativen, Menschenrechtsorganisationen, dem öffentlichen Gesundheitswesen sowie der Politik zu verdanken.

Der Anteil der Mädchen, die vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet werden, ist im vergangenen Jahrzehnt von fast einem Viertel auf ein Fünftel gesunken. Frühverheiratungen gehen häufig mit einem früheren Beginn der Familiengründung und einer insgesamt höheren Kinderzahl einher. Der Rückgang lässt sich zu einem großen Teil auf bessere Bildungschancen für Mädchen, die Stärkung ihrer wirtschaftlichen Selbstbestimmung, den flächendeckenden Ausbau sozialer Sicherungsprogramme und die Einbindung lokaler Gemeinschaften zurückführen, durch die diskriminierende Geschlechternormen verändert werden konnten. Besonders deutlich zeigt sich dies in Ländern wie Äthiopien, Bangladesch und Indien, in denen der Anteil der Frühverheiratungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten am stärksten zurückgegangen ist.

Allerdings sind die Fortschritte sehr ungleich verteilt. In Afrika südlich der Sahara wird beispielsweise noch immer fast jedes dritte Mädchen vor seinem 18. Geburtstag verheiratet. Zudem verdecken regionale und nationale Durchschnittswerte häufig erhebliche Unterschiede innerhalb einzelner Regionen und Länder.

In den vergangenen zehn Jahren ist der Anteil der Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren, die einer weiblichen Genitalverstümmelung unterzogen wurden, von 41 auf 34 Prozent gesunken. In Burkina Faso hat die enge Zusammenarbeit zwischen der Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einem anhaltenden Rückgang

dieser Praxis beigetragen. Zu den Maßnahmen gehören mobile Gerichte, die direkt in den Gemeinden tätig werden, die Einbindung traditioneller und religiöser Führungspersönlichkeiten sowie die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsfachkräften. Auch Kenia hat bedeutende Erfolge erzielt. Dazu haben Gesetzesreformen beigetragen, die die Rechte von Frauen und Mädchen ausdrücklich stärken, ebenso wie die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Führungspersönlichkeiten. In beiden Ländern setzen sich lebendige, von Mädchen angeführte Bewegungen für die Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung ein.

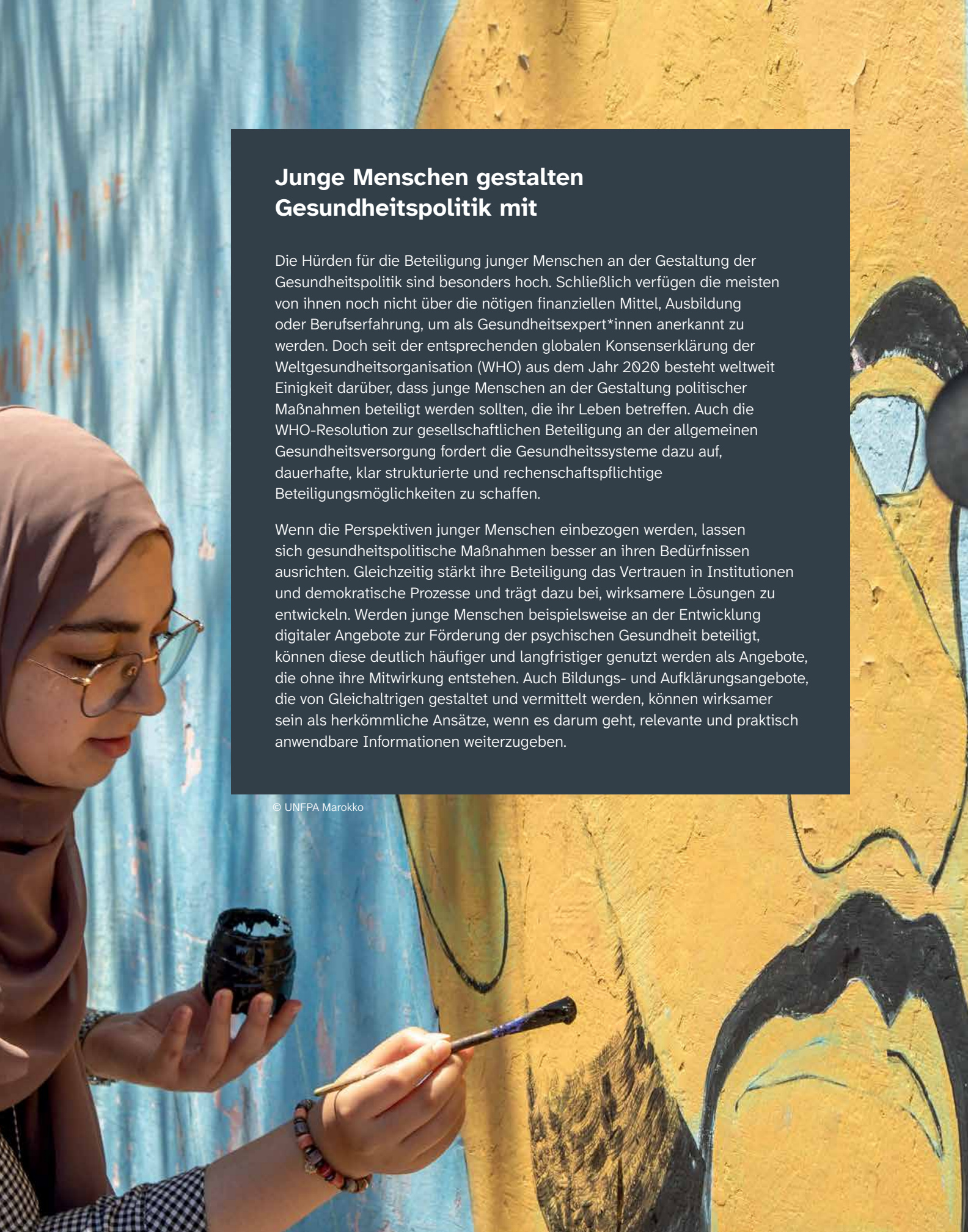
HIV und HPV

Die weltweiten Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV zählen zu den größten Erfolgen im Bereich der öffentlichen Gesundheit in den vergangenen Jahrzehnten. Seit 2010 ist die Zahl der HIV-Neuinfektionen weltweit um mehr als 40 Prozent gesunken, die Zahl der Todesfälle infolge von Aids um fast 60 Prozent und die Zahl der HIV-Neuinfektionen bei Kindern durch die Übertragung von der Mutter auf das Kind um 69 Prozent. Diese Fortschritte zeigen eindrucksvoll, was durch langfristiges politisches Engagement, wissenschaftliche Innovationen, integrierte Angebote der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung und vor allem durch die aktive Mitwirkung lokaler Gemeinschaften erreicht werden kann.

Das Programm Zvandiri in Simbabwe beispielsweise setzt auf gemeindenahe Ansätze, bei denen junge Menschen Gleichaltrige unterstützen. Im Rahmen des Programms werden sie darin geschult, Beratung und psychosoziale Unterstützung anzubieten und den Zugang zu medizinischer Versorgung zu erleichtern. Das Programm hat gezeigt, dass gut konzipierte Beteiligungsangebote für junge Menschen dazu beitragen können, dass sich mehr Teenager mit HIV testen lassen, ihre Behandlung konsequent fortsetzen und eine wirksame Unterdrückung der Virusvermehrung erreichen. Ähnliche Ansätze, die das Engagement lokaler Gemeinschaften mit jugendgerechten Gesundheitsangeboten, umfassender Sexualaufklärung und geschlechtersensiblen Programmen verbinden, haben in mehreren Ländern dazu beigetragen, die Zahl der Neuinfektionen mit sexuell übertragbaren Infektionen (STI) dauerhaft zu senken.

Allerdings profitieren nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen von diesen Fortschritten. Im Jahr 2025 war die HIV-Neuinfektionsrate bei Mädchen im Teenageralter und jungen Frauen drei- bis viermal so hoch wie bei gleichaltrigen Jungen und jungen Männern. Zu den Ursachen zählen anhaltende Geschlechterungleichheit, geschlechtsbasierte Gewalt, ungleiche Machtverhältnisse in Beziehungen, ein eingeschränkter Zugang zu umfassender Sexualaufklärung sowie unzureichende Angebote der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung.

Gleichzeitig konzentriert sich die HIV-Epidemie zunehmend auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen. Weltweit entfallen 49 Prozent der HIV-Neuinfektionen auf besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen und ihre Sexualpartner*innen. Außerhalb Afrikas südlich der Sahara machen sie sogar rund zwei Drittel aller Neuinfektionen aus. Zu diesen Gruppen gehören unter anderem junge Männer, die Sex mit Männern haben, transgender Jungendliche, junge Menschen, die sexuelle Dienstleistungen gegen Bezahlung anbieten oder Drogen injizieren, sowie



Junge Menschen gestalten Gesundheitspolitik mit

Die Hürden für die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung der Gesundheitspolitik sind besonders hoch. Schließlich verfügen die meisten von ihnen noch nicht über die nötigen finanziellen Mittel, Ausbildung oder Berufserfahrung, um als Gesundheitsexpert*innen anerkannt zu werden. Doch seit der entsprechenden globalen Konsenserklärung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) aus dem Jahr 2020 besteht weltweit Einigkeit darüber, dass junge Menschen an der Gestaltung politischer Maßnahmen beteiligt werden sollten, die ihr Leben betreffen. Auch die WHO-Resolution zur gesellschaftlichen Beteiligung an der allgemeinen Gesundheitsversorgung fordert die Gesundheitssysteme dazu auf, dauerhafte, klar strukturierte und rechenschaftspflichtige Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

Wenn die Perspektiven junger Menschen einbezogen werden, lassen sich gesundheitspolitische Maßnahmen besser an ihren Bedürfnissen ausrichten. Gleichzeitig stärkt ihre Beteiligung das Vertrauen in Institutionen und demokratische Prozesse und trägt dazu bei, wirksamere Lösungen zu entwickeln. Werden junge Menschen beispielsweise an der Entwicklung digitaler Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit beteiligt, können diese deutlich häufiger und langfristiger genutzt werden als Angebote, die ohne ihre Mitwirkung entstehen. Auch Bildungs- und Aufklärungsangebote, die von Gleichaltrigen gestaltet und vermittelt werden, können wirksamer sein als herkömmliche Ansätze, wenn es darum geht, relevante und praktisch anwendbare Informationen weiterzugeben.

© UNFPA Marokko

Jugendliche in Gefängnissen und anderen geschlossenen Einrichtungen. Sie sind weiterhin mit Stigmatisierung, Diskriminierung und Kriminalisierung konfrontiert, die ihren Zugang zur HIV-Versorgung erschweren. Auch sich überschneidende Formen der Benachteiligung haben erhebliche Auswirkungen auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit. So werden oder sind viele Mädchen im Teenageralter und junge Frauen, die mit HIV leben oder einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt sind, bereits Mütter.

Auch im Bereich der Impfung gegen humane Papillomviren (HPV), sind deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Dabei spielen zivilgesellschaftliche Organisationen und engagierte Menschen aus den lokalen Gemeinschaften eine wichtige Rolle. HPV gehört weltweit zu den am häufigsten vorkommenden sexuell übertragbaren Infektionen und ist die Hauptursache für Gebärmutterhalskrebs. Von dieser Krebsart sind Frauen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen besonders stark betroffen. Zusammen mit der Früherkennung von Gebärmutterhalskrebs und einer frühzeitigen Behandlung können HPV-Impfungen die Zahl der Todesfälle durch diese Erkrankung erheblich senken. In zahlreichen Ländern ist die Impfquote gestiegen. Teilweise werden inzwischen auch Jungen geimpft. Dies hat dazu beigetragen, dass Gebärmutterhalskrebs bei Mädchen und Frauen sowie andere HPV-bedingte Krebserkrankungen bei Jungen und Männern seltener auftreten.

Leider wurden bei vielen anderen sexuell übertragbaren Krankheiten nicht dieselben Fortschritte erzielt wie bei HIV und HPV. Bakterielle Infektionen wie Syphilis, Gonorrhö und Chlamydien sind nach wie vor eine gravierende Ursache gesundheitlicher Probleme bei Teenagern und jungen Erwachsenen. Weltweit stellt auch die zunehmende Antibiotikaresistenz bei Gonorrhö eine wachsende Herausforderung für die öffentliche Gesundheit dar. Angeborene Syphilis, die durch Untersuchungen während der Schwangerschaft und eine rechtzeitige Behandlung verhindert werden kann, ist weiterhin eine häufige Ursache für Totgeburten, Todesfälle bei Neugeborenen und Behinderungen.

Umso wichtiger ist es, die Erkenntnisse aus der HIV-Bekämpfung und den HPV-Impfprogrammen auf andere Bereiche zu übertragen. Dazu gehört, die Menschenrechte in den Mittelpunkt zu stellen, Angebote der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung mit der HIV-Versorgung zu verknüpfen, die umfassende sexuelle und reproduktive Gesundheit von Jugendlichen noch stärker zu fördern und in eine echte, langfristige Beteiligung lokaler Gemeinschaften zu investieren.

Gesundheitsversorgung für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten

In vielen Ländern sind gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen strafbar. Besonders besorgniserregend ist, dass eine wachsende Zahl von Ländern Schritte unternimmt, um diese unter Strafe zu stellen. Jüngsten Schätzungen zufolge stehen einvernehmliche gleichgeschlechtliche Beziehungen in rund 60 Ländern weiterhin unter teilweise schwerer Strafe. In vielen anderen Ländern sind sie zwar nicht verboten, aber nach wie vor stark stigmatisiert.

Dennoch wurden in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Fortschritte beim Zugang von LGBTIQ+-Menschen zu einer wertschätzenden und diskriminierungsfreien Gesundheitsversorgung erzielt. Einige wenige Länder zeigen, dass auch

schnelle Fortschritte möglich sind. In vielen Teilen der Welt sind die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung von LGBTIQ+-Menschen heute selbstverständlich. Selbst in Ländern, in denen gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen und vielfältige Ausdrucksformen geschlechtlicher Identität kriminalisiert werden, gibt es lebendige Gemeinschaften sexueller Minderheiten. Allerdings unterscheidet sich das Ausmaß der Akzeptanz sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb einzelner Länder erheblich.

Malta und Uruguay zeigen eindrucksvoll, wie umfassende Gesetzesreformen in Verbindung mit Beteiligungsprozessen ein Umfeld schaffen können, das mehr Akzeptanz bietet und besseren Schutz gewährleistet. Diese Fortschritte beruhen auf langfristigem politischem Engagement, einer inklusiven Gesetzgebung und dem Einsatz der betroffenen Gemeinschaften, einschließlich junger Menschen, für ihre Rechte.

Stillstand statt Fortschritt: Lehren aus der Untätigkeit

Geschlechtsbasierte Gewalt

Eines der bedrückendsten Versäumnisse im Bereich der globalen öffentlichen Gesundheit ist die anhaltend hohe Verbreitung von körperlicher und sexualisierter Gewalt innerhalb und außerhalb von Partnerschaften. Die mangelnden Fortschritte betreffen nicht nur junge Menschen, sondern alle Bevölkerungsgruppen. Dennoch ist es besonders wichtig, die Folgen geschlechtsbasierter Gewalt für Jugendliche in den Blick zu nehmen, da diese Gewalt lebenslange Auswirkungen auf die körperliche, emotionale und psychische Gesundheit haben kann. Im Jahr 2023 berichtete fast jedes vierte Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren bereits von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt in einer Partnerschaft, 16 Prozent gaben an, innerhalb des vergangenen Jahres Gewalt erlebt zu haben. Etwa acht bis neun Prozent der Mädchen im Teenageralter und jungen Frauen berichteten, mindestens einmal sexualisierte Gewalt durch eine Person außerhalb einer Partnerschaft erfahren zu haben, davon drei bis vier Prozent innerhalb des vergangenen Jahres. Dabei ist nahezu sicher davon auszugehen, dass die tatsächlichen Zahlen höher liegen.

Die verfügbaren Daten deuten darauf hin, dass Mädchen von den meisten Formen sexualisierter Gewalt deutlich häufiger betroffen sind als Jungen. Dennoch darf das Ausmaß sexualisierter und geschlechtsbasierter Gewalt gegen Jungen und junge Männer nicht übersehen werden. Selbst bei sexualisierter Gewalt gegen Kinder gehen Schätzungen von erschreckend hohen Zahlen aus: Demnach sind 19 Prozent der Mädchen und 15 Prozent der Jungen betroffen.

Marginalisierte junge Menschen sind einem besonders hohen Gewaltrisiko ausgesetzt. So haben beispielsweise junge Menschen mit Geschlechtsidentitäten außerhalb der gesellschaftlichen Normen sowie Angehörige sexueller Minderheiten ein erhöhtes Risiko, sexualisierte Gewalt zu erleben. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass Mädchen und Jungen mit Behinderungen fast dreimal so häufig sexualisierte Gewalt erleben. Mädchen sind dabei besonders gefährdet: Schätzungen zufolge erfahren 40 bis 68 Prozent der jungen Frauen mit Behinderungen bereits vor ihrem 18. Geburtstag sexualisierte Gewalt.

Gewalterfahrungen im Teenageralter und frühen Erwachsenenalter stehen in engem Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen, negativen

Folgen für die sexuelle und reproduktive Gesundheit, Unterbrechungen der Schulausbildung, eingeschränkten Lebenschancen und langfristigen körperlichen Erkrankungen. Sexualisierte Gewalt kann zudem zu Schwangerschaften im Teenageralter führen. Bei einem sexuellen Übergriff können sich Teenager mit HIV infizieren. Darüber hinaus besteht generell ein Zusammenhang zwischen Erfahrungen sexualisierter Gewalt und einem erhöhten Risiko für eine HIV-Infektion.

Warum wurden in diesem Bereich weltweit so wenige Fortschritte erzielt? Fachleute verweisen auf unzureichende Investitionen, wenig aufeinander abgestimmte Programme, eine mangelhafte Datenlage sowie schwache Strukturen zur Gewaltprävention und zur Unterstützung Betroffener. Die verfügbaren finanziellen Mittel liegen weiterhin weit unter dem tatsächlichen Bedarf. Viele Programme werden nach wie vor nur in kleinem Umfang oder als Pilotprojekte



© UNPFA Indonesien



© Associação Sócio Cultural Horizonte Azul, in Zusammenarbeit mit UNFPA Mosambik

Die körperliche Selbstbestimmung ist für bestimmte junge Frauen stark eingeschränkt

Der Indikator 5.6.1 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erfasst, inwieweit Frauen in drei Bereichen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit selbstbestimmt entscheiden können: bei der Verhütung, bei sexuellen Beziehungen und bei der reproduktiven Gesundheitsversorgung. In 78 Ländern können lediglich 56 Prozent der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren in allen drei Bereichen selbstbestimmt entscheiden. Dieser Anteil hat sich gegenüber den Vorjahren praktisch nicht verändert. Fast der Hälfte der Frauen in Partnerschaften fehlt somit weiterhin die vollständige Selbstbestimmung über den eigenen Körper.

Bei der Verhütung verfügen Frauen allerdings über vergleichsweise mehr Entscheidungsfreiheit: 89 Prozent der Frauen in Partnerschaften geben an, selbst darüber entscheiden zu können. Dagegen können nur drei Viertel der Frauen Sex ablehnen (75 Prozent) oder eigenständig Entscheidungen über ihre Gesundheitsversorgung treffen (75 Prozent).

Jüngere Frauen haben hingegen weniger Möglichkeiten, selbstbestimmt zu entscheiden. Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren berichteten im Durchschnitt von einer geringeren Entscheidungsfreiheit als alle älteren Altersgruppen. Nur 27 Prozent von ihnen können in allen drei Bereichen selbstbestimmt entscheiden.

Diese Ergebnisse verdeutlichen, wie stark insbesondere jüngere Frauen benachteiligt sind, wenn es um grundlegende Entscheidungen über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit geht. Sie verfügen über eine geringere Verhandlungsmacht und haben einen eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsangeboten. Die Ergebnisse decken sich zudem mit Untersuchungen, die zeigen, dass Mädchen im Teenageralter besonders häufig Gewalt in Partnerschaften erleben.

umgesetzt. Zudem investieren Länder häufig in Maßnahmen, deren Wirksamkeit begrenzt ist. Die Systeme, die Gewalt verhindern und auf Gewalttaten reagieren sollen – darunter das Gesundheitswesen, die Polizei, die Justiz und soziale Dienste –, sind oftmals nicht ausreichend ausgestattet. In manchen Fällen tragen sie sogar dazu bei, dass Betroffene erneut stigmatisiert oder geschädigt werden. Fachleute fordern deshalb zunehmend, die Gewaltprävention grundlegend neu auszurichten. Bislang richten sich Präventionsmaßnahmen häufig ausschließlich an potenziell Betroffene. Stattdessen müssten sie auch die schädlichen gesellschaftlichen Normen bekämpfen, die Gewalt überhaupt erst begünstigen. Die bisherigen Bemühungen, Männer und Jungen einzubeziehen, sind begrenzt und wenig koordiniert. Zudem setzen sich nur wenige Initiativen mit den institutionellen und strukturellen Bedingungen auseinander, die verändert werden müssen, um Gewalt wirksam zu verhindern.

Menstruationsgesundheit

Menstruationsgesundheit ist ein vielschichtiger Bestandteil des Wohlbefindens von Mädchen, Frauen und Menschen mit nichtbinären Geschlechtsidentitäten, die menstruieren. Gesellschaftliche Tabus und mangelndes Wissen verstärken die Ausgrenzung von Mädchen aus dem öffentlichen Leben und schränken dadurch ihre Bildungschancen und ihre wirtschaftliche Selbstbestimmung ein. In acht ausgewählten Ländern hatten mehr als 70 Prozent der Frauen keinen Zugang zu einem Ort, an dem sie ihre Menstruationshygiene unter angemessenen Bedingungen sicherstellen konnten. Keiner der ihnen zur Verfügung stehenden Orte erfüllte alle fünf untersuchten Grundvoraussetzungen: Sauberkeit, Privatsphäre, Sicherheit sowie Zugang zu Wasser und Seife. Hinzu kommen soziale Ungleichheiten: Frauen aus einkommensschwächeren Haushalten müssen häufiger ohne angemessene Hygiene auskommen.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass im vergangenen Jahrzehnt viel dafür getan wurde, die Menstruation zu enttabuisieren. Im Jahr 2024 verabschiedete der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eine Resolution, die Staaten, zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsgruppen dazu aufruft, gemeinsam verstärkt Maßnahmen zur Unterstützung der Menstruationshygiene zu ergreifen.

Wachsende Sorge: Die Herausforderungen unserer Gegenwart

Psychische Gesundheit

Seit 1990 haben psychische Erkrankungen deutlich zugenommen. Besonders ausgeprägt ist dieser Anstieg bei Angststörungen, Depressionen und Essstörungen bei Teenagern im Alter von 15 bis 19 Jahren. Die Covid-19-Pandemie hat diese Entwicklung erheblich verstärkt. In den Jahren 2020 und 2021 stieg die Zahl psychischer Erkrankungen unter Teenagern sprunghaft an. Angststörungen wurden während der Pandemie zur häufigsten Ursache für gesundheitliche Beeinträchtigungen bei Kindern und Jugendlichen.

Psychische Erkrankungen machen inzwischen einen erheblichen Teil der weltweiten Krankheitslast unter Teenagern aus, ihr Anteil beträgt 19 Prozent. Schätzungsweise 14 Prozent der 10- bis 14-Jährigen und 15 Prozent der 15- bis 19-Jährigen leben mit einer psychischen Erkrankung. In 61 Ländern und Gebieten

berichteten 21 Prozent der Mädchen und 15 Prozent der Jungen von Einsamkeitsgefühlen, Ängsten oder Suizidgedanken beziehungsweise suizidalem Verhalten. Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen und Geschlechtern. In Afrika waren 24 Prozent der Mädchen und 21 Prozent der Jungen betroffen, in Südostasien dagegen zwölf Prozent der Mädchen und elf Prozent der Jungen. Suizid ist bei Menschen im Alter von 15 bis 29 Jahren die dritthäufigste Todesursache. Todesfälle infolge von Selbstverletzungen kommen bei Jungen fast ein Drittel häufiger vor als bei Mädchen.

Die Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) betonen die Bedeutung eines umfassenden Ansatzes. Dazu gehören die Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen, die Prävention von Risikofaktoren sowie die Bereitstellung leicht zugänglicher, aufeinander abgestimmter Versorgungsangebote. Dennoch kommen die Länder nur langsam voran. Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen werden weiterhin häufig nicht erkannt und unzureichend behandelt. Entsprechende Versorgungsangebote sind oftmals schwer zugänglich, nicht ausreichend miteinander vernetzt und mit zu wenigen Mitteln ausgestattet. Dafür gibt es mehrere Gründe: Stigmatisierung hält Betroffene davon ab, Hilfe zu suchen, es wird zu wenig investiert und die Gesundheitssysteme verfügen nicht über ausreichende Kapazitäten. Zudem fehlt es an koordinierten Maßnahmen, die das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen einbeziehen.

Auch hier zeigt sich der positive Effekt, wenn die jungen Menschen selbst aktiv werden. Sie stehen seit Langem an vorderster Front, wenn es darum geht, auf die Krise der psychischen Gesundheit unter Jugendlichen aufmerksam zu machen. So fordern junge Menschen, die sich für Frieden einsetzen, Programme, die traumatische Erfahrungen berücksichtigen. Andere setzen sich dafür ein, Angebote zur psychischen Gesundheitsversorgung, psychosozialen Unterstützung und Förderung des Wohlbefindens in die öffentliche medizinische Grundversorgung aufzunehmen und nahtlos mit der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung zu verbinden. An Engagement und Ideen mangelt es nicht. Nun müssen Institutionen und finanzielle Mittel folgen.

Digitale Einflüsse

Durch die nahezu flächendeckende digitale Vernetzung spielen digitale Einflüsse im Leben von Teenagern inzwischen eine zentrale Rolle. Bereits in den ersten Teenagerjahren können sie sich auf die Gesundheit auswirken. In 31 Ländern mit mittlerem Einkommen besaßen fast 90 Prozent der jungen Menschen im Alter von 15 Jahren ein eigenes Smartphone.

Jugendliche legen großen Wert auf soziale Beziehungen und reagieren besonders sensibel auf Kritik oder Anerkennung durch Gleichaltrige. Deshalb können digitale Einflüsse ihre Entwicklung erheblich prägen. Dazu gehören mögliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit sowie der Kontakt mit gesundheitsbezogenen Fehl- und Desinformationen. Studien unter 14-Jährigen zeigen einen starken Zusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Medien und sozialen Vergleichen, einer Verschlechterung der Gesundheit und des Wohlbefindens, negativen Gefühlen, einem geringen Selbstwertgefühl und einer niedrigen Lebenszufriedenheit. Mädchen sind davon stärker betroffen als Jungen.

Wichtig ist dabei, dass Jugendliche ihre Sexualität zunehmend auch im digitalen Raum ausleben. Das reicht vom Kontakt mit sexuell expliziten Inhalten bis hin zu romantischen und sexuellen Interaktionen über digitale Kommunikationswege. Missbräuchliches, übergriffiges und kontrollierendes Verhalten in Partnerschaften findet mittlerweile auch online statt.

Das Gesundheitswesen und die gesundheitliche Aufklärung werden diesen Veränderungen bislang nicht gerecht. Teenager erhalten nur selten Informationen darüber, wie sie sicher mit ihrer sexuellen Entwicklung umgehen können. Fehl- und Desinformationen über sexuelle Gesundheit, insbesondere über Verhütung, sind eine ernsthafte Bedrohung für den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung und die Chancengleichheit in diesem Bereich. Untersuchungen zeigen, dass sie diskriminierende gesellschaftliche Normen aufrechterhalten, die Ausgrenzung marginalisierter Gruppen verstärken und die Bereitstellung von Gesundheitsleistungen beeinträchtigen.

Ein weiterer Bereich, dem nach Ansicht von Gesundheitsexpert*innen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss, ist die Abhängigkeit von Teenagern von generativer künstlicher Intelligenz (KI). Weltweit liegen bislang nur wenige Daten zur KI-Nutzung vor. Umfragen aus den USA deuten jedoch darauf hin, dass drei von zehn Teenagern täglich KI nutzen und jede*r Achte sie für Ratschläge zur psychischen Gesundheit heranzieht. Junge Menschen, deren zwischenmenschliche Fähigkeiten sich noch entwickeln, gelten als besonders anfällig für Verführung und Manipulation durch KI-Systeme.



© UNFPA Mauretanien in Zusammenarbeit mit Art Gallé

Auch hier entwickelt die Jugend selbst Lösungsvorschläge. Initiativen wie das Youth Internet Governance Forum zeigen, dass junge Menschen, die mit digitalen Technologien aufgewachsen sind, großes Interesse an einem gesunden Umgang mit digitalen Einflüssen haben.



Umfassende Sexualaufklärung bietet große Chancen

Umfassende Sexualaufklärung trägt dazu bei, Einstellungen zu fördern, die die Gleichstellung der Geschlechter unterstützen. Sie hilft jungen Menschen, ihre Rechte zu verstehen, ihre Selbstbestimmung zu stärken und die Fähigkeit für respektvolle Beziehungen zu entwickeln. Zugleich bietet sie einen wichtigen Ansatzpunkt für die frühzeitige Prävention geschlechtsbasierter Gewalt, da sich Vorstellungen von Macht, Einvernehmlichkeit und Beziehungen in dieser Lebensphase noch herausbilden.

In vielen Ländern gibt es bereits politische Vorgaben, die Sexualaufklärung an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen unterstützen. Nationale Lehrpläne wurden entwickelt und Programme mit unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Qualität werden umgesetzt. Allerdings sind die Inhalte dieser Lehrpläne häufig begrenzt und die Umsetzung ist uneinheitlich und oftmals mangelhaft. Viele Programme behandeln weiterhin nur einzelne Themen wie die Pubertät oder die Prävention sexuell übertragbarer Infektionen. Dabei zeigen Studien, dass Programme, die sich auch mit Machtverhältnissen, Geschlechternormen und Beziehungen auseinandersetzen, bessere Ergebnisse erzielen können. Programme sind zudem wirksamer, wenn die durchführenden Fach- und Lehrkräfte ausreichend Unterstützung erhalten, die Vermittlung partizipativ und kompetenzorientiert erfolgt und die Inhalte an der Lebenswirklichkeit junger Menschen anknüpfen. Dabei stehen der Dialog und die Entwicklung von Fähigkeiten im Mittelpunkt, statt lediglich Wissen zu vermitteln.

Gegen diese Form der umfassenden Sexualaufklärung gibt es leider erheblichen, häufig auch organisierten Widerstand. Kritiker*innen werfen ihr unter anderem vor, Kinder zu früh an Sexualität heranzuführen, lokale kulturelle Werte zu untergraben oder Eltern die Entscheidungsgewalt über ihre Kinder abzusprechen. Dabei schreiben internationale Standards vor, dass lokale Gemeinschaften, junge Menschen und Eltern aktiv in die Gestaltung der Lehrpläne für umfassende Sexualaufklärung einbezogen werden müssen. Während Regierungen, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft und Lehrkräfte zusammenarbeiten, damit Teenager und junge Menschen überall von den nachgewiesenen Vorteilen umfassender Sexualaufklärung profitieren können, verfügen die Gegner*innen häufig über mehr Ressourcen, sind besser organisiert und treten entschlossener auf.

Es bedarf deutlich größerer Anstrengungen, um den politischen Willen und die nötigen Investitionen zu mobilisieren, damit alle Menschen von den gesundheitlichen und gesellschaftlichen Vorteilen umfassender Sexualaufklärung profitieren können.

© UNFPA Indien

Gesundheit und das Wohlbefinden von Jugendlichen auf der politischen Agenda halten

Weltweit wurden bei einer begrenzten Zahl von Themen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit von Jugendlichen messbare Fortschritte erzielt. Möglich wurde dies durch anhaltendes politisches Engagement, gezielte Investitionen und den schrittweisen Übergang zu koordinierten, zunehmend staatlich geleiteten Programmen, die in großem Maßstab umgesetzt werden.

Diese Erfolge müssen nun auf weitere Gesundheitsbereiche ausgeweitet werden. Dazu gehören andere sexuell übertragbare Infektionen als HIV, geschlechtsbasierte Gewalt und Menstruationsgesundheit, aber auch Themen außerhalb der sexuellen und reproduktiven Gesundheit wie psychische Gesundheit und Substanzkonsum. In vielen dieser Bereiche sind die Probleme nach wie vor weit verbreitet oder verschärfen sich sogar. Angesichts begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen können Länder auf bestehenden Versorgungsstrukturen aufbauen. Beispielsweise könnten Gesundheitsfachkräfte, die bereits Leistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit anbieten, entsprechend geschult werden, um auch damit zusammenhängende Themen wie die psychische Gesundheit abzudecken.

Allerdings sind viele mühsam errungene Fortschritte gefährdet. Die jüngsten Kürzungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und die Schwächung globaler und regionaler Partnerschaften haben die Rahmenbedingungen für die Gesundheitsversorgung insgesamt und insbesondere für die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Jugendlichen schwieriger und unsicherer gemacht. Unmittelbare Beeinträchtigungen sind bereits erkennbar: Präventionsprogramme werden gekürzt, Fachkräfte für die aufsuchende Arbeit fallen weg und das Vertrauen in den betroffenen Gemeinschaften schwindet. Gleichzeitig wird deutlich, wie fragil jene Fortschritte sind, die kontinuierlich von externer Unterstützung abhängig waren. Bis 2030 könnte es zu bis zu 22 Millionen zusätzlichen vermeidbaren Todesfällen kommen.

Um die Gesundheit von Jugendlichen weiterhin auf den nationalen Agenden zu halten, muss deutlich gemacht werden, wie essenziell deren Beitrag zu übergeordneten Zielen in den Bereichen öffentliche Gesundheit, Wirtschaft und Soziales ist. Zugleich müssen die Länder ihre Partnerschaften und finanziellen Mittel sowie die Zusammenarbeit verschiedener Sektoren verstärken, um die bisherigen Fortschritte sichern und fortführen zu können.

Die Lehren aus der jüngeren Geschichte können als Wegweiser dienen. Die gegenwärtige Situation erfordert Lernen und Anpassung, nicht Rückzug.

„Wir wissen ganz genau, dass junge Menschen hier sexuell aktiv sind – aber die Menschen verschließen davor die Augen.“

– Stimme aus der SWP-Konsultation

Für eine gerechte und universelle Gesundheitsversorgung

Die jüngsten Erfolge im Bereich der öffentlichen Gesundheit dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Menschen, Familien, Gemeinschaften und sogar ganze Länder bei der sexuellen und reproduktiven Gesundheit insbesondere junger Menschen zurückgelassen wurden. Um auch sie zu erreichen, brauchen wir gezieltere und stärker auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Ansätze. Dazu gehört zunächst die Analyse, welche Menschen nicht erreicht werden, um anschließend politische Maßnahmen, Programme und Gesundheitsangebote entsprechend anpassen zu können.

Doch leider geschieht dies nicht. Die gesundheitlichen Ungleichheiten nehmen heute nicht ab, sondern zu. Eine schnell wachsende Branche spezialisierter medizinischer Dienste bietet einer wohlhabenden Kundschaft individuell zugeschnittene Behandlungen an, während sich ganze Bevölkerungsgruppen nicht einmal eine medizinische Grundversorgung leisten können.

Ein wichtiger Ansatz zur Lösung dieses Problems ist eine Basisgesundheitsversorgung, die als Zielvorgabe 3.7 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) im Konsens befürwortet wurde. Junge Menschen betonen, dass jugendgerechte Angebote der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung ein wesentlicher Bestandteil einer allgemeinen

© UNFPA/Artolution (Jordanien)



Gesundheitsversorgung sind. Für diese zentrale Handlungspriorität setzen sie sich seit Langem immer wieder ein, unter anderem in der Cotonou Youth Action Agenda von 2024 und im globalen Jugendbericht der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD30 Global Youth Report).

Dies ist keine unrealistische Wunschvorstellung. Weltweit bestehen bereits die notwendigen internationalen Vereinbarungen und Instrumente sowie in vielen Fällen sogar die grundlegenden politischen Rahmenbedingungen, um dies zu verwirklichen. Was noch fehlt, ist der ganzheitliche Ansatz, der Menschenrechte, Gesundheit, finanzielle Mittel und politischen Willen miteinander verbindet und den junge Menschen schon seit Langem fordern.

Selbst dort, wo politische Rahmenbedingungen den Ausbau einer allgemeinen Gesundheitsversorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit von Jugendlichen unterstützen, sind die Ansätze vielerorts weiterhin wenig aufeinander abgestimmt. Hinzu kommt, dass auch die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen selbst uneinheitlich sind: In manchen Ländern bestehen Gesetze nebeneinander, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung teils gewährleisten und teils einschränken.

Wirksame politische Maßnahmen, die junge Menschen betreffen – ob im Gesundheitsbereich oder in anderen Lebensbereichen –, setzen als unverzichtbaren ersten Schritt voraus, dass junge Menschen selbst angemessen vertreten sind und tatsächlich mitbestimmen können. Ohne diese Beteiligung werden Gesetze und Angebote weiterhin an ihren Bedürfnissen vorbeigehen.



© UNFPA/Vanes Pilav (Wandbild von Morshed Mishu)

IM FOKUS

Wo Jungen lernen, Männer zu sein: Digitale Räume, Männlichkeit und die Zukunft der Gleichstellung der Geschlechter

Seit Jahrzehnten konzentrieren sich die weltweiten Bemühungen zur Verbesserung des Wohlbefindens von Jugendlichen darauf, die anhaltenden Benachteiligungen und geschlechtsbedingten Ungleichheiten zu bekämpfen, mit denen Mädchen und junge Frauen konfrontiert sind. Dies ist auch heute noch unverzichtbar. Um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, müssen jedoch auch Jungen und junge Männer konstant stärker in den Blick genommen werden – nicht nur, weil sie wichtige Partner beim Aufbau gerechterer Gesellschaften sind, sondern auch, weil sie selbst tiefgreifende gesellschaftliche, wirtschaftliche und digitale Veränderungen durchleben. Die wachsende Besorgnis über die Polarisierung der Geschlechter, den Rückschlag bei der Gleichstellung der Geschlechter und das nachlassende Wohlbefinden bei jugendlichen Jungen hat dem Verständnis ihrer Erfahrungen und der Kräfte, die diese prägen, neue Dringlichkeit verliehen.

Digitale Umgebungen sind zu einem der wichtigsten Orte geworden, an denen Jungen im Teenageralter sozial geprägt werden. Soziale Medien, Podcasts, Gaming-Communitys und die breitere sogenannte „Manosphere“ – ein loses Netzwerk von Online-Räumen, in denen die Benachteiligung von Männern beklagt und traditionelle Geschlechterhierarchien propagiert werden – konkurrieren heute mit dem Einfluss von Familien, Schulen und Gleichaltrigen auf die Einstellungen und Identitäten von Jungen und übertreffen diesen häufig sogar. Online-Räume können zwar Kontakte, Informationen und ein Gefühl der Zugehörigkeit bieten. Doch immer mehr Studien belegen, dass sie auch dazu beitragen, schädliche Geschlechternormen zu verfestigen, soziale Isolation zu verstärken und die Fähigkeit von Jungen beeinträchtigen, Gefühle auszudrücken und gesunde Beziehungen aufzubauen. Da Jungen diesen Einflüssen in einer entscheidenden Phase ihrer Identitätsentwicklung ausgesetzt sind, können die Geschlechternormen und Beziehungsmuster, die sie online verinnerlichen, ihr Verhalten und Wohlbefinden bis weit ins Erwachsenenalter prägen. Auf gesellschaftlicher Ebene könnten diese Entwicklungen zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen den Geschlechtern beitragen und dazu führen, dass Partnerschaften später oder gar nicht eingegangen werden. Solche Muster zeichnen sich sowohl in Ländern mit hohem als auch mit mittlerem Einkommen zunehmend ab.

In verschiedenen Weltregionen sind soziale Medien und Gaming-Plattformen zu zentralen Räumen geworden, in denen Jungen ihre Beziehungen zu Gleichaltrigen gestalten, Rat suchen, Fähigkeiten entwickeln und Vorstellungen von Männlichkeit kennenlernen. In vielen Ländern mit niedrigem Einkommen nutzen Jungen im Teenageralter und junge Männer das Internet deutlich häufiger als gleichaltrige Mädchen und junge Frauen. Untersuchungen aus mehreren Ländern zeigen, dass Inhalte zum Thema Männlichkeit weit verbreitet sind und erhebliche Auswirkungen haben. Der Kontakt mit solchen Inhalten steht in Zusammenhang mit einer stärkeren Orientierung an einengenden Männlichkeitsnormen, einer häufigeren Unterdrückung von Gefühlen, einem geringeren Selbstwertgefühl und stärker ausgeprägter Einsamkeit. Viele Jungen berichten, dass sie sich unter Druck gesetzt fühlen, ungeschriebenen Regeln der Männlichkeit im Internet zu entsprechen, die das Zeigen von Verletzlichkeit, Empathie und Gefühlen ausdrücklich entmutigen.

Die Auswirkungen gehen über das individuelle Wohlbefinden hinaus. Digitale Plattformen sind zu Schauplätzen geworden, an denen Vorstellungen von Geschlecht entstehen, verstärkt und infrage gestellt werden. Männlichkeitsnormen, die früher durch Familien, Gleichaltrige, Schulen, religiöse Einrichtungen und traditionelle Medien geprägt wurden, werden heute zunehmend im Internet geformt, gefestigt und hinterfragt. Obwohl es bereits umfangreiche Forschung zu Männlichkeitsvorstellungen gibt, wurden die digitalen Räume, in denen Jungen und junge Männer ihre Zeit verbringen, bei der Entwicklung und Umsetzung von Programmen bislang vergleichsweise wenig berücksichtigt. Wer diese digitalen Umgebungen außer Acht lässt, übersieht einen der einflussreichsten Faktoren, die die Einstellungen der nächsten Generation zu Geschlecht, Beziehungen und Gleichstellung prägen.

Digitale Räume sollten deshalb nicht ausschließlich als Orte betrachtet werden, von denen Gefahren ausgehen. Sie bieten auch die Chance, Jungen und junge Männer genau dort zu erreichen, wo ihre Einstellungen, Identitäten und Beziehungen geformt werden. Erste Erfahrungen mit Kampagnen unter der Leitung von Influencer*innen, von Gleichaltrigen erstellten Inhalten, Online-Mentoring und interaktiven Initiativen in sozialen Medien zeigen, wie vertrauenswürdige Stimmen im digitalen Raum Empathie, emotionales Wohlbefinden, respektvolle Beziehungen und gleichstellungsorientierte Einstellungen fördern können. Entscheidend ist, dass diese Ansätze die Mechanismen digitaler Einflussnahme nutzen, statt ihnen entgegenzuwirken. Sie setzen auf vertrauenswürdige Gleichaltrige, Content-Creator*innen und Gemeinschaften, die ein Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln, anstatt Botschaften von oben vorzugeben. Digitale Plattformen beruhen auf denselben Mechanismen, durch die gesellschaftliche Normen geprägt werden: Anerkennung durch Gleichaltrige, Zugehörigkeit, Identität, Status und die Verbreitung von Ideen. Dieselben Netzwerke, über die Fehl- und Desinformationen sowie schädliche Normen verbreitet werden, können auch positive Männlichkeitsbilder fördern und dazu beitragen, gesellschaftliche Normen in großem Maßstab zu verändern.

Textbeitrag von Rebecka Lundgren und Courtney McLarnon vom Center on Gender Equity and Health der University of California, San Diego.







Jugendliche aus Nicaragua malen ein Wandbild an einer Musikschule in einem beliebten Park in der Hauptstadt Managua.

© UNFPA Nicaragua/Ernesto Valle

Kapitel 4

Eintreten für Rechte in Zeiten des Rückschritts



Ein Blick in die Geschichte kann jungen Menschen Zuversicht geben: Fortschritte sind möglich und wurden bereits erzielt. Durch internationale Abkommen wie das Übereinkommen über die Rechte des Kindes 1989 und Rahmenvereinbarungen wie das „Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung 1994“ sowie die „Erklärung und Aktionsplattform von Peking 1995“ wurde ein weltweiter Konsens geschaffen.

Diesen Vereinbarungen waren bedeutende menschenrechtliche Grundlagen wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vorausgegangen. Ihre Errungenschaften haben eine breite internationale, rechtliche und politische Basis dafür geschaffen, dass junge Menschen ihr Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper, ihre Gesundheit und ihre Zukunft einfordern können.

Dennoch bleibt es eine Herausforderung, den vereinbarten Rahmen für Menschenrechte aufrechtzuerhalten und den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung auszubauen. Restriktive Maßnahmen und sich verändernde politische Rahmenbedingungen schränken diesen insbesondere für junge Menschen weiterhin ein. Für viele ohnehin benachteiligte Bevölkerungsgruppen verschlechtert sich die Situation sogar. LGBTQIA+-Jugendliche, junge Menschen mit Behinderungen, junge Menschen aus ländlichen Regionen oder einkommensschwachen Verhältnissen, junge Menschen in Konfliktgebieten, Geflüchtete und Migrant*innen sowie junge Frauen und Mädchen sind vielerorts anhaltender und zunehmender Diskriminierung ausgesetzt. Wer mehreren dieser Gruppen angehört, kann von sich gegenseitig verstärkenden Ungleichheiten besonders stark betroffen sein.

Der Abbau rechtlicher Schutzmaßnahmen, die Zensur umfassender Sexualaufklärung und Einschränkungen der körperlichen Selbstbestimmung sind nur einige der aktuellen Hindernisse, die jungen Menschen den Zugang zu Informationen und Angeboten erschweren, die für ein eigenständiges Leben grundlegend sind. Zudem stellen junge Menschen fest, dass ihre Repräsentation in politischen Systemen auf allen Ebenen weiter abnimmt.

Das bedeutet jedoch nicht, dass junge Menschen untätig bleiben. Zunehmend umgehen sie ausgrenzende Strukturen, indem sie eigene, oft wirksame Formen politischer Einflussnahme entwickeln. Dazu gehören innovative juristische Verfahren ebenso wie Mobilisierungen auf der Straße und im digitalen Raum. Häufig profitieren diese Bewegungen vom grenzüberschreitenden digitalen Austausch von Ideen und Strategien, der ihr politisches Engagement und ihre Debatten auf ähnliche Weise prägt.

© UNFPA Jordanien



Sich Gehör verschaffen

Von jungen Menschen angeführte Bewegungen, auch Protestbewegungen, waren im Laufe der Geschichte und insbesondere in der jüngeren Vergangenheit wichtige Triebkräfte des Wandels. Einer Analyse zufolge waren sie zwischen 1990 und 2020 an 80 Prozent der gewaltfreien Bewegungen für grundlegende Reformen oder Selbstbestimmung maßgeblich beteiligt. Laut Umfragen in 39 afrikanischen Ländern sind Proteste die einzige Form des gesellschaftlichen Engagements, an der sich junge Menschen im Alter von 18 bis 35 Jahren stärker beteiligen als ältere Menschen. In jüngster Zeit ist daraus in mehreren Ländern und auf verschiedenen Ebenen eine neue Generation von Führungspersönlichkeiten hervorgegangen.

Als Reaktion auf die Reformforderungen junger Menschen greifen Kritiker*innen häufig auf eine Rhetorik zurück, die das politische Engagement junger Menschen zu einer Sicherheitsfrage macht. Dabei stellen sie jene, die ihre Meinung offen äußern und sich politisch engagieren, als extremistische Revolutionär*innen dar, die alles niederreißen wollen und in den dunklen Ecken des Internets radikalisiert wurden. Manche Führungspersönlichkeiten betrachten einen hohen Anteil junger Menschen an der Bevölkerung als Sicherheitsbedrohung. Bereits in den 1990er-Jahren gab es besorgniserregende Behauptungen, wonach ein besonders großer Anteil junger Menschen an der Bevölkerung mit zunehmender Gewalt zusammenhänge. Diese Behauptungen hatten häufig rassistische, ethnische oder religiöse Untertöne und gelten inzwischen weitgehend als widerlegt.

Allerdings hinterfragen solche Stimmen meist nicht, warum junge Menschen in Protestbewegungen so stark vertreten sind: Viele von ihnen sehen die bestehenden Regierungs- und Führungsstrukturen als Ursache gesellschaftlicher Spaltung. Untersuchungen zeigen, dass die Darstellung junger Menschen als Sicherheitsbedrohung sie häufig von der formellen Beteiligung an politischen Institutionen ausschließt und in manchen Fällen sogar zu radikaleren Handlungen drängt.

Anstatt Protestbewegungen junger Menschen als Bedrohung für die öffentliche Ordnung zu betrachten, sollten Führungspersönlichkeiten und Verantwortliche hinterfragen, ob die bestehenden Strukturen und Systeme die Perspektiven junger Menschen ausreichend berücksichtigen. Die Daten zeigen, dass dies meist nicht der Fall ist. Daraus lässt sich eine wichtige Lehre ziehen: Reformen auf höchster Ebene reichen nicht aus, um eine echte und wirkungsvolle Teilhabe zu ermöglichen. Dafür müssen ganze Systeme neu gedacht werden.

Demokratie braucht junge Menschen

An den Wahlurnen unterrepräsentiert

Insgesamt gehen junge Menschen immer seltener wählen. Dies wird häufig als Zeichen dafür gewertet, dass sie passiv, gleichgültig, desinteressiert oder abgelenkt seien. Zwar fühlen sich jüngere Wahlberechtigte tatsächlich zunehmend von der heutigen Politik entfremdet. Es wäre jedoch falsch, nur jungen Menschen selbst die Schuld an der sinkenden Wahlbeteiligung zu geben.

Vielmehr werden sie von demokratischen Prozessen ausgeschlossen, die ihren Bedürfnissen häufig nicht mehr gerecht werden.

Der Globale Index zur politischen Teilhabe junger Menschen (Global Youth Participation Index, GYPI) bewertet mehr als 140 Länder danach, inwieweit sie die wirtschaftlichen und politischen Rechte sowie die bürgerlichen Freiheiten junger Menschen achten. Aus diesen Bewertungen wird ein Gesamtwert gebildet, der zeigt, wie offen demokratische Systeme für junge Menschen sind. Der Index weist weltweit niedrige Durchschnittswerte in den Bereichen politische Angelegenheiten, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume und Wahlen auf.

Die gesetzlich vorgeschriebene Registrierung zur Wahl ist oftmals kompliziert und aufwendig. Laut der GYPI-Analyse sollten die Verfahren so reformiert werden, dass sie jungen Menschen eine politische Beteiligung ermöglichen, die ihren Bedürfnissen und Vorstellungen entspricht. Dazu gehören beispielsweise der digitale Zugang zu staatlichen Daten und Dienstleistungen sowie Möglichkeiten zur digitalen Beteiligung. Der GYPI-Bericht hebt außerdem hervor, wie wichtig es ist, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, Menschen mit Behinderungen, LGBTIQ+-Personen und anderen marginalisierten Gruppen sicherzustellen. Für viele junge Menschen ist diese leider weiterhin unerreichbar. So ergab eine Untersuchung in 13 Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen, dass lediglich 60 Prozent der jungen Menschen mit Behinderungen lesen und schreiben konnten. Wenn keine geeigneten Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, schränkt dies ihre politische Teilhabe erheblich ein.

In politischen Institutionen unterrepräsentiert

Eine Umfrage des Büros der UN-Sondergesandten für Jugend aus dem Jahr 2021, an der mehr als 27.000 Menschen im Alter von fünf bis 30 Jahren aus 26 Ländern teilnahmen, ergab, dass 76 Prozent der Befragten der Meinung sind, Politiker*innen würden „jungen Menschen nicht zuhören".

Junge Menschen wenden sich daher zunehmend von der Mitgliedschaft in politischen Parteien und anderen Formen des Austauschs mit politischen Führungspersönlichkeiten ab. Dies deutet darauf hin, dass es den bestehenden politischen Netzwerken im Allgemeinen nicht gelingt, jungen Menschen ausreichend Möglichkeiten zu bieten, mit ihnen in Kontakt zu treten und sich Gehör zu verschaffen, ihre Ansichten angemessen zu vertreten oder beides. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2025 in 39 afrikanischen Ländern ergab, dass sich Menschen unter 35 Jahren deutlich seltener einer politischen Partei verbunden fühlen als ältere Bevölkerungsgruppen.

Dies gilt selbst für junge Menschen, die sich stark in der Organisation und Führung lokaler Gemeinschaften engagieren. Eine von UNFPA unterstützte weltweite Umfrage unter 7.247 jungen Menschen, die sich im Rahmen der Agenda für Jugend, Frieden und Sicherheit (YPS) für Friedensförderung einsetzen, ergab, dass 70 Prozent bereits politische Diskussionsveranstaltungen organisiert hatten. Gleichzeitig gaben 64 Prozent an, sich selbst nicht als politische Akteur*innen zu betrachten. Dabei handelt es sich um junge Führungspersönlichkeiten, die in Konfliktgebieten, Postkonfliktsituationen und anderen unsicheren Umgebungen tätig sind und sich an internationalen Bemühungen zur Friedensförderung beteiligen. Es ist davon auszugehen,

Nachhaltige Entwicklung braucht eine nachhaltige Demokratie

Unterziel 16.7 der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) fordert die Vereinten Nationen dazu auf, eine „bedarfsorientierte, inklusive, partizipative und repräsentative Entscheidungsfindung auf allen Ebenen“ zu überwachen und sicherzustellen. Dennoch sind Frauen und junge Menschen in Führungspositionen sowie beim Vorsitz einflussreicher Parlamentsausschüsse – etwa für Finanzen, Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten – weiterhin unterrepräsentiert. Die Fortschritte zwischen 2020 und 2025 verliefen langsam und uneinheitlich und zeigen Anzeichen einer Stagnation.



© UNFPA/Artolution (Ukraine)

dass sie mit den Lebensrealitäten ihrer Gemeinschaften und den lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen besonders gut vertraut sind.

Dennoch haben 70 Prozent von ihnen noch nie versucht, mit ihren politischen Vertreter*innen auf lokaler Ebene Kontakt aufzunehmen. Auf nationaler Ebene sind es 78 Prozent. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Manche der jungen Menschen, die sich für Frieden einsetzen, arbeiten beispielsweise in Gebieten ohne funktionsfähige staatliche Institutionen. Wahrscheinlich spielt aber auch die Entfremdung von bestehenden institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten eine Rolle.

Auch bei den Jugendkonsultationen für diesen Bericht äußerten sich junge Menschen aus allen Teilen der Welt sehr deutlich zu den gegenwärtigen politischen Praktiken und Institutionen. Viele berichteten von rein symbolischer Beteiligung, Vetternwirtschaft und Manipulation.

In Führungspositionen unterrepräsentiert

Junge Menschen sind unabhängig davon, wie diese Altersgruppe definiert wird, in gewählten Ämtern und Führungspositionen stark unterrepräsentiert. Obwohl Menschen zwischen 18 und 30 Jahren 19 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, besetzen sie weltweit nur 2,8 Prozent der Parlamentssitze. Die Altersgruppe der 18- bis 40-Jährigen stellt 35 Prozent der Bevölkerung, hält aber lediglich 19 Prozent der Parlamentssitze. Ihre mangelnde Erfahrung wird ihnen zum Nachteil ausgelegt, selbst von ihrer eigenen Wählergeneration. Doch dies ist nur eines von vielen Hindernisssen struktureller Natur, mit denen sie konfrontiert sind.

In den meisten Ländern sind erhebliche finanzielle Mittel und der Zugang zu politischen Netzwerken erforderlich, um erfolgreich für ein öffentliches Amt zu kandidieren. Die Kosten, um sich einen Platz auf dem Wahlzettel zu sichern – einschließlich Ausgaben für Werbung, Personal und Reisen –, reichten von 7.000 US-Dollar in Nigeria im Jahr 2015 bis zu fünf Millionen US-Dollar in der Ukraine im Jahr 2012. Die Notwendigkeit, auf private Finanzmittel oder wohlhabende Unterstützerkreise zurückzugreifen, erschwert nicht nur jungen Menschen den Zugang zu gewählten Ämtern, sondern auch Frauen, Menschen mit Behinderungen und Angehörigen von Minderheiten.

Auch die gesetzlichen Bestimmungen zum aktiven und passiven Wahlrecht spielen eine Rolle. Die Umfrage der UN-Sondergesandten für Jugend aus dem Jahr 2021 ergab, dass etwa ein Drittel der Befragten eine Kandidatur für ein politisches Amt in Betracht ziehen würde. Weltweit liegen jedoch im Durchschnitt mehr als vier Jahre zwischen dem Alter, ab dem junge Menschen wählen dürfen, und dem Alter, ab dem sie für ein Wahlamt kandidieren können. In rund 70 Prozent der Parlamentskammern weltweit gelten Altersgrenzen, die Menschen eine Kandidatur verwehren, obwohl sie bereits wahlberechtigt sind. In 19 Ländern liegt das Mindestalter für eine Kandidatur für die obere Parlamentskammer bei 30 Jahren, in neun Ländern bei 40 Jahren und in zwei weiteren Ländern bei 45 beziehungsweise 50 Jahren.

Für junge Menschen, die für ein Parlamentsmandat kandidieren, werden diese Hürden durch weitere, sich überschneidende Formen der Benachteiligung verstärkt, etwa aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit. So berichteten junge Parlamentsabgeordnete der Interparlamentarischen Union (IPU), dass sie sich manchmal gezwungen

Zunehmende Selbstbestimmung statt Bevormundung

Die UN-Kinderrechtskonvention erkennt das Recht von Kindern auf Schutz und Orientierung durch Familie und staatliche Strukturen an. Sie hat viele der menschenrechtlichen Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte ermöglicht. Wo unsichere Lebensverhältnisse und Geschlechternormen dazu führten, dass Kinder durch Kinderarbeit und Frühverheiratung vorzeitig Erwachsenenrollen übernehmen mussten, wurden Schutzmaßnahmen wie die allgemeine Grundschulpflicht und ein gesetzliches Mindestalter eingeführt.

Schutzmaßnahmen sollten älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit zunehmender Reife mehr Raum für Selbstbestimmung lassen, und häufig tun sie das auch. Dies kann beispielsweise durch gemeinsame Entscheidungen und eine schrittweise stärkere Einbeziehung in Entscheidungsprozesse geschehen. Heute besteht international weitgehend Einigkeit darüber, dass junge Menschen zunehmend dazu befähigt werden müssen, Entscheidungen über ihre Wahlmöglichkeiten, ihren Körper und ihr Leben selbst zu treffen. Allerdings steht dieser Konsens häufig im Widerspruch zu starren, altersabhängigen Regelungen, die junge und verletzliche Menschen mitunter nicht schützen und ihre Selbstbestimmung sogar dann einschränken, wenn sie bereits eigenständig zu entscheiden in der Lage sind.

Die Sprache des Kinderschutzes wird zunehmend dazu genutzt, Jugendlichen ein ihrer Reife entsprechendes Maß an Mitbestimmung zu verwehren. Dies gilt insbesondere für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte – obwohl international Einigkeit darüber besteht, dass ihnen mit zunehmendem Alter mehr Vertraulichkeit, Möglichkeiten zur informierten Einwilligung und Aufklärung über reproduktive Gesundheit zugestanden werden müssen. Jugendliche, die noch nicht volljährig sind, brauchen häufig die elterliche Einwilligung, um sich auf sexuell übertragbare Infektionen testen oder zur Verhütung beraten lassen zu können. Die Sprache des Kinderschutzes wird genutzt, um umfassende Sexualaufklärung zu untergraben und den Zugang zu geschlechtsaffirmierender Gesundheitsversorgung einzuschränken. Diese umfasst verschiedene Formen der Gesundheitsversorgung, die Angebote für Menschen mit nichtbinären Geschlechtsidentitäten angenehmer, zugänglicher und unterstützender gestalten können. In manchen Fällen können Gesetze, die Jugendliche vor sexuellem Missbrauch schützen sollen, sogar kontraproduktiv sein: Sie führen dazu, dass sie selbst statt der Täter*innen strafrechtlich belangt werden und Frühverheiratungen im Verborgenen stattfinden.

Auch die Sprache des ‚Schutzes' wird zunehmend genutzt, um Gesetze, politische Maßnahmen und gesellschaftliche Normen zu rechtfertigen, die die Rechte volljähriger Menschen einschränken. Frauen und Menschen mit Behinderungen wird regelmäßig der Zugang zu Informationen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit sowie zu entsprechenden Gesundheitsangeboten verwehrt. Mitunter müssen sie sogar die Einwilligung Dritter einholen, bevor sie diese Angebote in Anspruch nehmen dürfen. Sowohl die gesetzliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen als auch die Möglichkeit der Scheidung werden als Bedrohung für die heterosexuelle Ehe dargestellt, die ihrerseits als Mittel zum Schutz von Frauen betrachtet wird. Verbote von Schwangerschaftsabbrüchen sollen erwachsene Frauen angeblich vor Reue schützen. Auf diese Weise wird Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Menschen mit Behinderungen und erwachsenen Frauen der Zugang zu genau jenen Informationen und Angeboten verwehrt, die sie benötigen, um ihre Rechte wahrzunehmen.

sehen, ihre ethnische Zugehörigkeit zu verbergen, um Anfeindungen zu vermeiden. Wer dies nicht konnte, erlebte häufig Diskriminierung.

Unterrepräsentation innerhalb und außerhalb nationaler Strukturen

Das Problem reicht über nationale Strukturen hinaus. In einem Bericht aus dem Jahr 2024 stellte der Generalsekretär der Vereinten Nationen fest, dass junge Menschen in Resolutionen seltener erwähnt wurden, ebenso zurückgegangen war die Zahl junger Menschen, die den Sicherheitsrat und die Kommission für Friedenskonsolidierung unterrichteten. Auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen sind junge Menschen häufig ausgeschlossen.



© UNFPA/Artolution (USA)

Dass junge Menschen in diesen und anderen Gremien der politischen Entscheidungsfindung fehlen, ist nicht nur problematisch, weil es ihre Möglichkeiten zur Mitbestimmung einschränkt. Es beeinträchtigt auch die Wirksamkeit politischer Entscheidungen. Ältere Politiker*innen neigen beispielsweise dazu, kurzfristige Ziele gegenüber langfristigen zu bevorzugen – eine Politik, in der die Bedürfnisse jüngerer Menschen eher unberücksichtigt bleiben.

Anzeichen dafür zeigen sich unter anderem in der Arbeitswelt. Jüngere Beschäftigte empfinden Arbeitsbedingungen, die von älteren Arbeitgeber*innen geschaffen und gestaltet wurden, oftmals als psychisch belastend und ungerecht. Das liegt nicht nur daran, dass sich die Ansprüche der Beschäftigten verändert haben, sondern auch daran, dass jüngere Beschäftigte häufiger unsichere Arbeitsverhältnisse mit geringerem Schutz erleben. Zusammengenommen tragen diese Entwicklungen zu einer sinkenden beruflichen Motivation und geringerer Beteiligung am Arbeitsmarkt bei.

Neue Formen gesellschaftlichen Engagements

Obwohl junge Menschen von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen werden, finden sie alternative Wege, um ihren Ansichten, Prioritäten und Bedürfnissen Gehör zu verschaffen. Sie entwickeln neue Ansätze. Nun liegt es an allen anderen, mit diesen Entwicklungen Schritt zu halten.

Den Rechtsweg nutzen

Die Klimakrise ist ein besonders deutliches Beispiel für das starke Engagement junger Menschen. Sie werden die Folgen dieser Krise tragen müssen, obwohl sie nicht zu ihrer Entstehung beigetragen haben. Viele junge Menschen versuchen, dieses Unrecht auf dem Rechtsweg zu bekämpfen, und erzielen mit ihren Klagen Erfolge. Ein Vorteil solcher Gerichtsverfahren besteht darin, dass sie Präzedenzfälle für die Auslegung von Gesetzen schaffen, auf die auch in anderen Rechtsordnungen zurückgegriffen werden kann. Die ersten dieser Klagen wurden vor mehr als zwei Jahrzehnten eingereicht. Seitdem nimmt ihre Zahl stetig zu.

Diese Vorgehensweise wird inzwischen auch über den Klimaschutz hinaus genutzt, zum Beispiel im Bereich der Bildung. Dennoch sind Gerichtsverfahren nach wie vor teuer und langwierig und für junge Menschen häufig nicht zugänglich. Sie bleiben von den entsprechenden Verfahren ausgeschlossen oder erhalten lediglich symbolische Möglichkeiten der Beteiligung.

Digitale Demokratie

Es überrascht kaum, dass ein Großteil des gesellschaftlichen Engagements junger Menschen heute im Internet stattfindet. Dies verändert grundlegend, wie sich junge Menschen am öffentlichen Diskurs beteiligen, und wandelt zugleich das Wesen gesellschaftlichen Engagements selbst. Soziale Medien sind eine wichtige und allgegenwärtige Plattform für gesellschaftliche Mobilisierung und Meinungsäußerung.

Die Möglichkeit, anonym zu bleiben, ist besonders wertvoll für Angehörige marginalisierter Gruppen, die aufgrund ihres Engagements Gewalt oder Diskriminierung erfahren könnten. Dazu gehören beispielsweise junge Menschen in Afghanistan sowie Angehörige der LGBTQIA+-Community, eingewanderte Menschen und People of Colour. Es gibt jedoch auch andere Strategien, um Risiken zu verringern, wie beispielsweise kreative und indirekte Ausdrucksformen oder Humor, die darüber hinaus dazu beitragen, dass sich Inhalte viral verbreiten. Zunehmend geht Online-Aktivismus in Protestaktionen und andere Formen des Engagements außerhalb des Internets über, häufig ohne dass eine zentrale Führung oder einzelne Person zur Mobilisierung aufruft. Dadurch können Bewegungen gezielten Repressionen gegen einzelne organisierende Gruppen oder Organisationen leichter entgehen.

Allerdings stoßen diese überwiegend digitalen Formen der Mobilisierung auch an ihre Grenzen. Internationale Organisationen und Geber bevorzugen beispielsweise die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die über formelle Transparenz- und Rechenschaftsmechanismen verfügen. Junge Menschen engagieren sich dagegen eher in dezentral organisierten Initiativen. Viele Verantwortliche etablierter Organisationen befürchten, dass dies zur Zersplitterung und zu einer geringeren Wirksamkeit beitragen könnte. Gleichzeitig stoßen sich von jungen Menschen getragene Initiativen daran, dass Fördermittel meist in voneinander abgegrenzte Bereiche fließen. Dennoch gibt es auch Modelle, bei denen neue, digital vernetzte Initiativen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten, ihre jeweiligen Bemühungen sich verstärken und beide Seiten davon profitieren.

Bedenken bestehen auch hinsichtlich einer zu starken Abhängigkeit von digitalen Instrumenten,

insbesondere von sozialen Medien. Viele Plattformen werden von privaten Unternehmen betrieben, die oftmals staatliche Vorgaben erfüllen und deren Datenschutzvorkehrungen und Moderationsregeln undurchsichtig sind. Dadurch besteht das Risiko staatlicher Vergeltungsmaßnahmen oder durch die Veröffentlichung persönlicher Daten gezielt angegriffen zu werden (Doxxing). Da nicht transparent ist, wie Algorithmen Nutzer*innen erfassen und gezielt ansprechen, sind digital engagierte Menschen einerseits anfällig für Desinformation und andererseits von Zensur bedroht. Auch Internetsperren werden zunehmend eingesetzt, um Proteste zu behindern. Im Jahr 2025 wurden in 52 Ländern mehr als 300 solcher Abschaltungen dokumentiert.

Die fortschreitende Integration künstlicher Intelligenz (KI) in gesellschaftliche Systeme bringt weitere Gefahren für die Selbstbestimmung und Privatsphäre junger Menschen mit sich. Ihre umfangreichen digitalen Datenspuren – von Aktivitäten in sozialen Medien bis hin zu Daten über schulische Leistungen – werden zum Training von KI-Modellen genutzt. Dies wirft Fragen zum Datenschutz, zur Transparenz, zur Kontrolle und zur Selbstbestimmung sowie zu den Auswirkungen dieser Systeme auf die Gesundheit junger Menschen auf. Antworten darauf werden erst allmählich gefunden. Darüber hinaus gefährdet die umfassende Sammlung von Daten durch Unternehmen und staatliche Akteure die Rechte auf Privatsphäre und Selbstbestimmung sowie weitere grundlegende Menschenrechte.

Diese Gefahren betreffen nicht alle Menschen gleichermaßen. Für junge Menschen aus marginalisierten Gruppen und in Staaten mit schwächeren Vorschriften zur Erhebung, Speicherung und Nutzung von Daten sind sie besonders groß. Frauen sind beispielsweise in Ländern besonders gefährdet, in denen Schwangerschaftsabbrüche strafbar sind. Daten aus Zyklus-Apps, Suchverläufe und Standortdaten können genutzt werden, um sie strafrechtlich zu verfolgen. Damit werden persönliche Gesundheitsdaten zu Instrumenten der Überwachung. Auch LGBTQIA+-Jugendliche sind besonderen Gefahren ausgesetzt, wenn sie eine Plattform in einem Land mit rechtlichem Schutz nutzen, die Rechtslage es aber erlaubt, diese Informationen an die Regierung eines Landes weiterzugeben, in dem ihre Identität kriminalisiert wird. Dadurch entstehen neue, grenzüberschreitende digitale Bedrohungen: Junge Menschen können durch ihre Äußerungen im Internet oder die Suche nach einer Gemeinschaft Gefahr laufen, dass ihnen die Einreise verweigert wird, sie verfolgt oder überwacht werden oder noch schwerwiegendere Konsequenzen erleiden.

Stimmen vom Rand der Gesellschaft werden lauter

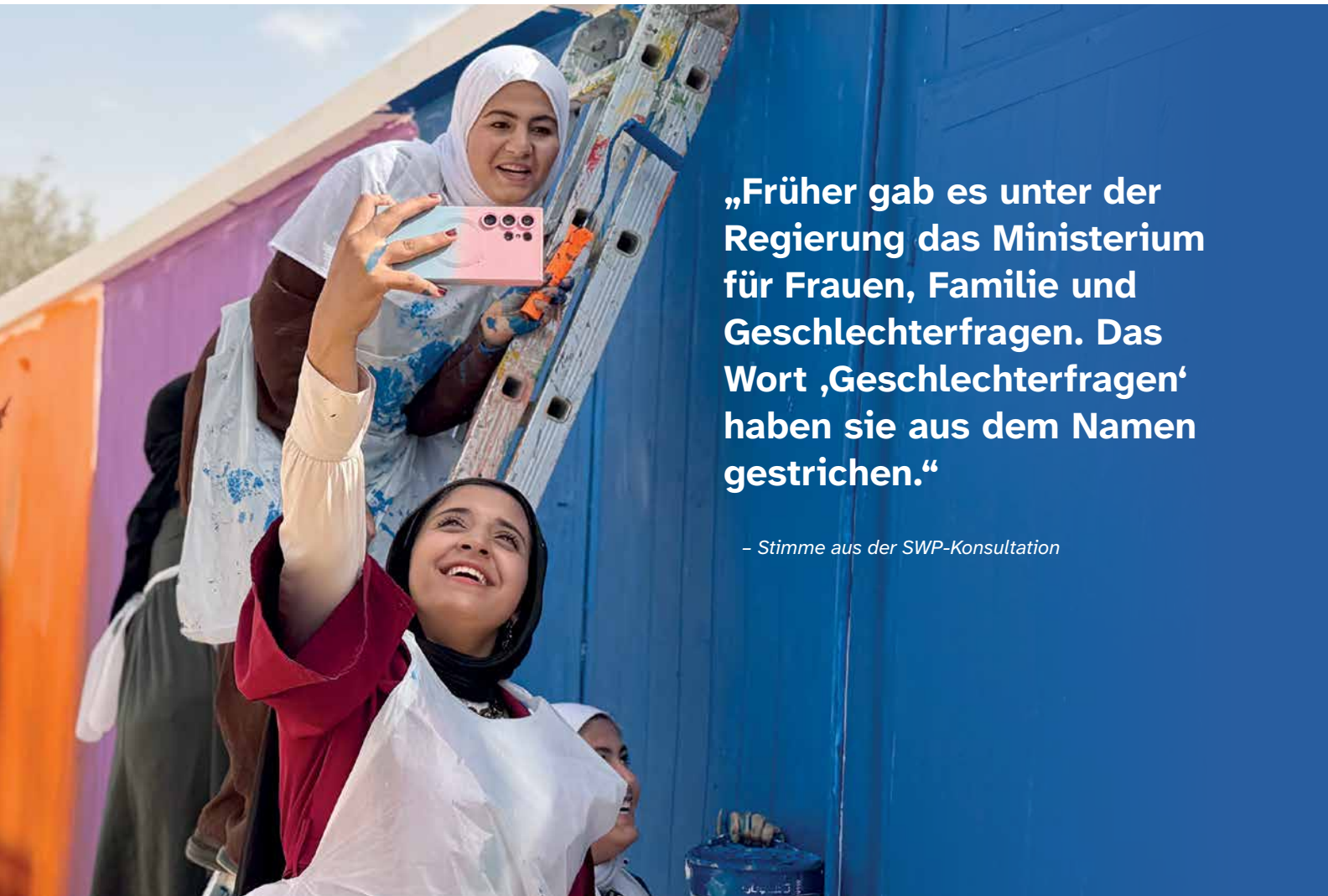
Besonders eindrucksvolle Beispiele für die Führungsrolle junger Menschen finden sich in fragilen und von Konflikten betroffenen Regionen. In Folge von Krisen und Auseinandersetzungen entsteht dort häufig ein Machtvakuum. Brechen in diesen Regionen traditionelle Strukturen zusammen, entstehen Freiräume, in denen junge Menschen aktiv werden und Führungsverantwortung übernehmen können.

In Konflikt- und Postkonfliktsituationen engagieren sich junge Menschen oft für den Zusammenhalt ihrer Gemeinschaften und bei der Bereitstellung von Dienstleistungen. Dabei sind

sie sich der Grenzen bestehender staatlicher Strukturen sehr bewusst. Diese konzentrieren sich mitunter stärker auf den Aufbau und die Aufrechterhaltung eines Sicherheitsapparats als auf die grundlegende Versorgung. Da junge Menschen gezwungen sind, außerhalb traditioneller Institutionen aktiv zu werden, entwickeln sie neue und kreative Ansätze für die Friedensförderung, gegenseitige Hilfe und andere Formen sozialer Unterstützung.

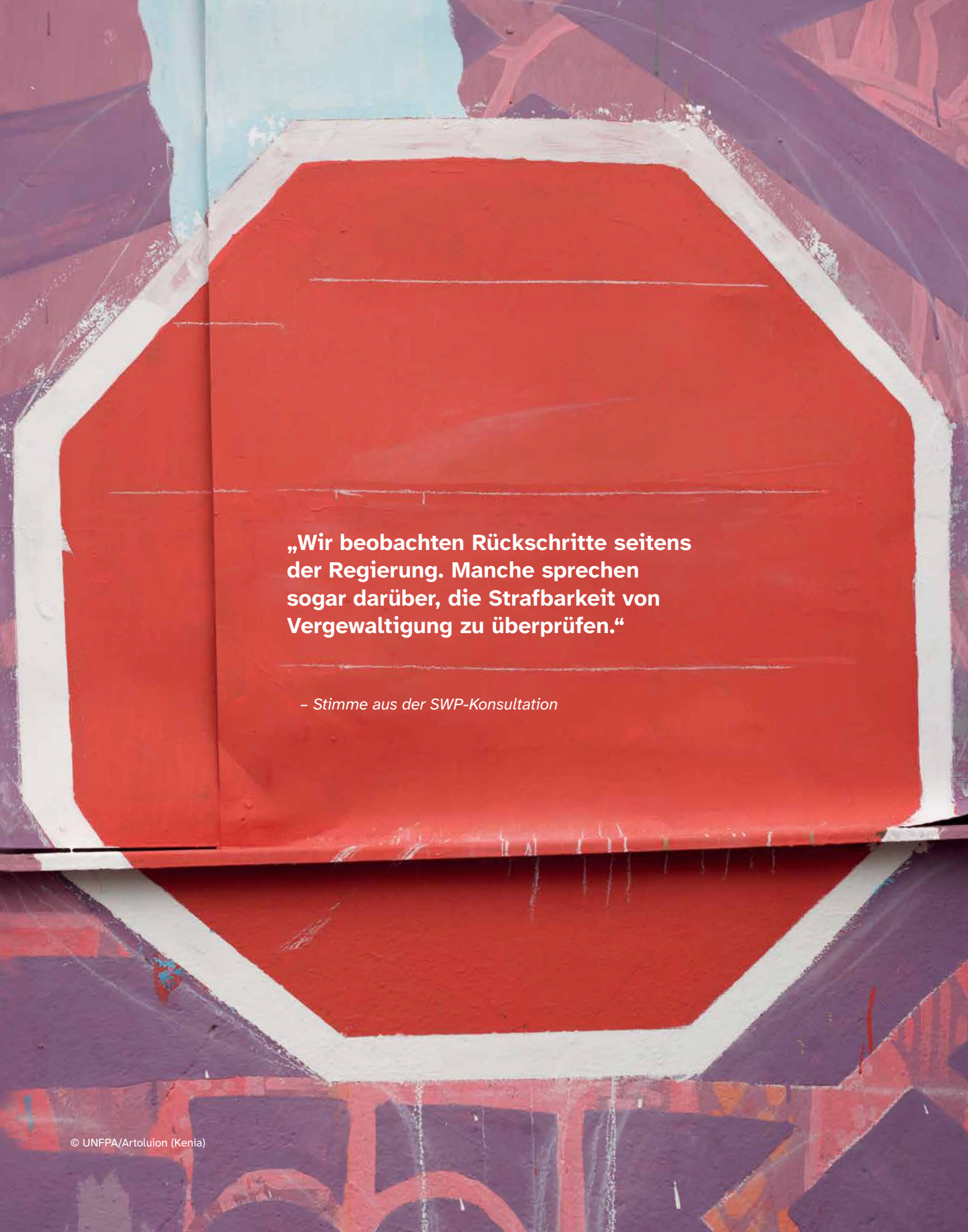
Wenn junge Menschen neue Wege beschreiten, können sie vermeintliche Gegensätze und Trennlinien überwinden, die in bestehenden Institutionen tief verankert sind. So äußerten junge Menschen ihre Unzufriedenheit mit gängigen Gegenüberstellungen wie Staatsbürger*innen und Migrant*innen, Kollektivismus und Individualismus oder Männern und Frauen. Diese Haltung spiegelt sich auch in ihrer Arbeit wider. Die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter wird beispielsweise nicht allein als Schutz von Frauen und Mädchen durch Empowerment-Programme oder Schutzräume verstanden. Sie wird auch im Rahmen von Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen vorangetrieben. Dabei werden gewaltgeprägte patriarchale Normen thematisiert und als schädlich für alle Menschen anerkannt – auch für die Männer und Frauen, die diese Vorstellungen selbst vertreten. Ebenso tragen junge Menschen in der Friedensförderung dazu

© UNFPA/Artolution (Jordanien)



„Früher gab es unter der Regierung das Ministerium für Frauen, Familie und Geschlechterfragen. Das Wort ‚Geschlechterfragen' haben sie aus dem Namen gestrichen."

– Stimme aus der SWP-Konsultation



„Wir beobachten Rückschritte seitens der Regierung. Manche sprechen sogar darüber, die Strafbarkeit von Vergewaltigung zu überprüfen.“

– Stimme aus der SWP-Konsultation

© UNFPA/Artoluion (Kenia)

bei, den Umgang mit psychischer Gesundheit zu normalisieren. Sie sprechen offen über den Bedarf an psychosozialer Unterstützung und befassen sich mit den Ursachen und Folgen von Traumata. Gesundheit wird dabei nicht nur als eigenständiges Arbeitsfeld betrachtet, sondern auch als Voraussetzung für Schutz und Gewaltprävention.

Dieser ganzheitliche Ansatz kann wirksamer sein, als einzelne Themen getrennt voneinander zu behandeln. Investitionen in Maßnahmen im Rahmen der YPS-Agenda bringen einen erheblichen Nutzen – nicht nur für die beteiligten jungen Menschen, sondern auch für ihre Gemeinschaften.

Der Einfallsreichtum und die Effizienz junger Führungspersönlichkeiten in Krisengebieten sind weithin anerkannt. So gibt es beispielsweise den Compact for Young People in Humanitarian Action, eine gemeinsame Verpflichtungserklärung zur Einbeziehung junger Menschen in die humanitäre Hilfe. Dieser fordert die Vereinten Nationen, Geber und zivilgesellschaftliche Organisationen dazu auf, jungen Menschen, die sich in der humanitären Hilfe und Friedensförderung engagieren, physischen, rechtlichen, digitalen und psychosozialen Schutz zu gewährleisten.

Obwohl die Bedeutung junger Menschen in diesem Bereich bereits seit einem Jahrzehnt anerkannt ist, werden sie von genau den Institutionen weiterhin an den Rand gedrängt, deren Lücken sie schließen. Dies reicht von lokalen Führungsstrukturen über politische Systeme und zivilgesellschaftliche Organisationen bis hin zu internationalen Gebern.

Das Dilemma junger Menschen

Letztlich stehen junge Menschen, unabhängig davon, wo sie leben, vor einer zunehmend komplexen und unsicheren Welt. Sie können die damit verbundenen Herausforderungen nicht allein bewältigen. Ebenso wenig können sie die Verantwortung für den Umgang mit diesen Herausforderungen und die damit verbundenen Entscheidungen den älteren Generationen überlassen. Dennoch erhalten die anhaltende Unterrepräsentation junger Menschen und die notwendigen Gegenmaßnahmen nicht die nötige Aufmerksamkeit. Dabei geht es hier nicht um ein statistisches Ungleichgewicht, sondern um strukturelle Ausgrenzung.

Viele Führungspersönlichkeiten und Institutionen versuchen, mit vereinzelten Beteiligungsmaßnahmen Abhilfe zu schaffen. Junge Menschen selbst empfinden diese jedoch zunehmend als rein symbolisch, bevormundend und realitätsfern. Bei Veranstaltungen zur YPS-Agenda in verschiedenen Weltregionen wurde als wesentliches Hindernis für die tatsächliche Mitwirkung eine lediglich symbolische Beteiligung junger Menschen benannt.

Stattdessen wünschen sie sich aufeinander abgestimmte Maßnahmen, die verschiedene Sektoren, staatliche Ebenen und nationale Grenzen umfassen und Menschenrechte, Chancengleichheit und Gerechtigkeit ausdrücklich berücksichtigen. Vor allem aber müssen junge Menschen aktiv daran beteiligt werden, wie diese Herausforderungen verstanden, eingeordnet und angegangen werden. Davon hängen die Gesundheit und das Wohlbefinden künftiger Generationen ab.







Dieses Wandbild mit dem Titel „100 Years of Kindness“ in New York City, USA, entstand aus der Frage, wie wir eine bessere, freundlichere Zukunft gestalten können. Die Antwort der Jugendlichen: Es ist eine generationsübergreifende Angelegenheit – jede Generation verpflichtet sich, den Staffelstab an die nächste weiterzugeben.

© UNFPA/Artolution (USA)

Kapitel 5

Von der Konsultation zum Handeln



Angesichts der anhaltenden, miteinander verflochtenen Krisen und einer sich wandelnden Weltordnung, ist die Verantwortung von Regierungen und Institutionen, den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, größer denn je.

Dieses Kapitel basiert auf im März 2026 eigens dafür durchgeführten Konsultationen an denen mehr als 300 junge Menschen aus über 40 Ländern mit unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen teilnahmen. Die Teilnehmenden sind Mitglieder aktiver Jugendnetzwerke und bringen damit das Wissen und die Perspektiven der zahlreichen Gemeinschaften und Organisationen ein, denen sie angehören. Ihre Empfehlungen bauen zudem auf früheren, von jungen Menschen formulierten Handlungsaufrufen, Dialogen und Abschluss-dokumenten auf und stehen mit diesen im Einklang. Sie vereinen somit die Stimmen

Tausender junger Menschen, die sich intensiv mit den betreffenden Themen auseinandergesetzt haben und sich gesellschaftlich engagieren.

Bildung und Arbeitswelt zukunftsfähig gestalten

Jungen Führungspersönlichkeiten ist bewusst, wie wichtig wirtschaftliche Sicherheit auf dem Weg in die Selbstständigkeit ist. Die Cotonou Youth Action Agenda beispielsweise stellt ausdrücklich einen Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Selbstbestimmung und Eigenständigkeit einerseits und hochwertiger Bildung, umfassender Sexualaufklärung, Beschäftigung, Unternehmertum sowie dem Abbau geschlechtsbedingter Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt andererseits her.

Wenn junge Menschen an politischen Diskussionen beteiligt werden, betrachtet man sie jedoch häufig als Arbeitskräfte und Motoren des Wirtschaftswachstums – als eine unberechenbare, aber mächtige Kraft, deren Potenzial es zu nutzen gilt. Aus Sicht junger Menschen ist diese Denkweise grundlegend verkehrt. Sie suchen nach einem Sinn im Leben, nach Partnerschaft und Familie – die schließlich auch im Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) als Grundeinheit der Gesellschaft anerkannt wird. Ihnen ist bewusst, dass die Verwirklichung dieser Ziele weitgehend davon abhängt, ob sie Zugang zu Arbeitsplätzen haben. Dieser wiederum hängt von Bildungs- und Ausbildungsprogrammen ab, die darauf ausgerichtet sind, ihre Selbstständigkeit zu fördern. Wirtschaftliche Sicherheit ist nicht

© UNFPA/Artolution (USA)



„Die Beteiligung auf lokaler Ebene ist häufig zersplittert und wird von lokalen Eliten und Machthabenden dominiert. Dadurch ist eine echte Vertretung der Menschen nicht mehr gewährleistet."

– Stimme aus der SWP-Konsultation

nur ein Mittel, um gesellschaftliches Ansehen und ein angenehmes Leben zu erreichen. Sie spielt auch eine wichtige Rolle bei den Entscheidungen junger Menschen für Partnerschaften und Kinder.

Bildung für die Zukunft

Reformen müssen bei den Bildungssystemen ansetzen, fordern junge Führungspersönlichkeiten. Dabei muss das Ziel sein, gleiche Chancen für marginalisierte Gruppen zu schaffen, darunter Frauen und Mädchen. Bei den Jugendkonsultationen für den Weltbevölkerungsbericht (State of World Population, SWP) betonten die Teilnehmenden, dass die Vermittlung von Fähigkeiten stärker praxisorientiert und zukunftsgerichtet sein müsse. Besonderes Gewicht sollte dabei auf kritischem Denken, Problemlösungskompetenz, digitalen Kompetenzen, Grundlagen der künstlichen Intelligenz (KI), Kreativität und Kommunikationsfähigkeiten liegen. All diese Fähigkeiten gelten als unverzichtbar, um in einer sich wandelnden Weltwirtschaft zurechtzukommen.

Die Teilnehmenden forderten außerdem Reformen beim Übergang von der Bildung ins Berufsleben. Sie wiesen darauf hin, dass die mangelnde Abstimmung zwischen Bildungssystemen und Arbeitsmärkten nicht nur die Beschäftigung junger Menschen erschwere, sondern auch die nationale Produktivität, die Innovationsfähigkeit und die langfristige wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit beeinträchtige. Diese Reformen müssten über die Zuständigkeiten der Bildungs- und Arbeitsministerien hinausgehen und die Privatwirtschaft einbeziehen. Entsprechende Vereinbarungen könnten bezahlte Praktika und/oder betriebliche Ausbildungen ermöglichen. Diese sollten fest in den nationalen Lehrplänen verankert werden, um einen gleichberechtigten Zugang zu praktischen Lernerfahrungen sicherzustellen, von denen sowohl die einzelnen Menschen als auch die Wirtschaft insgesamt profitieren.

„Praktische Berufserfahrung muss verpflichtend werden“, sagte eine teilnehmende Person. „Alle Schüler*innen und Studierenden sollten ihre Ausbildung mit tatsächlicher Berufserfahrung abschließen.“

Auf die Arbeitswelt der Zukunft vorbereiten

Die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen forderten, dass Bildungs- und Beschäftigungssysteme auf die Veränderungen durch KI in allen Fachrichtungen vorbereitet werden müssen. Dahinter steht die Erkenntnis, dass KI in sämtlichen Wirtschaftsbereichen und Berufsfeldern tiefgreifende Veränderungen auslösen kann. Zugleich sprachen sie sich für gezielte Investitionen in Bereiche aus, in denen menschliche Arbeitskraft weiterhin unverzichtbar und nicht ersetzbar ist.

Diese Empfehlungen bauen auf der Cotonou Youth Action Agenda auf und ergänzen sie um neuere Erkenntnisse zu den aktuellen Auswirkungen von KI auf die Arbeitswelt. Ähnliche Forderungen finden sich in einem neuen Bericht des unabhängigen internationalen wissenschaftlichen Gremiums der Vereinten Nationen für künstliche Intelligenz. Darin wird zu gezielten Investitionen in Kompetenzen, Infrastruktur und schützende Institutionen aufgerufen. Ohne solche Investitionen droht KI, bestehende Ungleichheiten zu verschärfen und das Angebot an Arbeitsplätzen zu verringern, die eine faire Bezahlung, Selbstbestimmung bei der Arbeit und eine verlässliche Grundlage für ein Leben in gesellschaftlicher Würde bieten.

Die Teilnehmenden der Konsultationen machten zudem auf die zunehmende Unsicherheit informeller Beschäftigung, von Gig Work und plattformbasierter Arbeit aufmerksam. Sie argumentierten, dass Menschen, die vergleichbare Tätigkeiten wie regulär Beschäftigte ausüben, auch einen gleichwertigen Schutz erhalten sollten. Sie forderten, grundlegende arbeitsrechtliche Schutzmaßnahmen auf diese Beschäftigungsformen auszuweiten. Dazu gehören Mindestlohnregelungen, der Zugang zur Gesundheitsversorgung, Rentensysteme und umfassendere Arbeitnehmer*innenrechte. So soll sichergestellt werden, dass Menschen in Gig Work und

Junge Sozialunternehmer*innen entwickeln innovative Lösungen, um gravierende Lücken in der Gesundheitsversorgung zu schließen

Programme und Förderfonds für soziales Unternehmertum können innovative Menschen dazu motivieren, gesellschaftliche Probleme anzugehen. Gleichzeitig können sie dazu beitragen, die Wirkung der Maßnahmen zu messen und Gewinne wieder in soziale Programme und Projekte für lokale Gemeinschaften zu investieren.

In Simbabwe beispielsweise bringt Soul Canvas Creations durch spielerische Aktivitäten Wissen über psychische Gesundheit in Schulen und Gemeinschaften. In Ruanda stellt Umubyeyi über digitale Plattformen, betriebliche Gesundheitsprogramme und gemeindebasierte Maßnahmen umfassende Informationen zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte für alle Lebensphasen bereit.

Trotz des Potenzials und der Wirkung solcher Programme stehen junge Unternehmer*innen vor großen Hindernissen, wenn sie ihre Unternehmen gründen und langfristig aufrechterhalten wollen. Sie berichten von Schwierigkeiten, Ideen in die Praxis umzusetzen, einem eingeschränkten Zugang zu Technologie, mangelnder institutioneller Unterstützung und einer schleppenden Einführung neuer Lösungen. Häufig müssen sie dabei auf Ansätze zurückgreifen, die sowohl von gewinnorientierten als auch von gemeinnützigen Organisationen genutzt werden.

Es könnten noch mehr solcher Programme entstehen. Dafür müssen junge Sozialunternehmer*innen jedoch als gleichberechtigte Partner*innen in der Entwicklungszusammenarbeit anerkannt werden. Zudem benötigen sie Unterstützung durch Mentoring-, Führungskräfteentwicklungs- und Gründungsförderprogramme sowie Zugang zu Fördermitteln, Startkapital und Innovationswettbewerben. Ein wichtiger erster Schritt besteht darin, junge Menschen an politischen Diskussionen über solche Programme zu beteiligen.

informeller Beschäftigung nicht von den nationalen Systemen der sozialen Sicherung ausgeschlossen bleiben.

Nur wenige Monate nach diesen Konsultationen verabschiedete die Internationale Arbeitskonferenz das weltweit erste internationale Abkommen, das verbindliche Arbeitsstandards für Gig Work fordert. Die jungen Teilnehmenden empfahlen außerdem, plattformbasierte Unternehmen zu verpflichten, sich finanziell an nationalen Sozialschutzfonds zu beteiligen.

Junge Führungspersönlichkeiten sehen auch in der Förderung unternehmerischer Fähigkeiten einen Weg zu größerer wirtschaftlicher Widerstandsfähigkeit und Eigenständigkeit. Spezielle Förderfonds für junge Unternehmer*innen könnten leicht zugängliche Kredite, Mentoring und konkrete Kontakte zu Absatzmärkten bereitstellen, damit aus Geschäftsideen langfristig tragfähige Unternehmen entstehen. Diese Programme sollten besonders auf Inklusion und Zugänglichkeit ausgerichtet sein, insbesondere für junge Menschen, die beim Zugang zu regulärer Beschäftigung auf strukturelle Hindernisse stoßen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Unterstützung nicht auf Schulungen beschränkt bleibt, sondern auch die praktische Umsetzung von Geschäftsideen und die Integration in bestehende Märkte umfasst.

Die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen brachten außerdem Beschäftigungsprogramme mit einer Arbeitsplatzgarantie für junge Menschen ins Gespräch. Dabei könnten kommunale Behörden die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie berufliche Qualifizierungsmaßnahmen und Ausbildungsplätze unterstützen.

Körperliche Selbstbestimmung als Grundlage für ein eigenständiges Leben

Körperliche Selbstbestimmung ist ein grundlegendes Menschenrecht. Dies haben junge Autor*innen und Aktivist*innen in zahlreichen Berichten und Abschlussdokumenten betont. Dennoch bestehen weiterhin große Sorgen hinsichtlich der körperlichen Selbstbestimmung, wie die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen bestätigten. Sie wiesen beispielsweise auf mangelndes Vertrauen bei der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen sowie auf die anhaltend hohe Zahl unsicherer Schwangerschaftsabbrüche unter jungen Frauen in Ländern hin, in denen restriktive Gesetze und Einstellungen zur Sexualität von Frauen vorherrschen.

Die Teilnehmenden der Konsultationen waren sich der engen Zusammenhänge zwischen körperlicher Selbstbestimmung und allen anderen Aspekten des Wohlbefindens und der Eigenständigkeit besonders bewusst. Schließlich ist die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene sexuelle Gesundheit eine Voraussetzung dafür, auch in nahezu allen anderen Lebensbereichen selbstbestimmt entscheiden zu können. Viele betonten, dass geschlechtsbasierte Gewalt die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen einschränke. Gleichzeitig steht die Entwicklung politischer Maßnahmen zum Schutz von Betroffenen am Arbeitsplatz noch ganz am Anfang.

Kostenlose, vertrauliche und jugendgerechte sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung gewährleisten

Junge Menschen fordern seit Langem einen universellen Zugang zu jugendgerechten Angeboten und Informationen im Bereich der

sexuellen und reproduktiven Gesundheit. Dazu gehört auch eine wissenschaftlich fundierte Sexualaufklärung, die dem Alter und den Lebensumständen der jungen Menschen entspricht. Auch die Teilnehmenden der Konsultationen betonten diese Forderung und verwiesen auf die zahlreichen Hindernisse, denen junge Menschen gegenüberstehen, darunter finanzielle und rechtliche Einschränkungen. Zudem unterstrichen sie, wie wichtig eine vertrauliche und jugendgerechte Gesundheitsversorgung sei.

Die Teilnehmenden schlugen vor, dass Gesundheitsämter und Berufsverbände für sämtliches Gesundheitspersonal umfassende Schulungen zu berufsethischen Grundsätzen verpflichtend einführen sollten. Diese sollten durch verbindliche und durchsetzbare Vertraulichkeitsregeln ergänzt werden, einschließlich anonymer Meldemöglichkeiten, über die Patienten*innen Verstöße gegen die Vertraulichkeit sicher melden können.

Diese Empfehlungen greifen die nachdrücklichen Forderungen der Cotonou Youth Action Agenda auf. Darin wird verlangt, im Rahmen einer universellen Gesundheitsversorgung jugendgerechte, zugängliche und sichere Angebote für sexuelle und reproduktive Gesundheit bereitzustellen und sämtliche rechtliche, strukturelle, finanzielle und systemische Hindernisse abzubauen, wie etwa Kosten, die Patient*innen aus eigener Tasche bezahlen müssen.

Geschlechterinklusive Programme verbindlich einführen

Junge Menschen fordern außerdem, Programme zur Geschlechtergleichstellung, zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und zur Bekämpfung geschlechtsbasierter Gewalt neu auszurichten, damit sie den vielfältigen Bedürfnissen unterschiedlicher Geschlechter, Gemeinschaften und Generationen gerecht werden. Männer und Jungen beispielsweise wurden in Programmen zur Geschlechtergleichstellung, bei Angeboten zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und in der umfassenden Sexualaufklärung bislang häufig vernachlässigt. Werden sie einbezogen, haben die vermittelten Botschaften oft wenig Bezug zu ihrer eigenen Lebenswirklichkeit.

Eine stärkere Einbeziehung von Männern und Jungen – nicht nur als Verbündete von Frauen und Mädchen, sondern auch als selbst Betroffene – könnte dazu beitragen, mehr Unterstützung und Investitionen von Menschen in Machtpositionen zu gewinnen. Die Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen ist entscheidend, um einen nachhaltigen Wandel zu erreichen. Langfristig wäre dieser Ansatz auch wirksamer, denn ein nachhaltiger Wandel lässt sich nur erreichen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen werden.

Reproduktive Selbstbestimmung garantieren

Die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen betonten, dass der Druck, Kinder zu bekommen, tatsächlich besteht und je nach Geschlecht unterschiedlich ausgeprägt ist. Insbesondere junge Frauen berichteten von kulturellem, gesellschaftlichem und staatlichem Druck, Kinder zu bekommen. Gleichzeitig erschweren erhebliche wirtschaftliche Belastungen und Anforderungen am Arbeitsplatz es jungen Menschen, die gewünschte Anzahl an Kindern zu bekommen. Rechtliche und institutionelle Maßnahmen bieten ihnen unterdessen keinen ausreichenden Schutz vor damit verbundenen Risiken.

Die Teilnehmenden forderten Maßnahmen gegen strukturelle und gesellschaftliche Normen, die die

reproduktive Selbstbestimmung einschränken. Sie schlugen beispielsweise vor, mit den Arbeits-, Bildungs- und Justizministerien zusammenzuarbeiten, um diskriminierende Praktiken zu verbieten. Außerdem forderten sie, dass Ministerien für Geschlechtergleichstellung und Frauenangelegenheiten gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Medien tief verwurzelte gesellschaftliche Normen hinterfragen sollten, die weiterhin zur Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beitragen – sowohl für Frauen als auch für Männer.

Diese Empfehlungen greifen die Forderung der Cotonou Youth Action Agenda auf, dass politische Führungskräfte geschlechtsbedingte Ungleichheiten bei der Beschäftigung, der Verteilung von Betreuungsaufgaben und der unbezahlten Sorgearbeit angehen sollen. Die Agenda beschreibt ein Bündel von Unterstützungsmaßnahmen, die Eltern und Beschäftigte benötigen, um ihre Familienwünsche nach ihren eigenen Vorstellungen verwirklichen zu können.

Ansätze zur Bekämpfung geschlechtsbasierter Gewalt reformieren

Angesichts der mangelnden Fortschritte bei der Eindämmung geschlechtsbasierter Gewalt weltweit müssen die bisherigen Maßnahmen grundlegend überdacht werden. Die für diesen Bericht konsultierten jungen Menschen forderten, die bestehenden Rahmenkonzepte zur Bekämpfung geschlechtsbasierter Gewalt unverzüglich an den tatsächlichen Erfahrungen der Betroffenen auszurichten.

Die rechtlichen Definitionen sexualisierter Gewalt sollten erweitert werden, um auch Belästigung,

© UNFPA/Artolution (USA)



Nötigung und Machtmissbrauch einzuschließen und über die bisherigen engen Auslegungen hinauszugehen. Die Teilnehmenden forderten außerdem, die Anforderungen an die Beweisführung zu ändern, die Betroffenen nachweislich den Zugang zur Justiz erschweren.

Sie appellierten zudem, psychologische Unterstützungsangebote an Schulen, Hochschulen und Arbeitsplätzen verpflichtend einzuführen. Diese Angebote sollten mit klaren Standards, geschultem Personal und einer kontinuierlichen Überprüfung fest in den jeweiligen Einrichtungen verankert werden. So soll sichergestellt werden, dass sie als zugängliche und wirksame Unterstützungssysteme funktionieren.

Außerdem mahnten die Teilnehmenden, die wirtschaftlichen Folgen geschlechtsbasierter Gewalt stärker in den Blick zu nehmen. Arbeitsministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände könnten beispielsweise Regelungen für eine bezahlte Freistellung von Betroffenen einführen. Dadurch würde sichergestellt, dass Betroffene nicht zwischen wirtschaftlicher Absicherung und ihrer eigenen Sicherheit, ihrer Genesung oder der Durchsetzung ihrer Rechte auf dem Rechtsweg entscheiden müssen.

Politische Teilhabe

Junge Menschen beschrieben politische Entscheidungs- und Verwaltungssysteme durchweg als formal inklusiv, in der Praxis jedoch ausgrenzend. Geprägt seien diese Systeme von politischen Interessen, ungleichen Machtverhältnissen und mangelnder Rechenschaftspflicht. Das gelte selbst dann, wenn sich junge Menschen intensiv in ihren Gemeinschaften engagieren.

Von jungen Menschen geführte Organisationen erbringen wichtige Dienstleistungen, erhalten jedoch zu wenig finanzielle Mittel und werden von politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Selbst Räume, die ausdrücklich für die Beteiligung junger Menschen vorgesehen sind, werden häufig von älteren Personen kontrolliert, die über den Zugang und die Beteiligungsmöglichkeiten entscheiden. Dadurch wird eine echte Mitbestimmung letztendlich eingeschränkt.

Diese Faktoren – mangelnde wirksame Vertretung und fehlende Rechenschaftspflicht – werden als Gründe für den Vertrauensverlust unter jungen Menschen angeführt.

Echte Mitsprache und Entscheidungsbefugnis ermöglichen

Die jungen Teilnehmenden der SWP-Konsultationen forderten politische Führungskräfte auf, über eine rein symbolische Einbeziehung hinauszugehen und eine echte politische Vertretung junger Menschen zu ermöglichen. Dazu könnten Jugendbeiräte, Bürgerhaushalte und die Einbindung junger Menschen in politische Parteien beitragen.

Auch Jugendquoten werden häufig als Instrument empfohlen, um die politische Vertretung junger Menschen zu stärken. Die Interparlamentarische Union (IPU) setzt sich für solche Quoten als Mittel gegen die Unterrepräsentation junger Menschen ein. Sie weist darauf hin, dass derzeit in 16 Parlamentskammern entsprechende Quoten gelten.

Quoten allein reichen jedoch nicht aus. Sie müssen mit Stimmrechten und Entscheidungsbefugnissen verbunden sein. Die Vertretung junger Menschen könnte im Wahlrecht und in

finanziellen Entscheidungsprozessen verankert werden, beispielsweise durch Verfahren, bei denen junge Menschen unmittelbar an der Festlegung von Finanzierungsprioritäten mitwirken.

Entscheidungen an ihren Auswirkungen ausrichten

Die Unterrepräsentation junger Menschen ist beim Klimawandel besonders deutlich spürbar und hat hier womöglich auch die schwerwiegendsten Folgen. Die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen forderten deshalb verbindliche Entscheidungsbefugnisse für junge Menschen, um einem grundlegenden Problem entgegenzuwirken: Entscheidungsträger*innen gehen Risiken ein, deren Folgen sie selbst nicht tragen müssen.

Die Teilnehmenden der Konsultationen forderten die Regierungen auf, einen verbindlichen Mindestanteil von 20 Prozent junger Menschen in den nationalen Delegationen zur Konferenz der Vertragsparteien (COP) festzulegen. Die COP ist das Entscheidungsgremium des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen. Außerdem forderten sie die Regierungen auf, für sämtliche klimapolitischen Maßnahmen vor deren Genehmigung und Umsetzung eine verpflichtende Prüfung der Generationengerechtigkeit einzuführen. Dabei sollen die langfristigen Auswirkungen heutiger oder in naher Zukunft getroffener politischer Entscheidungen auf künftige Generationen bewertet werden. So würden Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als verbindliche Anforderungen in internationalen Rahmenwerken verankert.

Darüber hinaus forderten sie Unterstützungssysteme, die bei klimabedingten Krisen direkt vor Ort und im persönlichen Kontakt Hilfe leisten. Besonders wichtig sei dabei, die Kontinuität der Versorgung, der Bildung und des Schutzes sicherzustellen. Als Beispiel nannten sie einen eigenen Finanzierungsmechanismus, um die unmittelbaren und langfristigen Auswirkungen klimabedingter Verluste und Schäden auf das Leben und die Zukunft junger Menschen zu bewältigen. Damit würde berücksichtigt, dass Klimakatastrophen häufig die Bildungs- und Berufswege junger Menschen unterbrechen und sich möglicherweise ein Leben lang auf sie auswirken.

Die Eigenverantwortung lokaler Gemeinschaften stärken

Die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen betonten, dass die diskutierten Probleme nicht nur junge Menschen beträfen, sondern umfassendere strukturelle Herausforderungen widerspiegelten, die das Wohlbefinden, die Rechte und die Chancen ganzer Gesellschaften prägen. Im Bereich der Entwicklungsfinanzierung wiesen sie darauf hin, dass externe Geber gegenüber den betroffenen Gemeinschaften über unverhältnismäßig viel Macht verfügten. Sie unterstrichen, wie wichtig eine direkte und verlässliche Unterstützung lokaler Gruppen und von jungen Menschen geführter Organisationen sei um die Nachhaltigkeit der Maßnahmen in den Gemeinschaften selbst zu verankern.

Sie empfahlen außerdem, kurzfristige Finanzierungen durch mehrjährige, projektbezogene Finanzierungsmodelle zu ersetzen. Dieser Wandel ist entscheidend, um Kontinuität, die Weiterentwicklung von Organisationen und eine nachhaltige Wirkung zu ermöglichen. Das gilt insbesondere für Initiativen junger Menschen, deren Arbeit häufig durch zerstückelte und zeitlich begrenzte Finanzierungsquellen eingeschränkt wird.

Diese Empfehlungen bauen auf bestehenden Bemühungen auf, die Beteiligung junger Menschen auf höchster Ebene zu stärken. Der Compact for Young People in Humanitarian Action beispielsweise fordert Geber aus der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit auf, von Finanzierungsstrukturen mit zahlreichen zwischengeschalteten Organisationen abzurücken. Stattdessen sollen sie gezielt mehrjährige Fördermittel direkt an Netzwerke vergeben, die von jungen Menschen geleitet werden und in Krisen- und Postkonfliktgebieten tätig sind.

Digitale Rechte und Sicherheit im Internet

Junge Menschen beschreiben digitale Räume sowohl als unverzichtbare Instrumente für gesellschaftliches Engagement als auch als umkämpftes Umfeld, in dem ihre Rechte nur unzureichend oder gar nicht geschützt werden. Die Mehrheit der Teilnehmenden der Konsultationen gab an, das Internet zu nutzen, um sich mit der eigenen Identität auseinanderzusetzen und sich politisch zu organisieren. Dieses Engagement ist jedoch mit erheblichen



© UNFPA/Artolution (Jordanien)

Risiken verbunden: Etwa die Hälfte berichtete von Erfahrungen mit Zensur, Übergriffen oder Überwachung. Insbesondere junge Frauen gaben an, dass ihre politische Teilhabe im Internet häufig untergraben werde.

Die Teilnehmenden wiesen auf erhebliche Defizite bei der Rechenschaftspflicht sowohl der Plattformbetreiber als auch des Staates hin. Onlineplattformen und staatliche Regulierungsbehörden üben außerordentlich großen Einfluss darauf aus, welche Informationen Menschen erhalten, wie sie miteinander interagieren und wie sicher sie im digitalen Raum sind. Dennoch legen weder die Plattformbetreiber noch die staatlichen Behörden transparent dar, welche Ziele sie mit ihren Regulierungsmaßnahmen verfolgen oder welche Beweggründe die Regeln zur Moderation von Inhalten beeinflussen können und tatsächlich beeinflussen.

Plattformen bei geschlechtsbezogener und anderer diskriminierender Belästigung zur Rechenschaft ziehen

Ein weiteres Ergebnis der SWP-Konsultationen war die Forderung nach umgehenden Reformen der staatlichen Regulierung und der Plattformregeln, um der zunehmenden Normalisierung geschlechtsbezogener Belästigung in digitalen Räumen entgegenzuwirken. Sie verlangten verbindliche Vorgaben, nach denen Social Media-Plattformen Verstöße gegen ihre Plattformstandards ausdrücklich definieren und einordnen müssen. Als Voraussetzung dafür müssten nationale Regulierungsbehörden gemeinsam mit Social Media-Unternehmen durchsetzbare Regelwerke schaffen. Diese müssten sicherstellen, dass Konten, über die solche Belästigungen erfolgen, konsequent identifiziert, gemeldet und entfernt werden.

Vor der Überwachung durch Unternehmen und staatliche Stellen schützen

Junge Menschen bestehen darauf, dass notwendige Schutzmaßnahmen gegen digitale Gewalt nicht auf Kosten der Privatsphäre gehen dürfen. Informations- und Kommunikationstechnologien sind wichtige Instrumente für das gesellschaftliche Engagement junger Menschen. In einer kürzlich durchgeführten, von UNFPA unterstützten Umfrage unter mehr als 7.000 jungen Menschen, die sich für Frieden einsetzen, hatte die Mehrheit soziale Medien genutzt, um Aktivitäten in ihren Gemeinschaften zu planen. Mehr als 70 Prozent gaben an, dass soziale Medien und Mobiltelefone zum Frieden beitragen.

Die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen forderten stärkere rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen, um die digitale Privatsphäre zu schützen und Menschen vor übermäßigen Eingriffen durch staatliche Stellen und Unternehmen zu bewahren. Eine zentrale Priorität ist die Einführung strenger Verschlüsselungsstandards, die eine sichere Kommunikation gewährleisten und gleichzeitig invasive Überwachung begrenzen.

Parallel dazu sind die nationalen Datenschutzbehörden und die zuständigen regionalen Regulierungsstellen aufgefordert, die Transparenz und Rechenschaftspflicht beim Umgang mit Daten zu stärken. Dazu gehört, alle digitalen Plattformen zu verpflichten, ihre Vereinbarungen über die Weitergabe von Daten an Regierungen und Dritte vollständig offenzulegen. Außerdem muss ein eindeutiges Verbot durchgesetzt werden, personenbezogene Daten ohne die ausdrückliche, informierte und widerrufbare Einwilligung der Nutzer*innen zu verkaufen oder weiterzugeben.

Desinformation bekämpfen und Meinungsfreiheit schützen

Auch die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen äußerten Bedenken hinsichtlich des Zugangs zu Informationen und der Gefahren durch Fehl- und Desinformation. Sie forderten wirksamere Maßnahmen gegen Desinformation, die sowohl die Meinungsfreiheit als auch die Menschenwürde schützen, insbesondere von marginalisierten Gemeinschaften.

Dazu empfahlen sie, unabhängige, von lokalen Gemeinschaften getragene Mechanismen zur Faktenprüfung einzurichten und dauerhaft zu finanzieren. Dies würde eine gezielte finanzielle und institutionelle Unterstützung der entsprechenden Organisationen erfordern, die von marginalisierten Gemeinschaften geleitet werden und diesen gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Dazu zählen unter anderem LGBTIQ+-Gruppen, ethnische Minderheiten und Geflüchtete.

Digital Natives einbeziehen

Junge Menschen verfügen über die Fähigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen, um sich an der Gestaltung und Regulierung von Technologien zu beteiligen. Vielleicht ist niemand besser als sie selbst in der Lage, dafür zu sorgen, dass Technologien inklusiv und Hierarchien abgebaut werden damit so etwas wie Chancengleichheit entsteht.

Tatsächlich gibt es bereits erste Ansätze, junge Menschen in die Regulierung und Steuerung digitaler Technologien einzubeziehen, etwa das Youth Internet Governance Forum. Während Bildungssysteme Schwierigkeiten hatten, den Umgang mit KI im Unterricht zu regeln, haben sich Jugendliche zusammengeschlossen, um durchdachte Regelungen zu entwickeln. Häufig sind es die politischen, gesetzgebenden Institutionen und Regulierungsbehörden, die erst noch aufholen müssen.

Generationengerechtigkeit und Rechenschaftspflicht

Abschließend betonten die Teilnehmenden die Bedeutung von Generationengerechtigkeit und Rechenschaftspflicht. Generationengerechtigkeit wird wohl am häufigsten im Zusammenhang mit dem Klimawandel thematisiert. Forschende zeigen, dass eine wirksame Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen Investitionen über Generationen hinweg erfordert – und zwar nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch Zeit und Arbeit.

Diese Überlegungen fließen zunehmend in Planungs- und politische Entscheidungsprozesse ein, nicht zuletzt dank des Engagements von Organisationen, die von jungen Menschen geführt werden. Die Teilnehmenden der SWP-Konsultationen forderten, solche Bemühungen auszuweiten. So schlugen sie beispielsweise einen Solidaritätsfonds für junge Menschen vor, der eine umfassendere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen fördern könnte, die sich mit gemeinsamen globalen Herausforderungen befassen.

Außerdem forderten sie Mechanismen zur Rechenschaftspflicht, die ihrer Ansicht nach praktisch nicht existieren. Das Problem liegt aus ihrer Sicht in der Kluft zwischen Ankündigung und Umsetzung: Es werden Versprechen gemacht, ohne dass daraus messbare Konsequenzen folgen.

Die Teilnehmenden schlugen verschiedene Mechanismen vor, um die Rechenschaftspflicht gegenüber den Generationen in nationalen politischen Entscheidungsprozessen sicherzustellen. Dazu gehören gesetzliche Rahmenbedingungen, die eine Beteiligung junger Menschen mit verbindlichen Entscheidungsbefugnissen insbesondere bei jenen Fragen vorschreiben, die langfristige Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Darin sahen sie eine strukturelle Absicherung gegen kurzfristig ausgerichtete politische Entscheidungen. Sie regten außerdem an, internationale Menschenrechtsorganisationen zu ermächtigen, tätig zu werden, wenn staatliche Akteur*innen ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen.

Ein weiterer Vorschlag bestand darin, von jungen Menschen festgelegte Indikatoren in internationale Entwicklungsabkommen aufzunehmen, die sie selbst betreffen. So könnten sie eigenständig Maßstäbe festlegen und deren Einhaltung überprüfen. Die Fortschritte von Regierungen bei politischen Prioritäten für junge Menschen könnten durch Fortschrittsberichte und öffentlich zugängliche Bewertungstabellen stärker kontrolliert werden.

Diese Empfehlungen stehen im Einklang mit bereits laufenden Bemühungen in anderen Jugendforen. Dort bieten sogenannte Schattenberichte ergänzende und alternative Perspektiven zu institutionellen Veröffentlichungen.

Von der Problemanalyse zu konkreten Lösungen

Obwohl junge Menschen als radikal und als Kräfte der Destabilisierung betrachtet werden, setzen sie bei ihren Lösungsvorschlägen immer wieder konsequent darauf, Grenzen zwischen Ländern, Gemeinschaften und Generationen zu überwinden. Kaum ein junger Mensch fordert heute, die Gesellschaft so umzugestalten, dass die Jugend bevorzugt wird. Ebenso wenig wollen sie ältere Führungspersönlichkeiten ausschließen, wie sie selbst ausgeschlossen wurden. Schließlich sind die jungen Menschen von heute die Älteren von morgen.

Die Lösung besteht darin, diese Systeme für eine gemeinsame, kooperative und transparente Neugestaltung zu öffnen, mehr Möglichkeiten für die Beteiligung an inklusiven Entscheidungsprozessen zu schaffen und zusätzliche Wege zu Eigenständigkeit und Selbstbestimmung zu eröffnen. Junge Menschen haben klare und umsetzbare politische Handlungsempfehlungen vorgelegt, verantwortliche Akteur*innen benannt und Mechanismen zur Durchsetzung vorgeschlagen. Immer wieder haben sie ein inklusives, generationenübergreifendes und ganzheitliches Handeln gefordert, das auf der Würde und den Rechten jedes einzelnen Menschen beruht.

Was jetzt noch fehlt, ist der politische Wille, diesen Weg gemeinsam mit ihnen zu gehen – unter ihrer Führung oder Hand in Hand mit ihnen.

Dieser Bericht wurde gemeinsam mit jungen Menschen erarbeitet. Die Frage ist nun, ob die Welt ihnen zuhören wird.



© UNFPA/Artolution (USA)

INDIKATOREN

Überwachung der ICPD Ziele:
Sexuelle und reproduktive Gesundheit **Seite 98**

Überwachung der ICPD Ziele:
Würde und Menschenrechte **Seite 104**

Demografische Indikatoren **Seite 110**

Technische Hinweise und Anmerkungen **Seite 116**

Sexuelle und reproduktive Gesundheit

Regionen

	Mütter-sterblich-keitsrate (MMR) pro 100.000 Lebend-geburten[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), untere Schwellen-werte[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), obere Schwellen-werte[a]	Von Fachpersonal betreute Geburten in %	HIV-Neu-infektionen, pro 1.000 nicht infizierte Personen	Anteil der Frauen (15–49 J.), die Verhütungsmittel anwenden, in %				Ungedeckter Bedarf an Familien-planung bei Frauen (15–49 J.), in %		Gedeckter Verhütungs-bedarf, moderne Methode bei Frauen (15–49 J.), in %	Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren, in %	Allgemeine Gesundheits-versorgung (UHC) Deckungsindex
						Irgendeine Methode		Moderne Methode						
						Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung			
	2023	2023	2023	2025	2024	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2022	2023
Welt	**197**	**174**	**234**	**87**	**0,16**	**49**	**64**	**44**	**58**	**8**	**11**	**77**	**76**	**71**
Stärker entwickelte Regionen	10	9	12	—	0,14	58	71	52	63	7	8	81	87	85
Weniger entwickelte Regionen	215	190	255	—	0,17	47	63	43	57	9	11	77	72	68
Am wenigsten entwickelte Länder	313	277	368	77	0,31	33	43	29	38	15	19	61	71	48
Arabische Staaten	133	98	184	89	0,05	33	53	28	45	10	15	66	65	63
Asien und Pazifik	102	89	120	92	0,07	52	70	47	63	6	9	81	74	73
Lateinamerika und Karibik	77	68	88	96	0,21	58	75	55	71	8	9	83	75	79
Osteuropa und Zentralasien	18	15	22	99	0,11	43	63	35	49	8	12	68	84	78
Ost- und Südliches Afrika	276	233	352	80	0,77	36	44	32	40	15	20	64	72	51
West- und Zentralafrika	669	538	920	65	0,26	23	25	19	22	16	21	50	70	48

Land, Territorium oder Gebiet

	Mütter-sterblich-keitsrate (MMR) pro 100.000 Lebend-geburten[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), untere Schwellen-werte[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), obere Schwellen-werte[a]	Von Fachpersonal betreute Geburten in %	HIV-Neu-infektionen, pro 1.000 nicht infizierte Personen	Anteil der Frauen (15–49 J.), die Verhütungsmittel anwenden, in %				Ungedeckter Bedarf an Familien-planung bei Frauen (15–49 J.), in %		Gedeckter Verhütungs-bedarf, moderne Methode bei Frauen (15–49 J.), in %	Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren, in %	Allgemeine Gesundheits-versorgung (UHC) Deckungsindex
						Irgendeine Methode		Moderne Methode						
						Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung			
	2023	2023	2023	2025	2024	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2022	2023
Afghanistan	521	339	942	68	0,04	21	31	19	27	15	23	52	56	42
Ägypten	17	11	23	97	0,05	42	63	40	61	8	11	81	—	71
Albanien	7	3	13	100	0,04	47	64	21	27	10	13	37	79	71
Algerien	62	46	87	99	0,06	32	60	28	52	6	11	72	—	70
Angola	183	117	286	50	0,55	18	19	17	18	26	34	39	62	44
Antigua und Barbuda	35	19	55	99	—	41	62	39	60	10	13	76	—	81
Äquatorialguinea	174	103	309	68	—	19	20	17	16	22	30	40	—	49
Argentinien	33	26	41	99	0,11	58	71	57	68	10	11	83	92	80
Armenien	19	15	30	100	0,21	37	61	21	34	7	12	47	87	69
Aruba	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aserbaidschan	18	12	29	100	0,04	34	58	16	26	8	13	37	—	67
Äthiopien	195	128	332	50	0,07	29	40	29	39	15	21	65	73	33
Australien	2	2	3	99	—	58	67	56	64	7	10	86	—	89
Bahamas	76	50	130	100	0,13	45	66	43	64	10	12	78	—	80
Bahrain	17	12	25	99	0,04	37	63	27	45	7	12	61	73	78
Bangladesch	115	82	167	70	0,01	54	65	47	57	8	10	75	—	54
Barbados	35	18	56	99	0,35	51	63	47	60	12	14	75	44	82
Belarus	1	1	2	100	—	52	62	45	54	10	11	73	83	80
Belgien	4	3	5	—	0,04	61	67	60	66	6	8	91	—	86
Belize	67	39	111	95	0,47	44	58	41	55	13	17	72	43	70
Benin	518	393	740	81	0,09	20	24	17	19	21	29	40	91	38
Bhutan	47	30	69	99	0,11	41	62	39	61	8	12	82	83	69
Bolivien	146	98	243	98	0,16	45	69	35	52	10	15	63	94	67
Bosnien und Herzegowina	6	3	10	100	—	39	51	21	24	9	13	44	70	64
Botswana	155	96	268	100	1,83	59	71	57	70	8	10	87	64	60
Brasilien	67	52	88	98	0,27	67	80	65	78	6	7	90	—	84

Sexuelle und reproduktive Gesundheit

	Mütter-sterblich-keitsrate (MMR) pro 100.000 Lebend-geburten[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), untere Schwellen-werte[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), obere Schwellen-werte[a]	Von Fachpersonal betreute Geburten in %	HIV-Neu-infektionen, pro 1.000 nicht infizierte Personen	Anteil der Frauen (15–49 J.), die Verhütungsmittel anwenden, in %				Ungedeckter Bedarf an Familien-planung bei Frauen (15–49 J.), in %		Gedeckter Verhütungs-bedarf, moderne Methode bei Frauen (15–49 J.), in %	Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren, in %	Allgemeine Gesundheits-versorgung (UHC) Deckungsindex
						Irgendeine Methode		Moderne Methode						
						Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung			
	2023	2023	2023	2025	2024	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2022	2023
Brunei Darussalam	36	25	52	100	—	—	—	—	—	—	—	—	41	84
Bulgarien	6	3	9	94	0,03	66	80	52	61	5	7	74	62	73
Burkina Faso	242	155	367	96	0,13	33	38	31	36	13	16	68	81	47
Burundi	392	251	611	75	0,10	22	36	19	32	15	26	53	65	48
Cabo Verde	40	22	65	98	0,41	45	60	44	59	11	15	78	84	71
Chile	10	7	13	99	0,20	66	78	61	72	6	8	86	—	84
China	16	11	21	100	—	67	85	65	83	3	3	92	—	85
China, Hong Kong	—	—	—	—	—	50	71	48	68	7	9	84	—	—
China, Macao	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Costa Rica	24	19	28	99	0,23	55	74	53	72	9	10	84	84	84
Côte d'Ivoire	359	237	568	84	0,27	30	30	26	26	17	21	55	64	46
Curaçao	—	—	—	—	—	40	47	37	44	15	20	68	—	—
Dänemark	4	3	5	97	0,01	63	77	59	73	5	6	87	87	85
Deutschland	4	3	5	96	0,03	55	68	54	67	6	9	88	87	87
Dominica	36	22	61	100	—	48	63	46	61	11	13	78	—	75
Dominikanische Republik	124	86	185	100	0,36	57	73	54	70	8	10	84	—	73
Dschibuti	162	80	337	87	0,37	17	33	16	32	12	24	55	—	47
Ecuador	55	48	66	97	0,10	54	80	50	73	7	6	82	92	78
El Salvador	39	25	63	98	0,15	52	74	49	69	8	10	82	92	79
Eritrea	291	176	483	34	0,10	10	16	9	15	16	28	36	—	40
Estland	5	3	9	100	0,04	63	75	52	63	5	6	77	98	79
Eswatini	118	72	209	93	4,15	47	63	46	61	12	16	79	98	72
Fidschi	30	20	47	100	1,45	26	39	23	34	15	22	55	—	69
Finnland	8	5	14	100	—	79	82	74	78	3	5	91	98	86
Frankreich	7	6	10	98	—	67	78	64	75	4	4	91	—	82
Französisch-Guayana	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Französisch-Polynesien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gabun	233	134	424	95	0,67	26	28	20	20	20	28	44	58	48
Gambia	354	245	504	84	0,41	15	23	15	21	15	24	47	—	53
Georgien	20	13	27	100	0,15	32	49	24	36	12	17	54	94	71
Ghana	234	155	344	88	0,47	31	38	24	31	14	22	54	66	56
Grenada	48	29	95	100	—	46	65	42	60	10	12	76	—	78
Griechenland	5	3	8	100	0,05	50	74	37	53	4	7	69	72	77
Großbritannien und Nordirland	8	6	12	—	—	71	76	65	69	4	7	86	96	88
Guadeloupe	—	—	—	—	—	40	58	36	52	11	15	72	—	—
Guam	—	—	—	—	—	37	66	33	56	7	10	75	—	—
Guatemala	94	82	106	96	0,08	43	65	37	55	8	12	72	—	58
Guinea	494	337	764	55	0,32	16	16	15	15	18	23	44	79	43
Guinea-Bissau	505	313	851	54	0,41	34	26	32	25	15	19	65	80	43
Guyana	75	59	103	98	0,69	30	40	29	39	19	27	59	87	73
Haiti	328	218	569	76	0,50	31	41	28	38	22	31	53	65	44
Honduras	47	37	62	94	0,04	50	73	47	67	8	10	80	80	64
Indien	80	73	87	89	0,05	51	68	45	59	6	9	78	74	69
Indonesien	140	93	235	97	0,09	39	55	38	54	10	14	78	77	67
Irak	66	41	116	96	0,02	39	58	28	42	8	12	60	59	64
Iran	16	10	22	99	0,02	57	82	46	66	3	4	77	63	81

Sexuelle und reproduktive Gesundheit

	Mütter-sterblich-keitsrate (MMR) pro 100.000 Lebend-geburten[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80%), untere Schwellen-werte[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80%), obere Schwellen-werte[a]	Von Fachpersonal betreute Geburten in %	HIV-Neu-infektionen, pro 1.000 nicht infizierte Personen	Anteil der Frauen (15–49 J.), die Verhütungsmittel anwenden, in %				Ungedeckter Bedarf an Familien-planung bei Frauen (15–49 J.), in %		Gedeckter Verhütungs-bedarf, moderne Methode bei Frauen (15–49 J.), in %	Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren, in %	Allgemeine Gesundheits-versorgung (UHC) Deckungsindex
						Irgendeine Methode		Moderne Methode						
						Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung			
	2023	2023	2023	2025	2024	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2022	2023
Irland	4	3	5	100	0,03	65	70	63	67	5	9	89	—	82
Island	3	1	6	98	0,05	—	—	—	—	—	—	—	—	90
Israel	2	1	4	100	—	39	73	31	57	5	8	70	—	85
Italien	6	5	9	100	0,07	59	67	49	53	5	9	77	—	82
Jamaika	130	96	175	99	0,40	37	66	34	61	9	10	74	76	74
Japan	3	2	4	100	—	51	60	46	52	9	14	77	85	86
Jemen	118	71	212	61	0,04	32	48	24	36	13	21	53	65	43
Jordanien	31	24	41	100	0,00	33	60	23	41	6	11	58	56	74
Jungferninseln (USA)	—	—	—	—	—	53	75	49	70	8	8	81	—	—
Kambodscha	137	96	239	99	0,07	44	64	33	47	8	11	63	98	62
Kamerun	258	196	359	69	0,46	25	26	21	20	15	21	52	—	48
Kanada	12	8	18	98	—	73	82	70	80	3	4	92	—	92
Kasachstan	10	7	14	100	0,11	43	55	41	52	10	14	77	65	83
Katar	4	2	6	100	0,05	33	51	28	43	9	14	66	71	84
Kenia	379	267	547	89	0,37	47	65	44	61	6	9	82	48	57
Kirgisistan	42	33	55	100	0,13	26	44	25	41	10	17	68	73	74
Kiribati	80	34	152	92	—	24	33	20	27	16	22	50	—	51
Kolumbien	59	45	76	98	—	64	82	60	77	5	6	87	96	82
Komoren	179	103	308	97	0,01	13	18	10	14	22	32	29	—	52
Kongo	241	144	453	94	1,70	43	46	31	31	14	18	56	55	45
Kongo, Dem. Rep.	427	283	775	85	0,21	27	31	18	18	19	25	38	—	41
Korea	4	3	5	100	—	51	83	45	71	4	6	82	—	88
Korea, Dem. Volksrep.	67	38	114	100	—	62	75	59	72	7	8	86	83	77
Kroatien	3	2	4	100	0,01	46	71	33	48	4	8	67	98	76
Kuba	35	29	42	100	0,17	63	62	62	61	10	13	84	—	86
Kuwait	8	5	12	100	—	36	61	30	50	8	13	68	—	84
Laos	112	75	182	80	0,16	40	62	36	56	9	13	73	96	64
Lesotho	478	298	725	89	1,94	50	68	49	67	9	13	84	—	55
Lettland	19	13	28	99	0,09	58	72	52	63	6	9	81	70	77
Libanon	15	11	21	98	—	32	62	25	47	6	12	64	—	67
Liberia	628	436	913	84	—	29	30	28	29	24	30	53	—	49
Libyen	59	23	154	100	0,06	16	42	11	28	10	24	43	—	71
Litauen	8	5	12	100	0,06	47	71	39	58	6	8	74	87	78
Luxemburg	12	7	19	100	0,07	—	—	—	—	—	—	—	—	83
Madagaskar	445	326	652	46	0,51	42	53	37	47	12	14	69	—	33
Malawi	225	153	352	96	0,58	50	67	49	66	12	13	80	79	52
Malaysia	26	24	34	100	0,08	31	51	23	38	11	19	55	83	80
Malediven	32	22	50	100	0,01	18	26	14	20	20	28	38	93	71
Mali	367	268	498	66	0,17	21	23	20	22	20	23	49	—	41
Malta	8	4	14	100	0,09	54	80	43	63	3	5	76	—	82
Marokko	70	51	94	87	0,03	41	71	35	62	7	10	75	—	65
Martinique	—	—	—	—	—	40	60	37	54	10	14	73	—	—
Mauretanien	381	263	561	70	0,04	12	17	11	16	20	30	35	65	40
Mauritius	66	44	105	100	—	37	67	26	47	7	9	60	75	75
Mexiko	42	32	50	88	0,16	53	73	51	70	9	10	82	86	79
Mikronesien	129	56	302	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65

Sexuelle und reproduktive Gesundheit

	Mütter-sterblich-keitsrate (MMR) pro 100.000 Lebend-geburten[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), untere Schwellen-werte[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), obere Schwellen-werte[a]	Von Fachpersonal betreute Geburten in %	HIV-Neu-infektionen, pro 1.000 nicht infizierte Personen	Anteil der Frauen (15–49 J.), die Verhütungsmittel anwenden, in %				Ungedeckter Bedarf an Familien-planung bei Frauen (15–49 J.), in %		Gedeckter Verhütungs-bedarf, moderne Methode bei Frauen (15–49 J.), in %	Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren, in %	Allgemeine Gesundheits-versorgung (UHC) Deckungsindex
						Irgendeine Methode		Moderne Methode						
						Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung			
	2023	2023	2023	2025	2024	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2022	2023
Moldau, Rep.	19	13	27	100	0,24	48	59	39	47	12	15	66	—	71
Mongolei	41	27	58	100	0,01	41	59	38	53	12	15	71	—	70
Montenegro	6	3	10	99	0,05	23	28	17	17	14	21	45	52	70
Mosambik	82	60	113	68	2,87	29	30	28	29	21	25	56	—	50
Myanmar	185	124	311	60	0,20	35	60	34	58	8	13	80	91	52
Namibia	139	91	223	96	1,56	54	62	53	62	10	14	84	88	66
Nepal	142	99	234	80	0,02	44	57	36	47	15	20	62	48	58
Neukaledonien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuseeland	7	4	9	96	0,01	64	81	60	75	4	5	88	95	89
Nicaragua[1]	60	45	77	97	—	59	82	57	79	5	6	89	75	70
Niederlande	4	3	6	—	—	63	73	60	70	5	7	88	100	85
Niger	350	227	563	44	0,04	13	15	12	15	16	20	42	—	39
Nigeria	993	718	1,540	46	0,21	21	24	17	19	15	19	47	—	47
Nordmazedonien	3	1	5	100	0,03	44	55	23	23	9	13	42	—	69
Norwegen	1	1	2	99	—	67	85	63	80	3	4	89	100	89
Oman	13	9	19	100	0,02	22	40	16	28	13	24	45	70	73
Österreich	6	4	11	99	—	66	73	63	70	5	7	89	—	84
Pakistan	155	107	241	68	—	28	42	21	33	10	16	56	69	56
Palästina[2]	16	9	26	100	—	40	62	30	47	7	10	65	68	65
Panama	37	30	43	96	0,33	48	61	45	57	13	17	75	72	82
Papua-Neuguinea	189	119	307	56	1,05	29	40	24	33	17	24	52	—	32
Paraguay	58	42	81	98	0,18	59	73	55	68	8	8	83	76	79
Peru	51	40	62	94	0,19	54	78	43	60	5	7	72	85	68
Philippinen	84	64	119	90	0,27	35	60	26	44	7	12	61	80	69
Polen	2	1	3	100	—	54	74	45	59	6	8	74	89	82
Portugal	15	9	24	99	0,08	58	74	50	63	4	7	81	95	83
Puerto Rico	11	7	19	100	—	52	82	47	74	7	5	80	—	—
Réunion	—	—	—	—	—	51	72	50	70	8	8	84	—	—
Ruanda	229	158	373	94	0,18	40	67	37	62	9	12	76	82	59
Rumänien	12	7	18	98	0,02	53	71	45	59	6	8	77	98	77
Russland	9	6	15	100	—	49	68	43	58	7	9	76	70	81
Salomonen	123	65	231	86	—	24	33	20	27	14	18	54	—	47
Sambia	85	61	126	94	1,55	39	56	37	53	14	17	70	91	62
Samoa	101	46	233	89	—	14	22	13	21	26	41	33	22	62
San Marino	8	3	16	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	74
Sao Tome and Principe	75	42	138	97	—	39	52	36	48	19	24	63	46	60
Saudi-Arabien	7	5	11	100	0,04	23	42	19	35	11	20	56	—	83
Schweden	4	3	6	—	—	59	71	56	68	6	8	87	100	85
Schweiz	5	4	8	—	0,03	73	73	68	68	4	7	89	94	87
Senegal	237	173	365	94	0,16	21	29	20	28	13	19	59	75	48
Serbien	11	8	16	100	0,03	47	59	30	31	6	11	57	99	73
Seychellen	42	26	64	100	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80
Sierra Leone	354	249	537	87	0,28	30	29	29	29	19	23	60	65	48
Simbabwe	358	236	484	85	0,91	51	70	50	69	8	9	86	73	59
Singapur	6	4	11	100	—	34	68	30	60	5	10	78	46	88
Sint Maarten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Überwachung der ICPD Ziele

Sexuelle und reproduktive Gesundheit

	Mütter-sterblich-keitsrate (MMR) pro 100.000 Lebend-geburten[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), untere Schwellen-werte[a]	MMR Unsicher-heitsspanne (Unsicher-heitsintervall 80 %), obere Schwellen-werte[a]	Von Fachpersonal betreute Geburten in %	HIV-Neu-infektionen, pro 1.000 nicht infizierte Personen	Anteil der Frauen (15–49 J.), die Verhütungsmittel anwenden, in %				Ungedeckter Bedarf an Familien-planung bei Frauen (15–49 J.), in %		Gedeckter Verhütungs-bedarf, moderne Methode bei Frauen (15–49 J.), in %	Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren, in %	Allgemeine Gesundheits-versorgung (UHC) Deckungsindex
						Irgendeine Methode		Moderne Methode						
						Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung	Alle	Verhei-ratet/in Beziehung			
	2023	2023	2023	2025	2024	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2022	2023
Slowakei	4	3	7	97	0,02	55	79	48	67	5	6	80	86	78
Slowenien	3	2	6	100	0,01	49	80	41	67	3	5	80	—	84
Somalia	563	244	1,089	32	—	8	11	3	3	17	26	11	—	30
Spanien	3	2	4	100	0,07	64	68	62	67	5	11	89	—	84
Sri Lanka	18	15	25	100	0,02	46	69	38	56	5	7	74	86	72
St. Kitts and Nevis	74	36	118	99	—	48	60	45	56	12	14	75	—	80
St. Lucia	44	26	77	100	—	49	61	46	57	12	14	76	33	75
St. Vincent und die Grenadinen	56	32	87	99	—	48	66	46	63	10	12	79	81	80
Südafrika	118	92	137	97	3,06	52	60	51	59	10	13	83	95	74
Sudan	256	159	415	78	0,14	12	18	11	17	17	27	38	57	48
Südsudan	692	400	1,254	40	0,50	7	9	7	9	22	29	23	16	41
Suriname	84	54	121	100	0,73	36	49	35	49	14	21	71	—	74
Syrien	20	11	38	96	0,00	35	63	27	47	7	12	63	81	70
Tadschikistan	14	8	25	98	0,03	24	35	22	32	14	21	58	—	72
Tansania	276	192	429	85	0,64	33	41	28	35	15	20	58	—	49
Thailand	34	26	49	100	0,11	41	76	39	74	4	7	89	—	82
Timor-Leste	192	125	288	69	0,11	21	37	19	33	12	22	57	—	48
Togo	349	219	526	69	0,37	26	30	24	27	21	28	51	—	42
Tonga	67	30	156	98	—	18	34	16	29	13	25	51	—	71
Trinidad and Tobago	54	40	69	100	—	32	42	26	37	16	22	54	27	75
Tschad	748	493	1,248	47	0,21	8	9	8	8	19	25	27	59	26
Tschechien	3	2	4	100	—	63	84	57	76	4	4	84	79	83
Tunesien	36	23	53	98	0,06	31	57	27	50	8	14	70	—	76
Türkei	15	11	22	97	—	43	72	30	50	6	9	63	78	77
Turkmenistan	5	2	8	100	—	36	54	34	51	8	12	77	94	81
Turks- und Caicosinseln	—	—	—	100	—	38	40	36	39	18	22	65	—	—
Tuvalu	170	75	409	100	—	20	27	18	24	19	27	46	—	65
Uganda	170	116	298	88	0,79	42	53	37	47	15	20	66	—	54
Ukraine	15	9	25	100	—	53	69	45	56	6	9	76	95	80
Ungarn	12	8	18	99	0,02	50	70	46	63	7	9	80	93	80
Uruguay	15	11	20	100	—	58	79	55	77	6	7	87	97	85
USA	17	13	21	99	—	61	76	53	67	5	6	80	—	88
Usbekistan	26	18	40	99	—	47	63	45	60	8	11	82	92	79
Vanuatu	100	38	265	91	—	38	49	33	42	15	19	62	—	52
Venezuela[3]	227	148	371	99	0,29	54	76	51	72	7	9	83	—	75
Vereinigte Arabische Emirate	3	2	4	100	0,01	38	54	30	43	11	16	62	—	84
Vietnam	48	31	69	98	0,06	58	79	48	66	4	5	79	54	71
Westsahara	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zentralafrikanische Republik	692	333	1,299	—	0,61	22	25	18	20	21	25	41	77	39
Zypern	14	8	25	100	—	—	—	—	—	—	—	—	72	76

Anmerkungen

– Keine Daten verfügbar

a Die MMR wurde nach folgendem Schema gerundet: <100, gerundet auf die nächste 1; 100-999, gerundet auf die nächste 1; und ≥1000, gerundet auf die nächste 10.

1 Die Regierung Nicaraguas berichtet über eine Stärkung ihrer Gesundheitsversorgung im Bereich der Mütter- und Neugeborenengesundheit sowie einen kontinuierlichen Rückgang der Müttersterblichkeitsrate (MMR). Für das Jahr 2025 veröffentlichte sie offiziell eine Rate von 16 Todesfällen je 100.000 Lebendgeburten. www.minsa.gob.ni/centro-de-medios/noticias/salud-materna-en-revolucion, abgerufen am 22. September 2026.

2 Am 29. November 2012 hat die UN-Generalversammlung die Resolution 67/19 erlassen, die Palästina den Status eines „beobachtenden Nicht-Mitgliedstaats in den Vereinten Nationen“ verleiht.

3 Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela berichtet von Erfolgen bei der schrittweisen Senkung der Müttersterblichkeit durch ein historisches und systematisch angelegtes Engagement, bei dem seit 2016 der Ausbau des Zugangs zu Verhütungsmitteln und die Stärkung der Kompetenzen des Gesundheitspersonals im Mittelpunkt stehen. Im Jahr 2018 wurde die Strategie für koordinierte Maßnahmen zur Senkung der Mütter- und Neugeborenensterblichkeit ins Leben gerufen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Steuerung und Koordination, den Versorgungspfad für Mütter sowie die Bereitstellung von Versorgungsgütern miteinander verbindet. Für das Jahr 2025 meldete die Behörde für epidemiologische Überwachung von Müttern und Kindern (Vigilancia Epidemiológica Materna e Infantil) eine vorläufige Müttersterblichkeitsrate von 60,72 Todesfällen je 100.000 Lebendgeburten. Diese Zahl muss noch durch eine Prüfung bestätigt werden.

Definitionen

Müttersterblichkeitsrate (MMR): Anzahl der schwangerschaftsbedingten Todesfälle von Frauen pro 100.000 Lebendgeburten (SDG Indikator 3.1.1).

Von Fachpersonal betreute Geburten: Prozentsatz an Geburten, die von geschultem medizinischem Personal (Ärzt*innen, Krankenpfleger*innen oder Hebammen) durchgeführt werden (SDG Indikator 3.1.2).

Anzahl der HIV-Neuinfektionen, alle Altersgruppen, pro 1.000 nicht infizierte Personen: Anzahl der HIV-Neuinfektionen pro 1.000 Personen in der nicht-infizierten Bevölkerung pro Jahr (SDG-Indikator 3.3.1).

Anteil der Frauen, die Verhütungsmittel anwenden: Prozentualer Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die gegenwärtig irgendeine Methode der Empfängnisverhütung verwenden.

Anteil der Frauen, die Verhütungsmittel anwenden, moderne Methode: Prozentualer Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die moderne Methoden zur Empfängnisverhütung verwenden.

Ungedeckter Bedarf an Familienplanung bei Frauen: Prozentualer Anteil der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren, die eine Schwangerschaft hinauszögern oder verhindern wollen, aber keine Verhütungsmethode anwenden.

Gedeckter Verhütungsbedarf bei Frauen, moderne Methode: Anteil des durch moderne Verhütungsmethoden gedeckten Bedarfs am Gesamtbedarf an Familienplanung bei verheirateten oder in einer festen Partnerschaft liierten Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren (SDG Indikator 3.7.1).

Gesetze und Vorschriften, die Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren: Der Umfang, in dem Länder über nationale Gesetze und Vorschriften verfügen, die Frauen und Männern ab 15 Jahren einen uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung gewährleisten (SDG Indikator 5.6.2).

Allgemeine Gesundheitsversorgung (UHC), Deckungsindex: Durchschnittliche Abdeckung von grundlegenden Dienstleistungen auf der Grundlage von Tracer-Interventionen, die die Bereiche reproduktive Gesundheit, Gesundheit von Müttern, Neugeborenen und Kindern, Infektionskrankheiten, nicht übertragbare Krankheiten sowie Dienstleistungskapazitäten und -zugang für die allgemeine und die am meisten benachteiligte Bevölkerung umfassen (SDG-Indikator 3.8.1).

Quellen

Müttersterblichkeitsrate (MMR): United Nations Maternal Mortality Estimation Inter-Agency Group (WHO, UNICEF, UNFPA, die Weltbank und die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen), 2025.

Von Fachpersonal betreute Geburten: Gemeinsame globale Datenbank zu betreuten Geburten 2025, Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und Weltgesundheitsorganisation (WHO). Regional aggregierte Daten wurden von UNFPA auf Grundlage der gemeinsamen globalen Datenbank berechnet.

Anzahl der HIV-Neuinfektionen, alle Altersgruppen, pro 1.000 nicht infizierte Personen: UNAIDS HIV Schätzungen 2024.

Anteil der Frauen, die Verhütungsmittel anwenden: Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2025.

Anteil der Frauen, die Verhütungsmittel anwenden, moderne Methode: Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2025.

Ungedeckter Bedarf an Familienplanung bei Frauen: Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2025.

Gedeckter Verhütungsbedarf bei Frauen, moderne Methode: Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2025.

Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung, Information und Bildung garantieren: UNFPA, 2022.

Allgemeine Gesundheitsversorgung (UHC), Deckungsindex: WHO, 2026.

Hinweis: Die in den Datenquellen angegebenen Jahreszahlen beziehen sich auf das Jahr der Veröffentlichung und können von den Bezugsjahren der in den Tabellen dargestellten Indikatoren abweichen.

Würde und Menschenrechte

Regionen

	Geburten bei Jugendlichen pro 1.000 Frauen im Alter 15–19 Jahre	Ehen von unter 18-Jährigen, in %	Von weibl. Genitalverstümmelung betroffene Frauen (15–49 J.), in %	Partnergewalt in den letzten 12 Monaten, in %	Entscheidungsmacht sexuelle u. reproduktive Gesundheit u. reproduktive Rechte, in %	Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung, in %	Entscheidungsmacht über Verhütung, in %	Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr, in %	Nettoeinschulungsrate in der unteren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, untere Sekundarstufe	Nettoeinschulungsrate in der höheren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, höhere Sekundarstufe
	2026	2025	2024	2023	2024	2024	2024	2024	2023	2023	2023	2023
Welt	**37**	**18**	**—**	**14**	**56**	**75**	**88**	**75**	**84,35**	**0,99**	**67,14**	**0,99**
Stärker entwickelte Regionen	8	—	—	—	87	98	96	92	—	—	—	—
Weniger entwickelte Regionen	41	—	—	—	56	74	88	75	—	—	—	—
Am wenigsten entwickelte Länder	87	35	—	20	46	68	86	68	—	—	—	—
Arabische Staaten	44	17	72	17	58	92	91	67	—	—	—	—
Asien und Pazifik	19	18	—	15	63	79	91	81	—	—	—	—
Lateinamerika und Karibik	48	18	—	7	72	86	91	90	—	—	—	—
Osteuropa und Zentralasien	18	10	—	11	70	89	91	81	—	—	—	—
Ost- und Südliches Afrika	90	29	—	20	48	76	88	67	—	—	—	—
West- und Zentralafrika	89	33	27	17	26	44	80	55	—	—	—	—

Land, Territorium oder Gebiet

	Geburten bei Jugendlichen pro 1.000 Frauen im Alter 15–19 Jahre	Ehen von unter 18-Jährigen, in %	Von weibl. Genitalverstümmelung betroffene Frauen (15–49 J.), in %	Partnergewalt in den letzten 12 Monaten, in %	Entscheidungsmacht sexuelle u. reproduktive Gesundheit u. reproduktive Rechte, in %	Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung, in %	Entscheidungsmacht über Verhütung, in %	Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr, in %	Nettoeinschulungsrate in der unteren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, untere Sekundarstufe	Nettoeinschulungsrate in der höheren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, höhere Sekundarstufe
	2026	2025	2024	2023	2024	2024	2024	2024	2023	2023	2023	2023
Afghanistan	62	29	—	39,7	—	—	—	—	—	—	45	0,55
Ägypten	37	16	87	17,2	—	—	—	—	93	1,01	70	0,96
Albanien	10	12	—	2,3	62	92	83	77	95	0,93	99	0,99
Algerien	11	4	—	—	—	—	—	—	22	0,99	80	1,11
Angola	163	23	—	21,9	43	79	73	65	78	0,97	49	0,90
Antigua und Barbuda	33	—	—	—	—	—	—	—	99	—	91	0,99
Äquatorialguinea	176	30	—	37,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Argentinien	26	16	—	10,6	92	98	95	99	99	—	93	1,07
Armenien	11	5	—	3,6	62	96	83	76	97	0,98	88	1,04
Aruba	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aserbaidschan	37	15	—	6,9	—	—	—	—	92	0,99	78	0,96
Äthiopien	72	40	65	20,1	38	82	91	46	45	1,03	27	1,03
Australien	7	—	—	1,8	—	—	—	—	98	1,00	94	1,04
Bahamas	28	—	—	4,2	—	—	—	—	84	1,02	79	1,03
Bahrain	7	—	—	—	87	93	92	79	97	1,02	98	1,01
Bangladesch	71	47	—	15,7	64	77	94	86	76	1,24	72	1,06
Barbados	48	29	—	—	—	—	—	—	98	0,99	93	1,07
Belarus	12	5	—	5,6	—	—	—	—	96	1,00	95	1,03
Belgien	4	0	—	5,3	—	—	—	—	98	1,00	98	1,00
Belize	52	34	—	8,2	—	—	—	—	93	1,02	63	1,09
Benin	77	28	9	9,5	32	52	66	59	53	0,91	32	0,79
Bhutan	6	9	—	5,9	—	—	—	—	90	1,16	79	1,20
Bolivien	71	15	—	15,2	—	—	—	—	92	0,99	81	1,01
Bosnien und Herzegowina	9	4	—	3,2	—	—	—	—	98	1,02	77	1,08
Botswana	48	—	—	16,7	—	—	—	—	91	1,01	69	1,07
Brasilien	40	26	—	2,4	—	—	—	—	96	0,99	92	1,01

Würde und Menschenrechte

	Geburten bei Jugendlichen pro 1.000 Frauen im Alter 15–19 Jahre	Ehen von unter 18-Jährigen, in %	Von weibl. Genitalverstümmelung betroffene Frauen (15–49 J.), in %	Partnergewalt in den letzten 12 Monaten, in %	Entscheidungsmacht sexuelle u. reproduktive Gesundheit u. reproduktive Rechte, in %	Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung, in %	Entscheidungsmacht über Verhütung, in %	Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr, in %	Nettoeinschulungsrate in der unteren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, untere Sekundarstufe	Nettoeinschulungsrate in der höheren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, höhere Sekundarstufe
	2026	2025	2024	2023	2024	2024	2024	2024	2023	2023	2023	2023
Brunei Darussalam	9	—	—	—	—	—	—	—	97	1,02	74	1,04
Bulgarien	37	—	—	3,7	—	—	—	—	93	1,00	88	0,97
Burkina Faso	93	51	56	10,2	12	33	56	41	41	1,17	24	1,21
Burundi	58	19	—	25,3	40	72	88	60	63	1,07	29	1,15
Cabo Verde	50	8	—	13,9	—	—	—	—	34	1,67	83	1,10
Chile	6	0	—	3,9	—	—	—	—	99	0,99	99	0,99
China	6	3	—	10,6	—	—	—	—	—	—	—	—
China, Hong Kong	1	—	—	2,2	84	96	88	98	99	0,97	99	0,98
China, Macao	0	—	—	—	—	—	—	—	92	1,00	90	1,02
Costa Rica	25	17	—	5,7	—	—	—	—	92	1,00	89	1,02
Côte d'Ivoire	96	26	37	12,7	19	43	53	47	69	1,04	52	1,02
Curaçao	20	—	—	—	—	—	—	—	77	1,04	64	1,08
Dänemark	1	1	—	2,9	95	99	97	99	99	1,00	91	1,01
Deutschland	6	—	—	4,7	—	—	—	—	100	1,01	89	1,00
Dominica	49	—	—	—	—	—	—	—	93	0,90	89	0,97
Dominikanische Republik	77	32	—	22,8	77	88	92	93	90	1,04	69	1,13
Dschibuti	21	7	90	5,90	—	—	—	—	—	—	—	—
Ecuador	50	22	—	9,8	87	100	92	95	86	1,02	88	1,04
El Salvador	50	20	—	5,3	—	—	—	—	54	1,30	47	1,23
Eritrea	76	41	83	—	—	—	—	—	63	0,85	56	0,82
Estland	5	—	—	2,7	—	—	—	—	97	1,00	90	1,01
Eswatini	87	2	—	17,1	73	95	94	79	93	0,97	76	1,08
Fidschi	31	4	—	24,8	62	86	84	77	97	—	85	1,08
Finnland	3	0	—	2,7	—	—	—	—	99	1,00	95	1,01
Frankreich	3	—	—	3,4	96	99	98,70	98	100	1,00	96	1,02
Französisch-Guayana	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Französisch-Polynesien	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gabun	100	13	—	22,2	48	60	90	86	64	1,03	54	1,05
Gambia	65	23	73	10,0	20	49	87	45	86	1,21	57	1,28
Georgien	22	9	—	1,3	65	95	79	84	98	—	95	0,96
Ghana	63	16	2	13,4	52	76	84	72	95	0,96	42	0,66
Grenada	31	—	—	6,7	—	—	—	—	87	—	57	1,04
Griechenland	7	—	—	4,6	—	—	—	—	99	1,00	97	1,00
Großbritannien und Nordirland	9	0	—	4,0	—	—	—	—	99	1,00	95	1,02
Guadeloupe	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Guam	26	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Guatemala	58	30	—	7,2	65	77	91	89	68	0,97	34	1,03
Guinea	128	47	95	19,7	15	41	76	40	—	—	—	—
Guinea-Bissau	84	26	52	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Guyana	65	32	—	11,8	71	92	90	83	73	0,96	63	1,08
Haiti	55	15	—	12,5	57	77	93	79	—	—	—	—
Honduras	97	34	—	6,0	70	84	88	94	56	1,06	38	1,18
Indien	11	23	—	22,4	66	82	92	83	86	1,02	58	1,05
Indonesien	36	16	51	3,6	—	—	—	—	98	1,06	72	1,03
Irak	70	28	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Iran	23	17	—	—	—	—	—	—	92	1,01	78	1,04

Überwachung der ICPD Ziele

Würde und Menschenrechte

	Geburten bei Jugendlichen pro 1.000 Frauen im Alter 15–19 Jahre	Ehen von unter 18-Jährigen, in %	Von weibl. Genitalverstümmelung betroffene Frauen (15–49 J.), in %	Partnergewalt in den letzten 12 Monaten, in %	Entscheidungsmacht sexuelle u. reproduktive Gesundheit u. reproduktive Rechte, in %	Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung, in %	Entscheidungsmacht über Verhütung, in %	Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr, in %	Nettoeinschulungsrate in der unteren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, untere Sekundarstufe	Nettoeinschulungsrate in der höheren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, höhere Sekundarstufe
	2026	2025	2024	2023	2024	2024	2024	2024	2023	2023	2023	2023
Irland	3	—	—	4,6	—	—	—	—	100	—	99	1,01
Island	3	—	—	2,4	—	—	—	—	98	1,00	81	1,01
Israel	6	1	—	5,4	—	—	—	—	98	1,00	98	1,02
Italien	3	—	—	2,8	—	—	—	—	98	1,00	94	1,00
Jamaika	35	27	—	5,9	—	—	—	—	66	1,33	86	0,99
Japan	2	—	—	3,7	—	—	—	—	100	—	97	1,02
Jemen	77	30	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jordanien	17	10	—	10,0	76	94	96	83	98	0,98	91	1,08
Jungferninseln (USA)	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kambodscha	48	18	—	4,8	80	92	93	91	82	1,06	51	1,16
Kamerun	98	30	1	10,7	35	55	74	67	53	0,93	35	0,87
Kanada	5	—	—	8,5	—	—	—	—	99	1,00	85	0,99
Kasachstan	17	6	—	4,7	73	94	88,10	84	96	0,98	99	1,00
Katar	4	2	—	—	—	—	—	—	93	1,01	82	1,05
Kenia	46	13	15	14,6	65	87	92	77	—	—	62	0,69
Kirgisistan	29	9	—	12,8	77	94	95	85	97	1,02	67	1,11
Kiribati	51	18	—	42,2	—	—	—	—	94	0,99	87	1,16
Kolumbien	39	23	—	14,8	—	—	—	—	96	1,01	87	1,03
Komoren	74	21	—	6,0	21	47	71	47	72	1,08	53	1,17
Kongo	111	27	—	—	27	41	87	71	—	—	—	—
Kongo, Dem. Rep.	109	30	—	33,2	24	55	63	51	—	—	—	—
Korea	0	—	—	8,4	—	—	—	—	97	1,00	96	0,99
Korea, Dem. Volksrep.	1	0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kroatien	7	—	—	2,3	95	100	97	98	99	—	93	1,07
Kuba	49	29	—	5,1	—	—	—	—	92	0,99	77	1,04
Kuwait	0	—	—	—	—	—	—	—	77	1,17	73	1,14
Laos	89	31	—	6,0	0	70	35,20	50	64	1,01	34	0,93
Lesotho	53	13	—	21,2	69	94	94	76	68	1,10	42	1,20
Lettland	9	—	—	2,4	—	—	—	—	97	1,01	92	1,03
Libanon	17	6	—	—	—	—	—	—	68	1,06	45	1,26
Liberia	131	25	32	33,6	59	79	84	82	56	1,04	54	1,00
Libyen	11	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Litauen	6	0	—	3,6	—	—	—	—	100	—	96	1,02
Luxemburg	3	—	—	5,3	—	—	—	—	98	1,01	89	1,05
Madagaskar	143	39	—	13,6	72	87	93	88	61	1,05	31	1,00
Malawi	136	39	—	20,9	42	73	87	62	75	1,06	31	0,90
Malaysia	6	—	—	—	—	—	—	—	82	1,06	65	1,09
Malediven	8	2	13	14,6	54	89	84	70	91	1,02	57	0,81
Mali	145	49	89	17,9	3	18	59	18	44	0,86	23	0,74
Malta	10	—	—	4,2	—	—	—	—	98	1,00	90	1,03
Marokko	22	14	—	21,6	—	—	—	—	98	1,00	81	1,06
Martinique	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mauretanien	90	37	64	6,10	25	63	79	44	70	1,09	45	1,03
Mauritius	21	—	—	—	—	—	—	—	87	1,03	81	1,08
Mexiko	40	18	—	7,0	—	—	—	—	91	1,03	72	1,09
Mikronesien	33	—	—	23,6	—	—	—	—	78	1,02	64	1,06

Würde und Menschenrechte

	Geburten bei Jugendlichen pro 1.000 Frauen im Alter 15–19 Jahre	Ehen von unter 18-Jährigen, in %	Von weibl. Genitalverstümmelung betroffene Frauen (15–49 J.), in %	Partnergewalt in den letzten 12 Monaten, in %	Entscheidungsmacht sexuelle u. reproduktive Gesundheit u. reproduktive Rechte, in %	Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung, in %	Entscheidungsmacht über Verhütung, in %	Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr, in %	Nettoeinschulungsrate in der unteren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, untere Sekundarstufe	Nettoeinschulungsrate in der höheren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, höhere Sekundarstufe
	2026	2025	2024	2023	2024	2024	2024	2024	2023	2023	2023	2023
Moldau, Rep.	23	12	—	9,2	72	97	97	77	99	—	86	1,05
Mongolei	17	8	—	12,1	63	85	84	80	94	1,03	95	1,09
Montenegro	9	6	—	4,2	—	—	—	—	100	1,00	87	1,05
Mosambik	158	48	—	14,0	31	70	67	47	72	0,89	33	0,95
Myanmar	36	16	—	10,5	68	85	98	81	89	1,07	64	1,17
Namibia	22	7	—	17,1	71	91	83	94	99	1,03	80	0,99
Nepal	71	35	—	12,3	63	72	91	91	99	1,00	86	0,99
Neukaledonien	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuseeland	11	—	—	1,2	—	—	—	—	98	1,00	94	1,02
Nicaragua	71	35	—	—	—	—	—	—	83	0,90	63	0,99
Niederlande	2	—	—	5,2	98	99	99	99	99	1,00	98	1,00
Niger	150	76	2	12,5	7	21	77	35	20	1,00	12	0,92
Nigeria	75	33	14	19,6	29	49	67	50	—	—	—	—
Nordmazedonien	14	8	—	3,8	88	98	99	90	—	—	—	—
Norwegen	1	0	—	4,0	—	—	—	—	99	1,00	92	1,02
Oman	5	4	—	—	—	—	—	—	91	1,01	70	0,97
Österreich	4	—	—	2,1	96	99	99	98	99	1,00	92	1,02
Pakistan	41	18	—	13,1	32	52	85	55	68	0,99	49	0,93
Palästina[1]	43	13	—	20,8	—	—	—	—	94	1,01	76	1,15
Panama	52	26	—	5,2	79	94	89	95	80	1,02	72	1,05
Papua-Neuguinea	68	27	—	45,3	57	86	84	76	69	0,95	38	0,95
Paraguay	72	22	—	3,6	—	—	—	—	85	1,01	72	1,04
Peru	29	18	—	8,0	—	—	—	—	100	1,01	94	0,99
Philippinen	27	9	—	3,1	82	95	91	92	87	1,02	78	1,05
Polen	6	—	—	1,7	—	—	—	—	100	1,00	99	1,01
Portugal	6	—	—	4,6	—	—	—	—	99	1,01	100	1,01
Puerto Rico	12	—	—	—	—	—	—	—	84	1,02	74	1,04
Réunion	17	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ruanda	24	6	—	18,4	61	83	95	76	94	1,04	72	1,07
Rumänien	31	7	—	10,6	—	—	—	—	84	1,00	73	1,02
Russland	13	6	—	—	—	—	—	—	100	1,01	55	0,94
Salomonen	49	21	—	34,1	—	—	—	—	77	1,04	64	1,07
Sambia	135	24	—	19,6	50	84	79	67	88	1,03	34	0,99
Samoa	55	7	—	27,3	—	—	—	—	99	—	77	1,13
San Marino	1	—	—	—	—	—	—	—	94	1,00	40	0,90
Sao Tome and Principe	86	28	—	19,4	46	69	78	79	—	—	—	—
Saudi-Arabien	8	3	—	—	—	—	—	—	99	1,00	100	1,00
Schweden	2	—	—	4,3	—	—	—	—	100	1,00	97	1,00
Schweiz	1	—	—	4,3	—	—	—	—	100	1,00	91	1,00
Senegal	67	30	20	10,7	8	35	62	22	36	1,25	19	1,29
Serbien	14	6	—	3,6	84	100	86	98	95	0,95	76	1,01
Seychellen	49	—	—	—	—	—	—	—	96	1,00	76	1,09
Sierra Leone	102	30	83	41,0	28	44	78	68	96	1,14	72	1,10
Simbabwe	87	34	—	15,1	60	87	93	72	87	1,03	50	1,01
Singapur	2	0	—	2,6	—	—	—	—	100	1,00	99	1,00
Sint Maarten	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Würde und Menschenrechte

	Geburten bei Jugendlichen pro 1.000 Frauen im Alter 15–19 Jahre	Ehen von unter 18-Jährigen, in %	Von weibl. Genitalverstümmelung betroffene Frauen (15–49 J.), in %	Partnergewalt in den letzten 12 Monaten, in %	Entscheidungsmacht sexuelle u. reproduktive Gesundheit u. reproduktive Rechte, in %	Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung, in %	Entscheidungsmacht über Verhütung, in %	Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr, in %	Nettoeinschulungsrate in der unteren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, untere Sekundarstufe	Nettoeinschulungsrate in der höheren Sekundarstufe, in %	Geschlechterparitätsindex, höhere Sekundarstufe
	2026	2025	2024	2023	2024	2024	2024	2024	2023	2023	2023	2023
Slowakei	25	—	—	5,6	—	—	—	—	99	1,00	93	1,00
Slowenien	3	—	—	3,0	—	—	—	—	99	1,00	97	1,01
Somalia	116	45	99	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Spanien	5	—	—	2,4	—	—	—	—	98	1,00	94	1,01
Sri Lanka	16	10	—	8,0	—	—	—	—	93	1,02	78	1,05
St. Kitts und Nevis	74	—	—	—	—	—	—	—	95	—	81	1,36
St. Lucia	24	24	—	—	—	—	—	—	87	1,11	78	1,05
St. Vincent und die Grenadinen	38	—	—	—	—	—	—	—	96	—	93	1,05
Südafrika	40	4	—	10,6	61	94	85	72	90	1,02	87	1,04
Sudan	87	34	87	28,6	—	—	—	—	65	0,94	33	1,08
Südsudan	158	52	—	38,9	—	—	—	—	—	—	—	—
Suriname	40	36	—	6,9	—	—	—	—	60	1,22	44	1,32
Syrien	54	13	—	—	—	—	—	—	49	1,11	27	1,19
Tadschikistan	39	9	—	16,8	33	55	67	62	—	—	—	—
Tansania	112	29	8	23,8	50	74	85	68	49	1,12	15	0,86
Thailand	18	17	—	14,3	—	—	—	—	99	1,02	81	1,12
Timor-Leste	42	15	—	33,7	36	93	92	40	87	1,06	73	1,07
Togo	79	25	3	10,3	30	47	84	75	73	0,97	45	0,85
Tonga	30	10	—	13,0	—	—	—	—	93	1,05	71	1,07
Trinidad und Tobago	36	4	—	6,5	—	—	—	—	98	1,02	93	1,05
Tschad	138	61	34	14,2	27	47	81	63	41	0,79	20	0,70
Tschechien	7	—	—	2,8	95	99	98	98	100	1,00	93	1,00
Tunesien	4	2	—	5,8	—	—	—	—	—	—	—	—
Türkei	12	15	—	13,3	—	—	—	—	99	0,98	99	0,99
Turkmenistan	22	6	—	3,5	43	86	68	65	97	0,99	87	1,04
Turks- und Caicosinseln	13	23	—	8,0	—	—	—	—	90	0,85	80	0,90
Tuvalu	36	2	—	26,3	—	—	—	—	88	1,01	52	1,34
Uganda	111	34	0	24,2	59	74	88	86	—	—	—	—
Ukraine	13	9	—	8,9	81	98	95	86	90	1,01	86	1,06
Ungarn	17	—	—	5,2	—	—	—	—	97	1,00	90	1,01
Uruguay	23	25	—	4,7	92	99	96	97	99	1,00	89	1,06
USA	14	—	—	7,4	—	—	—	—	99	1,01	95	1,03
Usbekistan	37	3	—	—	70	89	90	85	97	1,00	99	1,00
Vanuatu	81	21	—	36,4	63	83	82	77	94	1,00	82	0,82
Venezuela	76	—	—	10,6	—	—	—	—	99	1,03	78	1,08
Vereinigte Arabische Emirate	3	—	—	—	—	—	—	—	100	1,02	100	1,00
Vietnam	29	15	—	11,2	—	—	—	—	98	0,96	68	1,11
Westsahara	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zentralafrikanische Republik	184	61	22	25,1	—	—	—	—	—	—	—	—
Zypern	8	—	—	6,3	—	—	—	—	100	1,02	99	1,02

Anmerkungen

– Keine Daten verfügbar

1 Am 29. November 2012 hat die UN-Generalversammlung die Resolution 67/19 erlassen, die Palästina den Status eines „beobachtenden Nicht-Mitgliedsstaats in den Vereinten Nationen“ verleiht.

Definitionen

Anzahl der Geburten bei Jugendlichen: Anzahl der Geburten bei 1.000 weiblichen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren (SDG Indikator 3.7.2).

Ehen von unter 18-Jährigen: Anteil der 20- bis 24-jährigen Frauen, die bereits vor dem 18. Lebensjahr verheiratet oder in einer festen Partnerschaft liiert waren (SDG Indikator 5.3.1).

Von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) betroffene Frauen: Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die einer Genitalverstümmelung unterzogen wurden (SDG Indikator 5.3.2).

Partnergewalt in den letzten 12 Monaten: Prozentualer Anteil der Frauen und Mädchen in einer festen Partnerschaft im Alter von 15 bis 49 Jahren, die in den letzten 12 Monaten körperliche und/oder sexualisierte Partnergewalt erlebt haben (SDG Indikator 5.2.1).

Entscheidungsmacht sexuelle und reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte: Prozentualer Anteil der verheirateten (oder in einer Partnerschaft lebenden) Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren, die in drei Bereichen – ihrer Gesundheitsversorgung, der Nutzung von Verhütungsmitteln und Sex mit ihrem Partner – selbst entscheiden (SDG Indikator 5.6.1).

Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung: Prozentualer Anteil der Frauen und Mädchen in einer festen Partnerschaft im Alter von 15 bis 49 Jahren, die eigene Entscheidungen über ihre Gesundheitsversorgung treffen (SDG Indikator 5.6.1).

Entscheidungsmacht über Verhütung: Prozentualer Anteil der Frauen und Mädchen in einer festen Partnerschaft im Alter von 15 bis 49 Jahren, die eigene Entscheidungen über die Anwendung von Verhütungsmitteln treffen (SDG Indikator 5.6.1).

Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr: Prozentualer Anteil der Frauen und Mädchen in einer festen Partnerschaft im Alter von 15 bis 49 Jahren, die selbst über Geschlechtsverkehr mit dem*r Partner*in entscheiden (SDG Indikator 5.6.1).

Netto-Einschulungsrate in der unteren Sekundarstufe: Anteil der Kinder im offiziellen Sekundarschulalter, die an einer unteren Sekundarschule angemeldet sind, als Prozentsatz der jeweiligen Bevölkerung.

Geschlechterparitätsindex in der unteren Sekundarstufe: Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen bei der gewichteten Netto-Einschulungsrate in der unteren Sekundarstufe.

Netto-Einschulungsrate in der höheren Sekundarstufe: Anteil der Kinder im offiziellen Sekundarschulalter, die an einer oberen Sekundarschule angemeldet sind, als Prozentsatz der jeweiligen Bevölkerung.

Geschlechterparitätsindex in der höheren Sekundarstufe: Verhältnis zwischen Mädchen und Jungen bei der gewichteten Netto-Einschulungsrate in der oberen Sekundarstufe.

Quellen

Anzahl der Geburten bei Jugendlichen: Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024. Regionale Aggregate entstammen den World Population Prospects: The 2024 revision. United Nations Population Division, 2024.

Ehen von unter 18-Jährigen: UNICEF, 2026.

Von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) betroffene Frauen,15–49: UNICEF, 2026.

Partnergewalt in den letzten 12 Monaten: Violence Against Women Inter-Agency Group on Estimation and Data (WHO, UN Women, UNICEF, United Nations Statistics Division, United Nations Office on Drugs and Crime, und UNFPA), 2023.

Entscheidungsmacht sexuelle und reproduktive Gesundheit und reproduktive Rechte: UNFPA, 2026.

Entscheidungsmacht von Frauen über eigene Gesundheitsversorgung: UNFPA, 2026.

Entscheidungsmacht über Verhütung: UNFPA, 2026.

Entscheidungsmacht über Geschlechtsverkehr: UNFPA, 2026.

Netto-Einschulungsrate in der unteren Sekundarstufe: UNESCO Statistikbüro (UIS), 2026.

Geschlechterparitätsindex in der unteren Sekundarstufe: UNESCO Statistikbüro (UIS), 2026.6.

Netto-Einschulungsrate in der höheren Sekundarstufe: UNESCO Statistikbüro (UIS), 2026.

Geschlechterparitätsindex in der höheren Sekundarstufe: UNESCO Statistikbüro (UIS), 2026.

Hinweis: Die in den Datenquellen angegebenen Jahreszahlen beziehen sich auf das Jahr der Veröffentlichung und können von den Bezugsjahren der in den Tabellen dargestellten Indikatoren abweichen.

Demografische Indikatoren

Regionen

	Bevölkerung	Bevölkerungswachstum	Bevölkerungszusammensetzung					Fertilität	Lebenserwartung	
	Gesamtbevölkerung in Mio. 2026	Verdopplungszeit der Bevölkerung, in Jahren 2026	Bevölkerung im Alter 0–14 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–19 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–24 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 15–64 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter ≥ 65, in % 2026	Gesamtfertilitätsrate pro Frau 2026	Lebenserwartung bei der Geburt, 2026	
									Männer	Frauen
Welt	**8.301**	**84**	**24**	**16**	**24**	**65**	**11**	**2,2**	**71**	**76**
Stärker entwickelte Regionen	1.288	—	15	11	17	63	21	1,5	77	83
Weniger entwickelte Regionen	7.013	71	26	17	25	66	9	2,3	70	75
Am wenigsten entwickelte Länder	1.244	31	38	22	31	58	4	3,8	65	69
Arabische Staaten	448	36	33	20	29	62	5	3,1	70	74
Asien und Pazifik	4.262	129	22	16	23	68	10	1,8	72	77
Lateinamerika und Karibik	668	111	22	15	23	68	10	1,8	73	79
Osteuropa und Zentralasien	256	—	22	15	21	66	12	2,0	72	79
Ost- und Südliches Afrika	734	28	40	23	32	57	3	4,0	63	68
West- und Zentralafrika	546	31	40	24	33	57	3	4,3	58	60

Land, Territorium oder Gebiet

	Bevölkerung	Bevölkerungswachstum	Bevölkerungszusammensetzung					Fertilität	Lebenserwartung	
	Gesamtbevölkerung in Mio. 2026	Verdopplungszeit der Bevölkerung, in Jahren 2026	Bevölkerung im Alter 0–14 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–19 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–24 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 15–64 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter ≥ 65, in % 2026	Gesamtfertilitätsrate pro Frau 2026	Lebenserwartung bei der Geburt, 2026	
									Männer	Frauen
Afghanistan	45,1	26	42	24	34	55	2	4,6	65	68
Ägypten	120,1	48	31	20	29	63	5	2,7	70	74
Albanien	2,8	—	16	12	18	65	18	1,3	78	82
Algerien	48,0	58	29	18	25	64	7	2,6	76	78
Angola	40,2	23	44	24	32	53	3	4,9	63	68
Antigua and Barbuda	0,1	—	17	13	20	70	13	1,6	75	81
Äquatorialguinea	2,0	30	37	21	29	59	4	4,0	63	66
Argentinien	46,0	—	20	16	24	67	13	1,5	75	80
Armenien	2,9	—	19	13	19	66	15	1,7	72	80
Aruba[1]	0,1	—	16	13	19	65	18	1,6	74	79
Aserbaidschan[2]	10,5	130	21	16	22	70	10	1,7	72	78
Äthiopien	138,9	28	39	22	32	58	3	3,7	65	72
Australien[3]	27,2	76	18	12	18	64	18	1,6	83	86
Bahamas	0,4	—	17	13	21	70	12	1,4	71	79
Bahrain	1,7	38	18	12	19	78	4	1,8	81	82
Bangladesch	177,8	58	27	18	28	66	7	2,1	74	77
Barbados	0,3	—	17	12	19	65	18	1,7	74	79
Belarus	8,9	—	15	12	17	66	19	1,2	70	80
Belgien	11,8	—	15	12	18	63	21	1,4	80	85
Belize	0,4	52	26	17	26	69	5	2,0	71	77
Benin	15,2	29	41	23	32	56	3	4,3	60	63
Bhutan	0,8	99	20	16	25	73	7	1,4	72	76
Bolivien	12,8	53	29	19	28	65	6	2,5	67	72
Bosnien und Herzegowina	3,1	—	13	10	15	64	24	1,5	75	81
Botswana	2,6	43	32	19	28	64	4	2,6	67	72
Brasilien	213,6	—	19	14	21	69	12	1,6	73	79
Brunei Darussalam	0,5	96	20	14	21	72	8	1,7	74	78
Bulgarien	6,7	—	14	10	15	63	22	1,7	73	80
Burkina Faso	24,6	32	41	25	34	57	3	3,9	59	64
Burundi	14,7	30	43	26	35	54	3	4,6	62	66
Cabo Verde	0,5	—	24	18	27	69	7	1,5	73	80

Demografische Indikatoren

	Bevölkerung	Bevölkerungs-wachstum	Bevölkerungszusammensetzung					Fertilität	Lebenserwartung	
	Gesamtbevölkerung in Mio. 2026	Verdopplungszeit der Bevölkerung, in Jahren 2026	Bevölkerung im Alter 0–14 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–19 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–24 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 15–64 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter ≥65, in % 2026	Gesamt-fertilitätsrate pro Frau 2026	Lebenserwartung bei der Geburt, 2026	
									Männer	Frauen
Chile	20,0	—	16	12	19	69	15	1,1	80	84
China[4]	1.412,9	—	15	12	18	70	15	1,0	76	82
China, Hong Kong[5]	7,4	—	10	8	11	65	25	0,8	83	89
China, Macao[6]	0,7	—	13	10	14	71	16	0,7	81	86
Costa Rica	5,2	—	18	14	21	69	13	1,3	79	84
Côte d'Ivoire	33,5	30	40	24	33	57	3	4,1	60	65
Curaçao[1]	0,2	—	14	12	18	68	18	1,1	73	81
Dänemark[7]	6,0	—	15	11	17	63	21	1,5	81	84
Deutschland	83,6	—	14	9	14	62	24	1,5	80	84
Dominica	0,1	—	17	13	19	69	13	1,5	69	75
Dominikanische Republik	11,6	92	26	17	26	66	9	2,2	71	77
Dschibuti	1,2	53	28	19	29	66	5	2,5	64	69
Ecuador	18,4	83	23	17	25	68	9	1,8	75	81
El Salvador	6,4	—	24	17	26	68	8	1,7	68	77
Eritrea	3,7	34	37	24	34	59	4	3,6	67	71
Estland	1,3	—	15	11	16	63	22	1,4	76	83
Eswatini	1,3	64	33	21	30	63	4	2,6	62	67
Fidschi	0,9	—	27	18	26	67	7	2,2	66	70
Finnland[8]	5,6	—	14	11	17	61	25	1,3	80	85
Frankreich[9]	66,8	—	16	12	18	61	23	1,6	81	86
Französisch-Guayana[10]	0,3	42	31	19	27	62	7	3,3	75	80
Französisch-Polynesien[10]	0,3	—	18	15	22	70	13	1,5	82	87
Gabun	2,7	34	36	21	29	60	4	3,5	66	72
Gambia	2,9	32	39	24	33	58	3	3,7	65	68
Georgien[11]	3,8	—	20	14	20	63	16	1,8	70	79
Ghana	35,7	39	35	22	31	61	4	3,3	64	69
Grenada	0,1	—	19	14	21	68	13	1,5	73	79
Griechenland	9,9	—	13	10	16	63	25	1,3	80	85
Großbritannien und Nordirland[12]	69,9	133	17	12	18	63	20	1,5	80	84
Guadeloupe[11]	0,4	—	16	12	18	59	26	2,0	79	86
Guam[13]	0,2	100	26	16	23	61	14	2,7	74	82
Guatemala	19,0	47	30	21	30	64	5	2,2	71	75
Guinea	15,4	31	40	23	32	56	3	4,0	60	62
Guinea-Bissau	2,3	33	38	23	33	59	3	3,6	62	67
Guyana	0,8	118	29	18	26	64	7	2,4	67	74
Haiti	12,0	64	30	20	29	65	5	2,6	62	69
Honduras	11,2	44	30	19	29	65	5	2,4	71	76
Indien	1.476,6	81	24	17	26	69	8	1,9	71	74
Indonesien	287,9	94	24	17	24	68	8	2,1	69	74
Irak	48,0	34	35	23	32	61	4	3,1	71	74
Iran	93,2	91	22	15	21	69	9	1,7	76	80
Irland	5,4	79	18	14	20	66	17	1,6	81	85
Island	0,4	75	17	12	19	66	16	1,5	82	85
Israel	9,7	51	27	17	25	60	13	2,7	81	85
Italien	58,9	—	11	9	14	63	26	1,2	82	86
Jamaika	2,8	—	18	14	22	73	9	1,3	69	74
Japan	122,4	—	11	9	14	59	30	1,2	82	88
Jemen	43,0	25	41	22	31	57	3	4,3	68	72
Jordanien	11,6	33	30	20	29	65	5	2,5	76	81
Jungferninseln (USA)[13]	0,1	—	16	11	17	60	24	2,1	71	82

Demografische Indikatoren

	Bevölkerung	Bevölkerungs-wachstum	Bevölkerungszusammensetzung					Fertilität	Lebenserwartung	
	Gesamtbevölkerung in Mio. 2026	Verdopplungszeit der Bevölkerung, in Jahren 2026	Bevölkerung im Alter 0–14 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–19 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–24 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 15–64 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter ≥ 65, in % 2026	Gesamt-fertilitätsrate pro Frau 2026	Lebenserwartung bei der Geburt, 2026	
									Männer	Frauen
Kambodscha	18,1	63	29	19	27	64	7	2,5	68	74
Kamerun	30,6	28	41	23	32	56	3	4,1	62	67
Kanada	40,5	87	15	11	17	64	21	1,3	81	85
Kasachstan	21,1	62	29	18	24	62	9	2,9	71	79
Katar	3,2	42	15	9	15	83	2	1,7	82	84
Kenia	58,6	37	36	23	33	61	3	3,1	62	67
Kirgisistan	7,4	50	31	20	27	62	6	2,7	69	76
Kiribati	0,1	49	34	21	28	62	5	3,1	65	69
Kolumbien	53,9	75	20	14	22	70	11	1,6	76	81
Komoren	0,9	39	37	22	31	59	4	3,7	65	70
Kongo	6,6	30	39	24	33	57	3	4,0	65	68
Kongo, Dem. Rep.	116,5	22	46	23	32	51	3	5,8	60	65
Korea	51,6	—	10	9	14	69	21	0,8	82	88
Korea, Dem. Volksrep.	26,6	—	19	12	19	68	13	1,8	72	76
Kroatien	3,8	—	14	10	15	62	24	1,5	76	82
Kuba	10,9	—	15	11	17	68	18	1,5	76	81
Kuwait	5,1	50	18	12	17	79	3	1,5	80	82
Laos	8,0	55	29	19	28	66	5	2,3	67	72
Lesotho	2,4	63	34	22	31	62	4	2,6	56	61
Lettland	1,8	—	15	11	16	62	23	1,4	72	81
Libanon	5,9	83	25	19	27	64	11	2,2	76	80
Liberia	5,9	32	39	24	33	58	3	3,7	61	64
Libyen	7,5	62	26	19	27	68	5	2,2	73	78
Litauen	2,8	—	14	10	15	64	21	1,2	72	81
Luxemburg	0,7	70	16	11	16	68	16	1,4	81	84
Madagaskar	33,5	30	39	22	31	58	4	3,8	63	66
Malawi	22,8	27	40	24	34	58	3	3,5	65	71
Malaysia[14]	36,4	63	21	15	24	71	8	1,5	75	80
Malediven	0,5	—	18	14	20	76	5	1,5	80	83
Mali	25,9	24	45	25	34	52	2	5,3	60	63
Malta	0,6	—	13	9	14	66	21	1,1	82	86
Marokko	38,8	83	25	17	25	66	9	2,2	74	78
Martinique[19]	0,3	—	15	11	16	58	27	2,0	80	86
Mauretanien	5,5	26	42	24	33	55	3	4,5	67	71
Mauritius[15]	1,3	—	14	11	18	71	15	1,2	72	79
Mexiko	133,0	89	24	17	25	68	9	1,9	73	78
Mikronesien	0,1	—	31	21	30	62	6	2,7	64	72
Moldau, Rep.[16]	3,0	—	19	14	19	63	17	1,7	67	76
Mongolei	3,6	64	31	20	27	63	6	2,5	68	77
Montenegro	0,6	—	18	13	19	64	19	1,8	74	81
Mosambik	36,6	25	44	24	33	53	3	4,5	61	67
Myanmar	55,2	117	24	16	24	68	8	2,1	64	71
Namibia	3,2	37	36	21	29	60	4	3,1	64	72
Nepal	29,6	—	28	19	29	66	7	1,9	70	73
Neukaledonien[19]	0,3	84	21	14	21	67	12	1,9	77	82
Neuseeland[17]	5,3	106	18	13	19	64	18	1,6	81	84
Nicaragua	7,1	55	28	19	28	66	6	2,2	73	78
Niederlande[18]	18,5	136	15	11	17	64	21	1,4	81	84
Niger	28,8	22	46	25	34	52	3	5,6	61	63
Nigeria	242,4	34	40	24	34	57	3	4,2	55	55

Demografische Indikatoren

	Bevölkerung	Bevölkerungs-wachstum	Bevölkerungszusammensetzung					Fertilität	Lebenserwartung	
	Gesamtbevölkerung in Mio. 2026	Verdopplungszeit der Bevölkerung, in Jahren 2026	Bevölkerung im Alter 0–14 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–19 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–24 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 15–64 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter ≥ 65, in % 2026	Gesamt-fertilitätsrate pro Frau 2026	Lebenserwartung bei der Geburt, 2026	
									Männer	Frauen
Nordmazedonien	1,8	—	16	12	18	65	19	1,5	76	80
Norwegen[19]	5,7	—	16	12	18	65	19	1,4	82	85
Oman	5,7	25	24	14	22	73	3	2,4	79	82
Österreich	9,1	—	14	10	15	64	22	1,3	80	85
Pakistan	259,3	44	36	22	32	60	4	3,4	66	71
Palästina[20]	5,7	37	37	23	31	59	4	3,1	75	80
Panama	4,6	59	24	16	24	66	10	2,1	77	83
Papua-Neuguinea	11,0	41	33	20	29	63	4	3,0	64	69
Paraguay	7,1	60	28	18	26	65	7	2,4	71	77
Peru	34,9	71	23	16	24	67	10	1,9	76	81
Philippinen	117,7	87	26	20	29	68	6	1,9	67	73
Polen	37,8	—	14	11	15	65	21	1,3	76	83
Portugal	10,4	—	13	9	15	62	25	1,5	80	86
Puerto Rico[13]	3,2	—	11	10	16	63	26	0,9	79	86
Réunion[10]	0,9	—	20	15	21	63	17	2,1	81	87
Ruanda	14,9	33	37	22	32	59	4	3,5	66	71
Rumänien	18,8	—	15	11	17	64	20	1,7	73	80
Russland	143,4	—	17	13	18	65	18	1,5	68	79
Salomonen	0,9	30	36	22	31	60	4	3,4	70	73
Sambia	22,5	25	41	24	33	57	2	3,9	64	69
Samoa	0,2	125	38	24	32	56	6	3,7	70	74
San Marino	0,03	—	11	10	15	65	24	1,2	85	87
Sao Tome and Principe	0,2	36	37	23	33	59	4	3,5	67	74
Saudi-Arabien	35,2	41	23	15	23	73	3	2,3	78	82
Schweden	10,7	—	16	12	18	62	21	1,5	82	85
Schweiz	9,0	—	15	10	15	64	21	1,5	82	86
Senegal	19,4	31	37	23	32	59	4	3,7	67	72
Serbien[21]	6,6	—	14	10	15	62	23	1,5	74	81
Seychellen	0,1	45	20	13	19	71	9	2,1	70	77
Sierra Leone	9,0	35	37	23	32	59	3	3,5	61	64
Simbabwe	17,3	37	40	25	35	57	4	3,6	61	66
Singapur	5,9	124	12	8	17	73	15	1,0	82	87
Sint Maarten[1]	0,0	63	15	12	18	70	15	1,4	74	80
Slowakei	5,5	—	15	11	15	65	20	1,6	76	82
Slowenien	2,1	—	14	11	15	63	23	1,6	80	85
Somalia	20,3	21	47	23	32	51	3	5,8	57	62
Spanien[22]	47,9	—	12	10	16	66	22	1,2	81	87
Sri Lanka	23,4	—	21	15	23	66	13	1,9	75	81
St. Kitts und Nevis	0,1	—	18	12	19	69	12	1,5	69	76
St. Lucia	0,2	—	17	12	20	73	10	1,4	70	77
St. Vincent und die Grenadinen	0,1	—	20	16	22	67	13	1,7	69	75
Südafrika	65,5	66	26	16	24	67	7	2,2	63	70
Sudan	53,3	23	40	22	32	57	3	4,1	64	70
Südsudan	12,4	34	37	26	36	60	3	3,6	55	61
Suriname	0,7	84	25	17	25	66	9	2,2	71	77
Syrien	26,5	23	28	20	32	67	5	2,6	71	76
Tadschikistan	11,0	40	35	21	29	60	4	3,0	70	74
Tansania[23]	72,6	25	42	23	32	55	3	4,4	65	70
Thailand	71,6	—	14	11	18	69	17	1,2	73	81
Timor-Leste	1,4	53	33	22	32	62	5	2,5	67	70

Demografische Indikatoren

	Bevölkerung	Bevölkerungs-wachstum	Bevölkerungszusammensetzung					Fertilität	Lebenserwartung	
	Gesamtbevölkerung in Mio. 2026	Verdopplungszeit der Bevölkerung, in Jahren 2026	Bevölkerung im Alter 0–14 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–19 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 10–24 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter 15–64 J., in % 2026	Bevölkerung im Alter ≥ 65, in % 2026	Gesamt-fertilitätsrate pro Frau 2026	Lebenserwartung bei der Geburt, 2026	
									Männer	Frauen
Togo	8,8	32	39	23	32	58	4	4,0	63	64
Tonga	0,1	—	34	24	34	59	7	3,0	70	77
Trinidad und Tobago	1,5	—	17	12	19	69	14	1,5	71	77
Tschad	21,6	27	46	24	32	52	2	5,8	54	58
Tschechien	10,5	—	15	11	16	64	21	1,5	78	83
Tunesien	12,4	135	23	16	23	67	10	1,8	75	80
Türkei	87,9	—	21	15	22	69	11	1,6	76	81
Turkmenistan	7,7	47	31	18	25	64	5	2,6	67	73
Turks- und Caicosinseln[12]	0,1	118	16	11	16	72	12	1,4	76	81
Tuvalu	0,0	—	33	20	28	60	7	3,1	64	71
Uganda	52,8	27	43	24	34	55	2	4,0	66	72
Ukraine[24]	39,5	—	13	11	17	67	19	1,0	70	80
Ungarn	9,6	—	14	10	15	64	21	1,5	74	81
Uruguay	3,4	—	18	14	21	66	17	1,4	75	82
USA[25]	349,0	—	17	13	19	64	19	1,6	77	82
Usbekistan	37,7	40	31	17	23	62	6	3,4	70	76
Vanuatu	0,3	32	38	22	30	58	4	3,5	70	74
Venezuela	28,6	—	24	19	27	65	10	2,0	69	77
Vereinigte Arabische Emirate	11,6	41	16	10	18	82	2	1,2	83	85
Vietnam	102,2	126	22	16	23	68	10	1,9	70	80
Westsahara	0,6	44	23	15	22	70	7	2,1	70	74
Zentralafrikanische Republik	5,7	21	48	27	37	50	2	5,7	56	60
Zypern[26]	1,4	86	16	10	16	69	15	1,4	80	84

Demografische Indikatoren

Anmerkungen

– Keine Daten verfügbar

1 Aus statistischen Gründen enthalten die Daten für die Niederlande dieses Gebiet nicht.

2 Einschließlich Bergkarabach

3 Einschließlich Weihnachtsinsel, Kokosinseln und Norfolkinsel

4 Aus statistischen Gründen sind in den Daten für China Taiwan sowie die beiden chinesischen Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau nicht enthalten.

5 Am 1. Juli 1997 wurde Hongkong eine Sonderverwaltungsregion Chinas. Aus statistischen Gründen werden die Daten dieser Region nicht den Daten für China hinzugerechnet.

6 Am 20. Dezember 1999 wurde Macau eine Sonderverwaltungsregion Chinas. Aus statistischen Gründen werden die Daten dieser Region nicht den Daten für China hinzugerechnet.

7 Aus statistischen Gründen sind in den Daten für Dänemark nicht die Färöer-Inseln und Grönland enthalten.

8 Einschließlich der Ålandinseln

9 Aus statistischen Gründen sind in den Daten für Frankreich nicht Französisch-Guayana, Französisch-Polynesien, Guadeloupe, Martinique, Mayotte, Neukaledonien, Réunion, St. Pierre und Miquelon, St. Barthélemy, St. Martin (französischer Teil) sowie die Wallis- und die Futuna-Inseln enthalten.

10 Aus statistischen Gründen werden diese Daten nicht den Daten für Frankreich hinzugerechnet.

11 Einschließlich Abchasien und Südossetien

12 Bezieht sich auf das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland. Aus statistischen Gründen beinhalten die Daten für das Vereinigte Königreich nicht Anguilla, Bermuda, Britische Jungferninseln, Kaimaninseln, Kanalinseln, Falklandinseln (Malvinas), Gibraltar, Isle of Man, Montserrat, St. Helena und die Turks- und Caicosinseln.

13 Aus statistischen Gründen werden diese Daten nicht den Daten für die USA hinzugerechnet.

14 Einschließlich Sabah und Sarawak

15 Einschließlich Agalega-Inseln, Rodrigues und St. Brandon

16 Einschließlich Transnistrien

17 Aus statistischen Gründen beinhalten die Daten für Neuseeland nicht die Cook-Inseln, Niue oder Tokelau.

18 Aus statistischen Gründen beinhalten die Daten für die Niederlande nicht Aruba, Bonaire, Sint Eustatius und Saba, Curaçao oder Sint Maarten (niederländischer Teil).

19 Einschließlich Spitzbergen und Jan Mayen-Inseln

20 Einschließlich Ost-Jerusalem

21 Aus statistischen Gründen umfassen die Daten für Serbien nicht Kosovo (ein gemäß Resolution 1244 des Sicherheitsrats von den Vereinten Nationen verwaltetes Gebiet).

22 Einschließlich Ceuta, Kanarische Inseln und Melilla

23 Einschließlich Sansibar

24 Einschließlich der Krim

25 Aus statistischen Gründen umfassen die Daten für die USA nicht Amerikanisch-Samoa, Guam, die Nördlichen Marianen-Inseln, Puerto Rico und die Amerikanischen Jungferninseln.

26 Bezieht sich auf das ganze Land.

Definitionen

Gesamtbevölkerung: Geschätzte Bevölkerung von Nationalstaaten zur Mitte des Jahres.

Verdopplungszeit der Bevölkerung, in Jahren: Die Anzahl der Jahre, die es dauert, bis sich die Gesamtbevölkerung verdoppelt hat, wenn die jährliche Rate der Bevölkerungsentwicklung konstant bleibt. Sie wird berechnet als ln(2)/r, wobei r für die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung steht. Die Verdopplungszeit wird nur für schnell wachsende Bevölkerungen mit Wachstumsraten von mehr als 0,5 Prozent berechnet.

Bevölkerung im Alter 0–14 Jahre, in %: Anteil der Altersgruppe der 0- bis 14-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Bevölkerung im Alter 10–19 Jahre, in %: Anteil der Altersgruppe der 10- bis 19-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Bevölkerung im Alter 10–24 Jahre, in %: Anteil der Altersgruppe der 10- bis 24-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Bevölkerung im Alter 15–64 Jahre, in %: Anteil der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.

Bevölkerung im Alter ≥ 65 Jahre, in %: Anteil der Gesamtbevölkerung, der 65 Jahre alt oder älter ist.

Gesamtfertilitätsrate: Durchschnittliche Anzahl der Kinder, die eine Frau im Lauf ihres Lebens bekäme, wenn sie das Ende ihrer Reproduktionsfähigkeit erleben würde und in jedem Alter so viele Kinder bekäme, wie es den bestehenden altersspezifischen Fertilitätsraten entspricht.

Lebenserwartung bei der Geburt: Durchschnittlich zu erwartendes Lebensalter in Jahren, das Neugeborene erreichen würden, wenn die zum Zeitpunkt ihrer Geburt im Bevölkerungsquerschnitt bestehenden Mortalitätsrisiken konstant blieben.

Quellen

Gesamtbevölkerung: World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Verdopplungszeit der Bevölkerung: World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Bevölkerung im Alter 0–14 Jahre, in %: Berechnungen von UNFPA, basierend auf Daten der World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Bevölkerung im Alter 10–19 Jahre, in %: Berechnungen von UNFPA, basierend auf Daten der World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Bevölkerung im Alter 10–24 Jahre, in %: Berechnungen von UNFPA, basierend auf Daten der World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Bevölkerung im Alter 15–64 Jahre, in %: Berechnungen von UNFPA, basierend auf Daten der World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Bevölkerung im Alter ≥ 65 Jahre, in %: Berechnungen von UNFPA, basierend auf Daten der World Population Prospects: The 2024 revision. United Nations Population Division, 2024.

Gesamtfertilitätsrate: World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Lebenserwartung bei der Geburt: World Population Prospects: The 2024 revision. Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen, 2024.

Hinweis: Die in den Datenquellen angegebenen Jahreszahlen beziehen sich auf das Jahr der Veröffentlichung und können von den Bezugsjahren der in den Tabellen dargestellten Indikatoren abweichen.

Technische Hinweise und Anmerkungen

Die statistischen Tabellen im Weltbevölkerungsbericht 2026 enthalten Indikatoren, die den Fortschritt in Bezug auf die Ziele des Handlungsrahmens zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) sowie der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) in den Bereichen Müttergesundheit, Zugang zu Bildung sowie reproduktive und sexuelle Gesundheit nachverfolgen. Darüber hinaus umfassen die Tabellen demografische Indikatoren. Sie unterstützen UNFPAs Fokus auf Fortschritte und Ergebnisse hin zu einer Welt, in der jede Schwangerschaft gewollt ist, jede Geburt sicher verläuft und das Potenzial jedes jungen Menschen verwirklicht wird.

Unterschiedliche nationale Behörden und internationale Organisationen können unterschiedliche Methoden bei der Erhebung, Hochrechnung oder Analyse von Daten anwenden. Um die internationale Vergleichbarkeit der Daten zu erleichtern, stützt sich UNFPA auf die Standardmethoden, die von den größten Datenquellen verwendet werden. Daher können sich die in diesen Tabellen dargestellten Daten in einigen Fällen von jenen unterscheiden, die von nationalen Behörden veröffentlicht wurden. Die in den Tabellen präsentierten Daten sind nicht mit den Daten aus früheren Ausgaben des Weltbevölkerungsberichts vergleichbar, da regionale Klassifikationen, methodische Ansätze und Zeitreihendaten überarbeitet wurden.

Die statistischen Tabellen basieren auf national repräsentativen Haushaltsbefragungen wie den Demographic and Health Surveys (DHS) und den Multiple Indicator Cluster Surveys (MICS), auf Schätzungen von Organisationen der Vereinten Nationen sowie interinstitutionellen Schätzungen. Sie beinhalten außerdem die aktuellsten Bevölkerungsprognosen aus der Publikation „World Population Prospects: The 2024 Revision“ sowie modellbasierte Schätzungen und Projektionen zu familienplanerischen Indikatoren aus dem Jahr 2024 (veröffentlicht von der Bevölkerungsabteilung des Wirtschafts- und Sozialdezernats der Vereinten Nationen). Die Daten werden durch Definitionen, Quellenangaben und Anmerkungen ergänzt. Die statistischen Tabellen im Weltbevölkerungsbericht spiegeln im Allgemeinen den Stand der verfügbaren Informationen im April 2026 wider.

Regionale Eingruppierung

Die Durchschnittswerte von UNFPA, die bei den statistischen Tabellen angegeben sind, wurden anhand der Daten von Ländern und Hoheitsgebieten errechnet, die den folgenden Kategorien zugeordnet wurden:

Arabische Staaten: Ägypten, Algerien, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Palästina, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien.

Asien und Pazifik: Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, China, Cookinseln, Fidschi, Indien, Indonesien, Iran, Kambodscha, Kiribati, Korea (Dem. Volksrep.), Laos, Malaysia, Malediven, Marshallinseln, Mikronesien, Mongolei, Myanmar, Nauru, Nepal, Niue, Pakistan, Palau, Papua-Neuguinea, Philippinen, Samoa, Salomon-Inseln, Sri Lanka, Thailand, Timor-Leste, Tokelau, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Vietnam.

Lateinamerika und Karibik: Anguilla, Antigua und Barbuda, Argentinien, Aruba, Bahamas, Barbados, Belize, Bermuda, Bolivien, Brasilien, Britische Jungferninseln, Chile, Costa Rica, Curaçao, Dominica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Jamaika, Kaiman-Inseln, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Montserrat, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen,
Sint Maarten, Suriname, Trinidad und Tobago, Turks- und Caicosinseln, Uruguay, Venezuela.

Osteuropa und Zentralasien: Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Nordmazedonien, Serbien, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan.

Ost- und südliches Afrika: Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Eritrea, Eswatini, Kenia, Komoren, Kongo (Dem. Rep.), Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Südafrika, Südsudan, Tansania, Uganda.

West- und Zentralafrika: Äquatorialguinea, Benin, Burkina Faso, Cabo Verde, Côte d’Ivoire, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kongo (Republik), Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Tschad, Togo, Zentralafrikanische Republik.

Stärker entwickelte Regionen sind gemäß Definition der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen Europa, Nordamerika, Australien/Neuseeland und Japan.

Weniger entwickelte Regionen sind gemäß Definition der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen Afrika, Asien (außer Japan), Südamerika und die Karibik mit Melanesien, Mikronesien und Polynesien.

Am wenigsten entwickelte Länder umfassen gemäß Definition der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihren Resolutionen (59/209, 59/210, 60/33, 62/97, 64/L.55, 67/L.43, 64/295 und 68/18), Stand Dezember 2024, 44 Staaten: Afghanistan, Angola, Äthiopien, Bangladesch, Benin, Burkina Faso, Burundi, Dem. Rep. Kongo, Dschibuti, Eritrea, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Jemen, Kambodscha, Kiribati, Komoren, Laos, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Nepal, Niger, Ruanda, Sambia, Senegal, Sierra Leone, Salomonen, Somalia, Südsudan, Sudan, Timor-Leste, Togo, Tschad, Tuvalu, Tansania, Uganda und Zentralafrikanische Republik. Diese Länder zählen auch zur Gruppe der weniger entwickelten Regionen.

Alle Begriffe dienen statistischen Zwecken und drücken keine Bewertung über den Entwicklungsstand eines Landes oder einer Region aus.

Weitere Informationen: un.org/development/desa/dpad/wp-content/uploads/sites/45/publication/ldc_list.pdf.

Anmerkungen zu Indikatoren

Müttersterblichkeitsrate. Dieser Indikator gibt die Anzahl der mütterlichen Todesfälle in einem bestimmten Zeitraum pro 100.000 Lebendgeburten im selben Zeitraum an. Die Schätzungen werden von der zwischenstaatlichen Expertengruppe zur Schätzung der Müttersterblichkeit (MMEIG) erstellt und basieren auf Daten aus zivilen Registrierungssystemen, Haushaltsbefragungen und Volkszählungen. Schätzungen und Methodologien werden regelmäßig von der MMEIG sowie anderen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen überprüft und bei Bedarf überarbeitet, um die Datenlage zur Müttersterblichkeit laufend zu verbessern. Die Schätzungen sollten nicht mit früheren interinstitutionellen Schätzungen verglichen werden.

Geburten unter Betreuung durch qualifiziertes Gesundheitspersonal. Der Prozentsatz der Geburten, die durch qualifiziertes medizinisches Personal (Ärzt*innen, Pflegekräfte oder Hebammen) betreut wurden, gibt an, wie viele Entbindungen von Gesundheitspersonal begleitet werden, das in lebensrettender geburtshilflicher Versorgung geschult ist. Dies umfasst die notwendige Überwachung, Betreuung und Beratung während Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett, das eigenständige Durchführen von Geburten sowie die Versorgung Neugeborener. Traditionelle Geburtshelfer*innen – auch bei kurzer Schulung – werden nicht mitgezählt.

Geburtenrate bei Jugendlichen. Die Geburtenrate bei Jugendlichen misst das Risiko einer Mutterschaft unter jungen Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren. Bei zivilen Registrierungssystemen unterliegt die Rate Einschränkungen, die von der Vollständigkeit der Geburtenregistrierung, der Erfassung von lebendgeborenen, aber kurz darauf verstorbenen Kindern, der Genauigkeit der Altersangabe der Mütter und der Einbeziehung von Geburten aus früheren Perioden abhängen. Bevölkerungsdaten können durch fehlerhafte Altersangaben und unvollständige Erfassungen beeinträchtigt sein. Bei Erhebungen und Volkszählungen stammen sowohl Zähler als auch Nenner aus derselben Grundgesamtheit. Hauptprobleme hierbei sind Altersverzerrungen, das Auslassen von Geburten, falsche Angaben zum Geburtsdatum des Kindes und Stichprobenfehler.

Verhütungsrate, alle Methoden und moderne Methoden. Modellbasierte Schätzungen basieren auf Daten aus Stichprobenerhebungen. Die Umfragen schätzen den Anteil aller Frauen im reproduktiven Alter sowie verheirateter Frauen (einschließlich Frauen in eheähnlichen Lebensgemeinschaften), die aktuell eine Verhütungsmethode anwenden, jeweils bezogen auf alle Methoden oder ausschließlich moderne Methoden. Moderne Verhütungsmethoden umfassen weibliche und männliche Sterilisation, Intrauterinpessar (IUP), Implantate, Injektionen, Antibabypille, Kondome für Männer und Frauen, vaginale Barrieren (z. B. Diaphragma, Portiokappe sowie Spermizide wie Schaum, Gel, Creme oder Schwamm), die Stillmethode (LAM), Notfallverhütung sowie weitere moderne Methoden (z. B. Verhütungspflaster oder Vaginalring), die nicht separat ausgewiesen werden.

Nicht gedeckter Bedarf an Familienplanung (alle Methoden). Modellbasierte Schätzungen beruhen ebenfalls auf Stichprobendaten. Frauen, die traditionelle Verhütungsmethoden verwenden, werden nicht zum ungedeckten Bedarf gezählt. Es wird angenommen, dass alle Frauen (bzw. alle verheirateten oder in einer Beziehung lebenden Frauen) sexuell aktiv sind und einem Schwangerschaftsrisiko ausgesetzt sind. Diese Annahme einer allgemeinen Exposition kann zu niedrigeren Schätzungen führen als das tatsächliche Risiko bei tatsächlich exponierten Frauen. Besonders bei niedriger Verhütungsrate kann es vorkommen, dass ein Anstieg der Verhütungsrate mit einem Anstieg des ungedeckten Bedarfs einhergeht. Beide Indikatoren sollten daher gemeinsam interpretiert werden.

Anteil des erfüllten Bedarfs (moderne Methode). Hierbei wird die Verbreitung moderner Verhütungsmethoden durch die Gesamtnachfrage nach Familienplanung geteilt. Die Gesamtnachfrage ergibt sich aus der Summe der Verhütungsrate und dem ungedeckten Bedarf.

Anmerkungen zum Demographic Futures Survey

Die Daten für diese Umfrage wurden im vierten Quartal 2025 und im ersten Quartal 2026 von zwei professionellen Online-Umfrageinstituten in 73 Ländern und Gebieten erhoben. Kantar Lightspeed erhob Daten in Ägypten, Argentinien, Australien, Aserbaidschan, Bangladesch, Bolivien (Plurinationaler Staat), Bosnien und Herzegowina, Botswana, Brasilien, Chile, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Deutschland, El Salvador, Estland, Äthiopien, Finnland, Frankreich, Ghana, Guatemala, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Jordanien, Kamerun, Kanada, Katar, Kenia, Kolumbien, die Republik Korea, Libanon, Malaysia, Marokko, Mexiko, Nigeria, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, die Philippinen, Polen, Portugal, Saudi-Arabien, Schweden, Schweiz, Serbien, Singapur, Spanien, Sri Lanka, Südafrika, Thailand, Tschechien, Uganda, Ungarn, Uruguay, die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Vietnam und Sambia.

GeoPoll erhob Daten in Afghanistan, Bhutan, Georgien, Kambodscha, Kasachstan, der Kirgisischen Republik, Kosovo*, der Demokratischen Volksrepublik Laos, Nordmazedonien, der Republik Moldau, Somalia, Tunesien, der Ukraine und Usbekistan. Ein vollständiger methodischer Anhang zur Umfrage, einschließlich Einzelheiten zur regionalen Gruppierung und zur Gewichtung nach der Poststratifizierung, ist im Bericht Lives, Choices and Futures von UNFPA verfügbar.

Der Fragebogen wurde in Zusammenarbeit mit einem Expertenteam der Bocconi-Universität entwickelt und von einem externen Beratungsgremium führender Wissenschaftler*innen aus den Bereichen Familiendemografie und Umfrageforschung geprüft. Die endgültige Analysestichprobe umfasst 108.926 Befragte. Fälle mit fehlenden Werten oder sehr kleinen Untergruppen, die zu unzuverlässigen Schätzungen geführt hätten, wurden ausgeschlossen. Da Online-Umfragen tendenziell überproportional viele Befragte aus städtischen Gebieten und mit höherem Bildungsniveau erfassen, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommensniveau, ist der Demographic Futures Survey nicht national repräsentativ.

Anmerkung zur Analyse der Meilensteine (Abbildungen 1 und 2). Die Grundgesamtheit für diese Abbildung bilden die 25- bis 39-jährigen Befragten, die Frage 9 mit „Ich treffe mich mit jemandem, lebe aber nicht mit der Person zusammen“ oder „Ich befinde mich in einer festen Beziehung, bin aber weder rechtlich verheiratet noch in einer eingetragenen Partnerschaft und lebe nicht mit meinem/meiner Partner*in zusammen“ beantworteten. Die Zählergröße umfasst die 25- bis 39-jährigen Befragten, die bei Frage 19 („Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen von Beziehungen und Wohnformen. Für welche dieser Möglichkeiten würden Sie sich in einer idealen Welt entscheiden?“) eine der folgenden Antworten auswählten: „Mit einem/einer Partner*in zusammenleben und später heiraten“ oder „Heiraten und anschließend zusammenleben“.

Anmerkung zu Abbildung 3. Die Grundgesamtheit für diese Abbildung bilden die 25- bis 39-jährigen Befragten, die Frage 9 mit „Ich treffe mich mit jemandem, lebe aber nicht mit der Person zusammen“ oder „Ich befinde mich in einer festen Beziehung, bin aber weder rechtlich verheiratet noch in einer eingetragenen Partnerschaft und lebe nicht mit meinem/meiner Partner*in zusammen“ beantworteten. Die Zählergröße umfasst die 25- bis 39-jährigen Befragten, die bei Frage 19 („Menschen haben unterschiedliche Vorstellungen von Beziehungen und Wohnformen. Für welche dieser Möglichkeiten würden Sie sich in einer idealen Welt entscheiden?“) eine der folgenden Antworten auswählten: „Mit einem/einer Partner*in zusammenleben und später heiraten“ oder „Heiraten und anschließend zusammenleben“.

Anmerkung zu Abbildung 4. Diese Abbildung stellt die Antworten auf Frage 32 der Umfrage dar: „Wie verhält sich die Anzahl der Kinder, die Sie derzeit haben, im Vergleich zu der Anzahl, die Sie in Ihrem Alter gerne hätten?“ Folgende Antwortmöglichkeiten standen zur Auswahl: „Ich habe mehr Kinder, als ich in meinem Alter gerne hätte“, „Ich habe die für mein Alter richtige Anzahl an Kindern“, „Ich habe weniger Kinder, als ich in meinem Alter gerne hätte“, „Ich bin mir nicht sicher“ und „Möchte ich nicht beantworten“.

Anmerkung zu Abbildung 5. Frage 35 lautete: „Wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Gründe dafür, Kinder zu haben bzw. weitere Kinder zu bekommen?“ Folgende Antwortmöglichkeiten standen zur Auswahl: „Überhaupt nicht wichtig“, „Nicht besonders wichtig“, „Weder wichtig noch unwichtig“, „Wichtig“ und „Sehr wichtig“. Als Gründe wurden genannt: „Um Freude und Glück zu erleben“, „Um Traditionen und die Familienlinie fortzuführen“, „Es bestehen starke Erwartungen seitens Gleichaltriger, der Gesellschaft, der Religion, der Familie oder meines/meiner Partner*in, Kinder zu bekommen“, „Die Elternschaft entspricht religiösen Werten im Zusammenhang mit der Familie“, „Elternschaft bringt Ansehen und Respekt mit sich“, „Kinder zu haben stärkt und stabilisiert die Beziehung zum/zur Partner*in“, „Ein Kind wird mich im späteren Leben unterstützen“, „Kinder werden gebraucht, damit es in Zukunft Menschen gibt, die für unser Land arbeiten“, „Meine Regierung ermutigt die Menschen dazu, Kinder zu bekommen“.

Für die Analyse wurden die Gründe „Kinder werden gebraucht, damit es in Zukunft Menschen gibt, die für unser Land arbeiten“ und „Meine Regierung ermutigt die Menschen dazu, Kinder zu bekommen“ unter der Kategorie „Politische und gesellschaftliche Triebkräfte“ zusammengefasst. Die Gründe „Um Traditionen und die Familienlinie fortzuführen“, „Es bestehen starke Erwartungen seitens Gleichaltriger, der Gesellschaft, der Religion, der Familie oder meines/meiner Partner*in, Kinder zu bekommen“, „Die Elternschaft entspricht religiösen Werten im Zusammenhang mit der Familie“ und „Elternschaft bringt Ansehen und Respekt mit sich“ wurden der Kategorie „Gesellschaftliche und kulturelle Erwartungen“ zugeordnet.

Anmerkung zu Abbildung 6. Diese Abbildung untersucht die Zusammenhänge zwischen Frage 1a, Frage 7 und der Fertilitätsabsicht. In Frage 1a wurde gefragt: „Wie positiv, falls überhaupt, blicken Sie in die Zukunft?“ Als Antwortmöglichkeiten standen „Sehr pessimistisch“, „Eher pessimistisch“, „Weder pessimistisch noch zuversichtlich“, „Eher zuversichtlich“ und „Sehr zuversichtlich“ zur Auswahl. In Frage 28 wurden Personen ohne Kinder gefragt: „Wie viele Kinder (leibliche und adoptierte) beabsichtigen Sie zu haben?“ Personen, die bereits Kinder hatten, wurden gefragt: „Wie viele weitere Kinder (leibliche und adoptierte) beabsichtigen Sie zu haben?“ Die Fertilitätsabsicht wurde ermittelt, indem die Antworten auf Frage 28 zu den Antworten auf Frage 22 addiert wurden. Nur die folgenden Faktoren standen in Zusammenhang mit einer Zu- oder Abnahme der Fertilitätsabsicht: „Überbevölkerung“, „Altern der Bevölkerung“, „Wirtschaftskrisen“, „Arbeitslosigkeit“, „Geschwächte Demokratie“ und „Soziale Ungleichheit“. Die Abbildung zeigt Schätzwerte aus einer OLS-Regressionsanalyse (Methode der

Anmerkung zu Abbildung 7. In Frage 2 wurde gefragt: „Wenn Sie an Ihr eigenes Leben und das Leben junger Menschen denken: Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht?“ Die Aussagen lauteten: „Junge Menschen wie ich haben viele Möglichkeiten im Leben.“, „Die Regierung in meinem Land bietet jungen Menschen umfangreiche Unterstützung.“, „Zwischen jungen Menschen in meinem Land bestehen große Ungleichheiten.“, „Die Regierung in meinem Land bietet Eltern mit kleinen Kindern umfangreiche Unterstützung.“, „Arbeitgeber in meinem Land unterstützen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.“. Für jede Aussage konnten die Befragten zwischen folgenden Antwortmöglichkeiten wählen: „Stimme überhaupt nicht zu“, „Stimme eher nicht zu“, „Weder Zustimmung noch Ablehnung“, „Stimme eher zu“ und „Stimme voll und ganz zu“.

Anmerkung zu Abbildung 8. Diese Abbildung führt die Antworten auf Frage 2 und die Angaben zur Fertilitätsabsicht zusammen. Dargestellt werden Schätzwerte aus einer OLS-Regressionsanalyse (Methode der kleinsten Quadrate).

Alle Verweise auf Kosovo sind im Kontext der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zu verstehen.

Anmerkung zu den Jugendkonsultationen

Für diesen Bericht wurden eigens Jugendkonsultationen durchgeführt. Diese umfassten einen mehrstufigen Prozess, um sowohl umfassende globale Perspektiven einzubeziehen als auch eine vertiefte Auseinandersetzung mit zentralen Themen zu ermöglichen. Die Methodik stützte sich auf drei miteinander verbundene theoretische Ansätze: einen intersektionalen Ansatz, einen lebensverlaufsbezogenen Ansatz und einen aus Perspektive des Gesellschaftsvertrags.

Ein Fragebogen mit offenen Fragen bildete die Grundlage des Prozesses. Er wurde entwickelt, um die zentralen Herausforderungen und Prioritäten zu ermitteln, mit denen junge Menschen in verschiedenen Regionen und Bevölkerungsgruppen konfrontiert sind. Auf diese Weise konnten die Anliegen in den im Bericht behandelten Themenbereichen erfasst und sichergestellt werden, dass die Schwerpunkte des Berichts mit den Prioritäten der jungen Menschen übereinstimmen. Der Fragebogen erhielt 325 Rückmeldungen.

Auf dieser Grundlage folgte ein vertiefender, empfehlungsorientierter Dialog, an dem 34 Teilnehmende aus unterschiedlichen Regionen mitwirkten. Dieser umfasste sowohl Plenardiskussionen als auch Arbeitsgruppen, die jeweils mit Simultanübersetzung begleitet wurden. Im Mittelpunkt dieses auf politische Maßnahmen ausgerichteten Dialogs stand die Erfassung konkreter persönlicher Erfahrungen engagierter junger Interessenvertreter*innen. Viele ihrer Beiträge werden in diesem Bericht direkt zitiert. Um die Inklusivität weiter zu stärken und Hindernisse für die Teilnahme abzubauen, insbesondere Einschränkungen aufgrund unterschiedlicher Zeitzonen in der Asien-Pazifik-Region und Lateinamerika, wurde eine weitere Abfrage zu politischen Maßnahmen durchgeführt. Dadurch konnten Perspektiven aus diesen Regionen ebenfalls berücksichtigt werden.

Die Beiträge der Teilnehmenden wurden in zwei Phasen ausgewertet: Zunächst kategorisierten die Autor*innen, die selbst über langjährige Erfahrung als junge Interessenvertretende verfügen, die Antworten auf die Fragebögen anhand global wiederkehrender Themen. Besonderes Augenmerk galt dabei neu aufkommenden Fragen, die in den vorgegebenen Antwortmöglichkeiten nicht berücksichtigt wurden. Anschließend wurde eine vergleichende Analyse der Regionen durchgeführt, um Übereinstimmungen, Unterschiede und beständige Muster zu identifizieren. Abschließend wurden die Empfehlungen daraufhin überprüft, ob sie konkret und umsetzbar sind und klar benannte strukturelle Hindernisse oder Lücken adressieren.

Mehr als die Hälfte der Teilnehmenden waren Jugendliche im Alter zwischen 10 und 24 Jahren. Knapp 30 Prozent waren zwischen 25 und 29 Jahre alt und weniger als 20 Prozent zwischen 29 und 35 Jahren. Die Teilnehmenden wurden über verschiedene Jugendnetzwerke ermittelt, die mit UNFPA sowie den externen Autor*innen und Forschenden verbunden sind. Sie repräsentieren daher einen informierten und gesellschaftlich engagierten Teil der jungen Bevölkerung.

Darüber hinaus waren junge Menschen in unterschiedlichen Funktionen an allen weiteren Aspekten der Berichtserstellung beteiligt, darunter ehemalige junge Interessenvertreter*innen, derzeitige Studierende und Fachleute für Jugendbefragungen. Für Kapitel 3 fanden zahlreiche Konsultationen und regionsübergreifende Dialoge mit Gesundheitsexpert*innen aller Altersgruppen statt. Daraus gingen 20 Länderfallstudien sowie ein übergeordnetes Hintergrundpapier hervor. Zusätzlich wurden vier junge Fachkräfte eingebunden, um weitere Analysen, die inhaltliche Ausarbeitung und die Überprüfung des Kapitels zu unterstützen.

Impressum

Herausgeberin der deutschen Fassung: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Loebensteinstr. 25 | 30175 Hannover
Telefon: 0511 94373-0 | Fax: 0511 94373-73
E-Mail: hannover@dsw.org | Internet: www.dsw.org
Spendenkonto: IBAN: DE56 2504 0066 0383 8380 00 | BIC: COBADEFFXXX

Koordination/Verantwortlichkeit: Nicole Langenbach (DSW)
Redaktion: Uwe Kerkow; Mirijam Edeler, Marei Hückelheim, Nicole Langenbach und Leigh-Ann McSweeney (DSW)
Bei der Übersetzung dieses Berichts kam Künstliche Intelligenz zum Einsatz.
Gestaltung/Satz: grafik.design, Simone Schmidt (Hannover)

Herausgeber des Berichts: © UNFPA, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen — 19. November 2026

Dieser Bericht entstand unter Federführung der Abteilung für Kommunikation und strategische Partnerschaften bei UNFPA

Chefredaktion: Samuel Choritz
Redaktionsteam: Redaktionsleitung: Rebecca Zerzan
Produktionsredaktion/Creative Director: Mishelle Shmulovich
Redaktion Exkurse: Lisa Ratcliffe
Redaktionelle Unterstützung und Beratung: Haley Ball, Jacqueline Daldin and Lisa Ratcliffe
Management der digitalen Ausgabe: Mishelle Shmulovich
Beratung digitale Ausgabe: Enes Champo
Leitende externe Beratung: Shakira Choonara
Forscher*innen und Autor*innen: Arnstein Aassve, Eleleta Surafel Abay, Varun Awasthi, Venkatraman Chandra-Mouli, Luca Di Casola, Lorna Enow, Alex Ezeh, Allison Groves, Sofia Gruskin, Elisa Latora, Summer Peet and Rebecca Zerzan
Autor*innen der Fokustexte: Jérémy Apert, Riju Dhakal, Lucy Fagan, Kara Hunerson, Rebecka Lundgren, Courtney McLarnon, Kristin Mmari, Caroline Moreau, Ana Mosiashvili and Levi Singh
Technische Beratung UNFPA: Ayman Abdelmohsen, Alessio Cangiano, Priscilla Idele und Leyla Sharafi

Karten und Bezeichnungen: Die Bezeichnungen und die Darstellung des Materials geben nicht die Meinung von UNFPA bezüglich des rechtlichen Status von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten, Regionen, ihrer Behörden oder ihrer Grenzverläufe wider.

Design des Berichts: Prographics, Inc.
Titelbild: UNFPA/Artolution

Anmerkung zur Kunst: Das künstlerische Konzept für diesen Weltbevölkerungsbericht wurde gemeinsam von UNFPA und Artolution entwickelt. Junge Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren in Japan, Jordanien, Kenia, der Ukraine und den Vereinigten Staaten wurden dazu eingeladen, Wandbilder zu gestalten. Diese und weitere Aktionen zeigen, dass junge Menschen unsere Welt aktiv auf eine inklusive, hoffnungsvolle und gemeinschaftliche Weise neu gestalten.

Gedruckt auf Magno matt; Papier aus verantwortungsvollen Quellen, PEFC-Siegel



© UNFPA/Artolution (Jordanien)



Deutsche Kurzfassung

United Nations Population Fund
Berlin Repräsentanz
Friedrichstraße 95
10117 Berlin
Tel. +49 30 70012531
E-Mail: berlin.office@unfpa.org
berlin.unfpa.org

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Loebensteinstr. 25
30175 Hannover
Tel. +49 511 94373-0
E-Mail: hannover@dsw.org
www.dsw.org